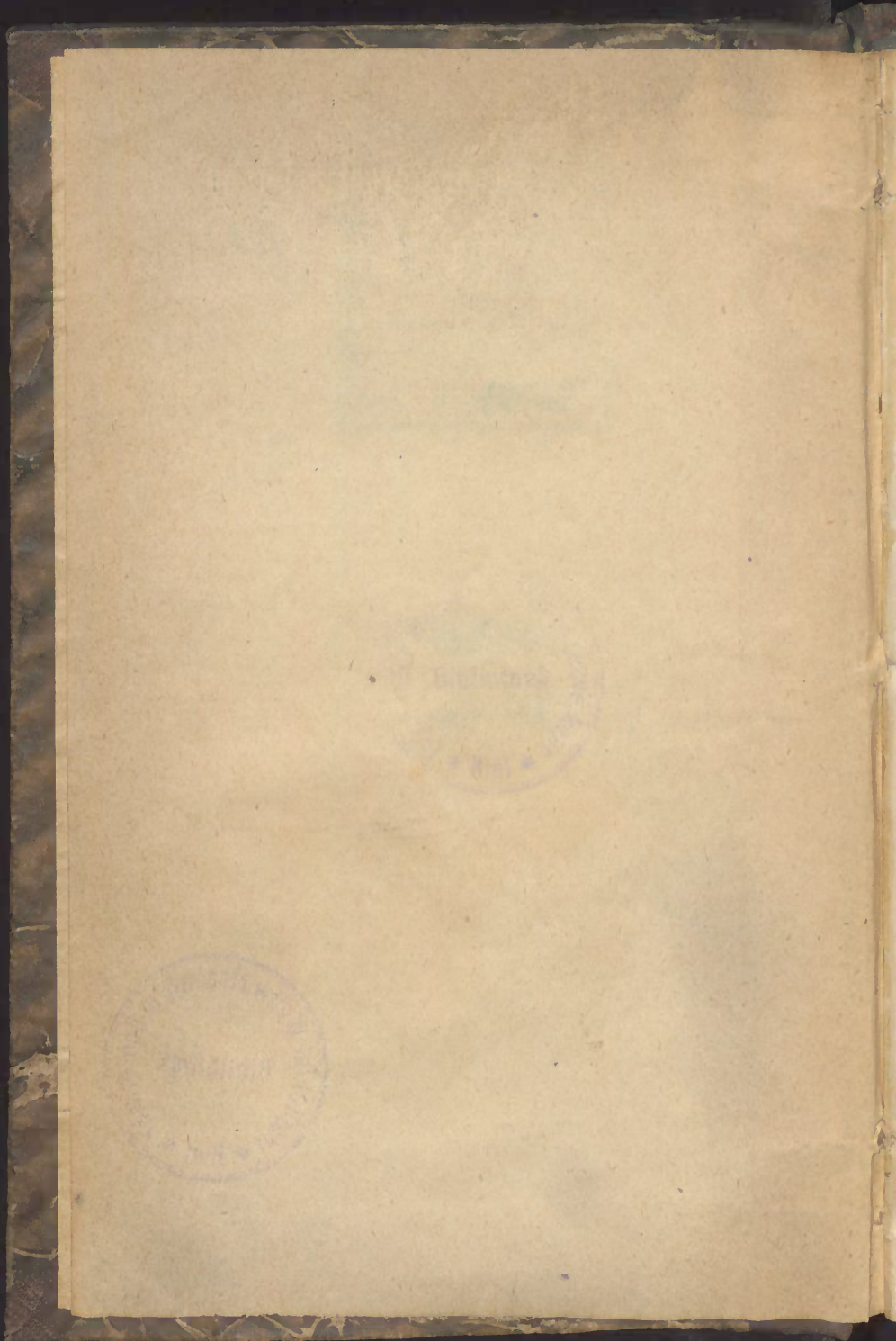


EIGENTUM
DES
INSTITUTS
FÜR
WELTWIRTSCHAFT
KIEL
BIBLIOTHEK
Nr. I 19545



4.7.11.6



Beiträge zur Fabrikgesetzgebung.

~~VII 10~~

Untersuchung und Bericht

über die

Lage der Fabrikarbeiter

erstattet an die

gemeinnützige Gesellschaft des Kantons Zürich

auf

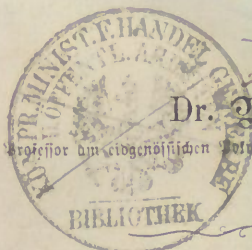
Grund der Verhandlungen einer von der Züricher kantonalen
gemeinnützigen Gesellschaft niedergesetzten Commission

von

~~11038~~

Dr. D. Böhmert,

Professor am eidgenössischen Polytechnikum und an der Hochschule in Zürich



Zürich.

Schabelitz'sche Buchhandlung
(Casar Schmidt.)

1868.





Druck von Zürcher und Furrer.

Inhalt.

	Seite.
I. Bestellung einer Fabrikcommission.	1.
II. Verhandlungen der Commission über die allgemeine Seite der Arbeiterfrage. Anklagen und Vertheidigung des Fabrikwesens. Schattenseiten und Lichtseiten der Fabrikzustände.	2—33.
III. Spezialuntersuchungen und Berathungen über einzelne Hauptpunkte der Arbeiterfrage.	33.
Erste Hauptfrage: Welches sind in sanitärischer, ökonomischer und socialer Beziehung die Verhältnisse der Arbeiter in den größern gewerblichen Etablissements des Kantons Zürich?	
1) Was hat die Gesetzgebung und Verwaltung bis dahin im Interesse der Arbeiter gethan?	35.
2) Was ist von Seiten der Fabrikherrn zu Gunsten der Arbeiter geschehen?	44.
3) Was ist von Seiten der Arbeiter selbst geschehen?	54.
4) Was ist von Seiten gemeinnütziger Vereine geschehen?	56.
5) Wie ist nach dem Allem der gegenwärtige Zustand der Arbeiter?	58.
a) Bestand der Fabrikindustrie im Kanton Zürich.	58.
b) Lohnverhältnisse der Fabrikarbeiter.	60.
c) Gesundheitsverhältnisse der Fabrikarbeiter.	64.
d) Wohnungsverhältnisse der Fabrikarbeiter.	68.
e) Allgemeine Lage der Fabrikarbeiter.	70.
Zweite Hauptfrage: Wie können die aus dem Fabrikwesen entstehenden Nachtheile gehoben oder wesentlich gemildert werden?	
1) Maßregeln in Betreff der Kinderarbeit.	76.
2) Maßregeln in Betreff der Arbeitszeit.	90.
3) Fabrikinspektionen.	105.
4) Günstigere Gestaltung der Lohnverhältnisse.	108.

II.

	Seite.
a) Taglohn oder Stücklohn?	108.
b) Monatliche, 14tägige oder Stägige Löhnung?	110.
c) Betheiligung der Arbeiter am Gewinn und am Geschäft?	112.
5) Die Spar-, Kranken-, Alters-, Invaliden- und andere Kassen.	127.
6) Begünstigung von Selbstunternehmungen der Arbeiter.	136.
7) Einführung von Gewerbs- und Schiedsgerichten zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern.	139.
8) Verbesserung der Arbeiterwohnungen.	141.
9) Bessere Ernährung und zweckmäßigere Verwendung der Einnahmen.	145.
10) Vermehrte Bildung der Fabrikarbeiter und Veredlung ihrer Vergnügungen.	148.
Dritte Hauptfrage: Was kann die gemeinnützige Gesellschaft im Interesse der Fabrikarbeiter thun?	157.



I. Bestellung einer Fabrikcommission.

Die Jahresdirection der schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft hat als erstes Thema für die nächste Jahresversammlung in Aarau die Frage der „Stellung der großen Gewerbe zu den darin beschäftigten Arbeitern“ ausgewählt. In Folge dieses Beschlusses beauftragte die kantonale Zürcherische gemeinnützige Gesellschaft ihren Vorstand, eine Commission zur einlässlichen Vorberathung dieser wichtigen Tagesfrage zu bestellen. Der Vorstand wählte in diese Commission die Herren Fabrikant Caspar Appenzeller in Zürich, Professor Dr. Böhmert in Zürich, Seminardirector Fries in Rüschnacht, Dr. med. Ganz in Norbas (Fabrikinspector), Pfarrer Paul Hirzel in Zürich, Redacteur Dr. A. Lange in Winterthur, alt Seminar-director Morf, Waisenbater in Winterthur, Präsident Hans Roth, Seidenfabrikant in Neumünster, Kantonsrath Schmid, Spinnereibesitzer in Gattikon, Weber zur Schleife, Färbereibesitzer in Winterthur, Widmer, Director der schweizerischen Rentenanstalt in Zürich.

Sämmtliche Herren erklärten sich zum Eintritt in die Commission bereit mit Ausnahme der durch Krankheit und Abwesenheit verhinderten Herren Appenzeller und Schmid, an deren Stelle in der ersten Sitzung die Herren Deutsch, Chef der Druckerei in Richtersweil, Oberst Rieter, Besitzer der mechanischen Werkstätten und Baumwollenspinnereien in Tösß und St. Gallen, und Kantonsrath Wunderli-Zollinger, Besitzer mehrerer Spinnereien und Webereien im Kanton Zürich, gewählt wurden.

Die Commission hat sich in der Zeit vom 22. Mai bis 26. Juni d. J. in einer Reihe von Sitzungen, welche wenigstens 30 Stunden in Anspruch nahmen, mit dem umfangreichen Gegen-

stande in seinen wesentlichen Punkten beschäftigt. Der Unterzeichnete hat den ehrenvollen Auftrag übernommen, über die Verhandlungen Bericht zu erstatten, und wird vor Allem bemüht sein, Thatfachen sprechen zu lassen und ein objectives Bild der geführten Debatten und angestellten Untersuchungen zu geben. Bei der Berichterstattung sind u. A. berücksichtigt: 1) Die Mittheilungen aus den Akten der Zürcherischen Fabrikcommission, zusammengestellt und bearbeitet von F. F. Treichler, Präsident der Commission 1858, 1859 und 1862; 2) die alljährlichen Rechenschaftsberichte des Regierungsrathes über das Zürcherische Fabrikwesen; 3) der Bericht über die Ergebnisse der durch die regierungsräthliche Fabrikcommission im Jahr 1860 vorgenommenen Inspektionen der sämtlichen Fabriken des Cantons Zürich, von Dr. Karl Ganz in Morbas verfaßt; 4) eine Anzahl von Berichten größerer Industriellen über die sanitarischen, ökonomischen und socialen Verhältnisse der Arbeiter in ihren Etablissements.

Zürich, im Juli 1868.

V. Böhmert.

II. Verhandlungen der Commission über die allgemeine Seite der Arbeiterfrage.

Allgemeine Standpunkte. Anklagen und Vertheidigung des Fabrikwesens. Schattenseiten und Lichtseiten der Fabrikzustände.

Die sogenannte Arbeiterfrage ist in Aller Munde. Man pflegt damit alles Mögliche in Betracht zu ziehen, und stellt dabei zuweilen die ganze gesellschaftliche Ordnung in Frage, indem man die Arbeiterfrage mit der socialen Frage zusammenwirft. Da Jeder, der sich nützlich beschäftigt, den Ehrennamen

„Arbeiter“ verdient, mag er nun in der Studirstube, im Comptoir, in der Werkstatt, in der Fabrik oder auf freiem Felde sein Tagwerk treiben, so ist die Arbeiterfrage eine Angelegenheit der ganzen arbeitenden, aus niederen Verhältnissen sich emporringenden Menschheit, eine Frage des menschlichen Fortschrittes überhaupt. Da sich auf eine so allgemeine Frage schwer eine besondere Antwort finden und eine specielle Untersuchung begründen läßt, so muß man sich eine Grenze ziehen, und pflegt daher die Lage der Fabrikarbeiter vorzugsweise zu berücksichtigen.

Die Fabrikarbeiter stellen sich in großen Gruppen dem Auge dar, man sieht sie oft ermüdet und in schlechter Kleidung aus der Fabrik heimkehren oder dahin wandern. Ihre Lage war namentlich früher sehr bemitleidenswerth und ist es in manchen Gegenden zu manchen Zeiten heute noch; denn überall, wo Arbeiter dicht zusammenleben, nehmen viele unter ihnen eine niedrige Lohnstufe ein und können oft nur die nöthigsten Bedürfnisse befriedigen. Das menschliche Elend muß an allen größeren Industriemittelpunkten concentrirter auftreten, und das sog. Fabrikproletariat nimmt daher die öffentliche Aufmerksamkeit vorwiegend in Anspruch. Vor mehr als 20 Jahren schrieb Frankreichs gegenwärtiger Beherrscher aus seinem Gefängniß über die Ausrottung des Pauperismus: „Die Industrie, diese Quelle des Reichthums, entbehrt heute jeder Einrichtung, jeden Zweckes. In ihrem Räderwerk zermalmt sie die Menschen, wie die Stoffe. Sie entvölkert das platte Land. Sie häuft die Menschen in den Städten und in luftlosen Räumen zusammen. Sie schwächt den Geist wie den Körper. Sie bedarf eines kräftigen Heilmittels gegen ihre Leiden.“ — Ähnliche Vorwürfe hört man noch heute in neuen und zum Theil schlimmeren Variationen. Man klagt über ein tiefes Mißverhältniß zwischen Arbeit und Capital, über einen Druck der Capitalisten auf die Arbeiter und über einen Verbrauch der Menschen zu Gunsten des Capitals. Auch in dem Schooße der Commission kamen zunächst die

allgemeinen Schattenseiten des Fabrikwesens zur Sprache. Obwohl man allseitig zugab, daß die nachtheiligen Verhältnisse der Fabrikation in der Schweiz im Allgemeinen weit geringer seien, als in anderen Industriestaaten, so glaubte ein Theil der Commission die auch hier noch vorhandenen Uebelstände besonders scharf hervorheben zu müssen, da die Erkenntniß eines Uebels die Vorbedingung zur Beseitigung desselben sei, und da man die Leidenschaftlichkeit der Arbeiter durch zu günstige Schilderung ihrer Lage nur verstärke. Wenn man die Leiden der Arbeiter zugebe, so fühle sich ihr Herz erleichtert und sie würden offener, während jede Schönmalerei nur den Widerspruch reize und erbittere. Ein Staatsmann folle gewisse Stimmungen des Volkes als psychologische Nothwendigkeiten auffassen und die Ursachen beseitigen, während die Wissenschaft ebenso wenig die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer in eine zu rosigte Stimmung einwiegen dürfe. Demgemäß wurden insbesondere folgende Beschwerdepunkte aufgezählt:

1) Die Fabrikarbeiter leben in unzureichenden Verhältnissen der Nahrung, Kleidung, Wohnung.

2) Sie müssen in großer Zahl in geschlossenen Räumen bei ungesunder Luft zusammenarbeiten.

3) Sie müssen in sehr einförmiger geisttödtender Weise arbeiten und sind daher für Nebenbeschäftigungen äußerst ungeeignet und unbrauchbar.

4) Die meisten Fabrikarbeiter sterben unverhältnißmäßig früh gegenüber anderen Ständen.

5) Auch fleißige Arbeiter, die in der Jugend keine höhere Bildung genossen haben, können, sobald ihre Kräfte abnehmen, sich nicht länger selbstständig erhalten und aus eigener Kraft ernähren. Manche tüchtige Arbeiter werden schon vom 45sten Jahre an almosengenhäßig.

6) In Folge physischer Uebermüdung der Arbeiter leidet

das Familienleben, insbesondere die Erziehung der Kinder, welche meist den Müttern überlassen bleibt.

7) Am schlimmsten sind die Familienverhältnisse da, wo auch die Frauen genöthigt sind, ihrem Verdienst nachzugehen, wie dies sehr oft der Fall ist.

8) Willkürliche Entlassungen der Arbeiter, so sehr man sich auch davor hütet, bringen einzelne Familien fast zur Verzweiflung und stürzen sie in Schulden, aus denen sie sich manchmal ihr Leben lang nicht mehr herausreißen können.

9) Die sehr wohlthätigen Krankenkassen erscheinen ungenügend, weil sie fast nie die Höhe des Lohnes vergüten, geschweige denn Ersatz für Schaden an Wäsche, Pflege u. s. w. geben. Jede Krankheit verursacht daher dem Arbeiter großen Verlust.

10) Lust und Freudigkeit zur Arbeit fehlt, so lange dadurch nur ein dürftiges Fristen der Existenz in Aussicht steht, namentlich ist dies auch für die Erziehung der Kinder nachtheilig.

11) Erbitterung und Neid gegen die Besitzenden steigen überall da, wo sich das persönliche Interesse der Fabrikherrn für die Arbeiter nicht sehr rege zeigt, und wo die Fabrikanten sehr glänzend leben, ohne selbst viel zu arbeiten.

12) Die körperliche Entwicklung der Kinder von Fabrikarbeitern ist sehr mangelhaft, ihre Gesundheit leidet. Sie sind in großer Anzahl untauglich zum Militärdienst. Am meisten ist der sittliche Zustand der Kinder von Fabrikarbeitern im Alter von 12 bis 16 Jahren zu beklagen.

Der wesentliche Grund dieser Uebelstände wurde von einer Seite darin erblickt, daß die Industrie noch nicht ihre eigenen Kosten trage und dem Arbeiter nicht einmal den kostenden Preis seiner Arbeit vergüte. Zu den Selbstkosten der Arbeit gehöre nämlich nicht allein eine Wiedererstattung des in der Jugend aufgewandten Erziehungs- und Bildungskapitals, sondern auch

eine Versicherung gegen die Gefahren wegen Arbeitsunfähigkeit und zeitweiliger Unterbrechung der Erwerbsfähigkeit. Der Arbeiter berechne aber gegenwärtig nicht die nöthige Amortisation seiner Arbeitskräfte. Die Fabrik entlasse die Invaliden der Arbeit, ohne dafür zu sorgen, daß sie in den Zeiten der Arbeitsunfähigkeit leben können. Man dürfe dafür nicht die Fabrikanten allein verantwortlich machen, denn diese seien Kinder der Verhältnisse und der Concurrenz sowie ihrer Umgebungen und Interessen; allein man müsse die Wahrheit aussprechen, so unbequem sie auch sei, damit sich die Fabrikation daran gewöhne, ihre eigenen Kosten zu tragen, und der Gesellschaft nicht die Last einer Armenversorgung aufbürde, welche vielleicht zu $\frac{4}{5}$ durch das Fabrikwesen verschuldet sei. Man werde den der Arbeit wirklich gebührenden Preis auf die Waare schlagen und denselben von der Gesamtheit nach einem rationellen Maßstab der Vertheilung tragen lassen müssen; zunächst aber müsse sich die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer besseren Bezahlung der Arbeit gleichzeitig in verschiedenen Ländern Bahn brechen, wozu eine gründliche Erörterung der Arbeiterfrage und die Bestrebungen der internationalen Arbeiterassociation gewiß beitragen würden. —

In einzelnen Geschäftszweigen habe die Vereinigung der Arbeiter bereits günstige Resultate nach dieser Richtung erzielt. So bestehe z. B. eine weitverbreitete Coalition der Schriftsetzer, welche fast das ganze Feld der Concurrenz für die deutsche Sprache beherrsche. (In der Schweiz der Bund der sog. Typographia.) Der Arbeiter dieses Faches dulde nur eine gewisse Anzahl von Lehrlingen je nach dem Umfange der Buchdruckerei, um dem Herabdrücken der Löhne vorzubeugen, und habe faktisch eine geringere Arbeitszeit als andere Arbeiter. Mit denjenigen Fabrikzweigen, die mit der auswärtigen Concurrenz gehen müssen, wie die Baumwollspinnerei, verhalte es sich anders, da liege die Voraussetzung zu einem Fortschritt darin, daß anderwärts mit Lohnerhöhungen und Herabsetzung der Arbeitszeit ebenfalls vorgegangen werde, oder

daß gegebene Beispiele Nachahmung finden; immerhin müsse die Initiative der Unternehmer zur Verbesserung der Arbeiterverhältnisse überall ermuntert werden; die Arbeiter seien ja die wirk- samsten Mitschöpfer des Wohlstandes der meisten Fabrikanten, darum gebühre ihnen auch ein größerer Antheil am Ertrage der Früchte der gemeinschaftlichen Arbeit, als gewöhnlich bewilligt werde; es widerstrebe den Gefühlen für Recht und Billigkeit, große Vermögen entstehen zu sehen, welche Hunderte von Ar- beitern mitgeschaffen haben, die selbst kaum soweit gekommen sind, sich kümmerlich das Leben zu fristen. Es müsse dem Ar- beiter ein Theil seiner Sorgen, namentlich die Sorge um die Zukunft, durch die Einschränkung des Rechtes des Capitals ab- genommen werden, sei es nun durch Betheiligung am Gewinn oder durch Pensions- und Alterskassen. Das Capital müsse sich dazu freiwillig entschließen. Reichthum und Glück müßten die Erkenntniß gewinnen, daß sie der Arbeit auch materiell ihre Ach- tung schenken und ihre Schuld in höherm Maße als bisher abtragen müßten. Der Arbeiterstand könne sich nicht allein durch eigene Kraft, sondern nur im Bunde mit den Arbeitgebern zu einer menschenwürdigen Lage emporheben und darum dürfe die Lösung der socialen Frage nicht mehr nach unten, sondern müsse nach oben zu gesucht werden. Jedenfalls gehöre die Hei- lung der zahlreichen Gebrechen des herrschenden Industriesystems und die Milderung des großen Mißverhältnisses zwischen Capital und Arbeit zu den dringlichsten Aufgaben unserer industriellen Gegenwart!

Gegen die eben erwähnte Auffassung des Verhältnisses zwi- schen Arbeit und Capital, sowie gegen die Schilderung der Uebel- stände des Fabrikwesens erhob sich ein lebhafter Widerspruch mehrerer Mitglieder der Commission. Ihre Argumentation be- ruhte auf folgenden Hauptsätzen: Man darf sich bei der Behand- lung der so praktischen Arbeiterfrage und in der Liebe zur lei- denden Menschheit nicht allein von verlockenden Ausichten oder

von Idealen und Phantasieen bestimmen lassen, sondern muß mit kalter Vorsicht die Menschen und Verhältnisse nehmen wie sie sind.

Es läßt sich selbst mit Hülfe der idealsten Socialrepublik kein gesellschaftlicher Zustand construiren, in welchem die vielen Unvollkommenheiten, Ungleichheiten und materiellen äußern Leiden, die weit weniger schwer als innere Leiden und individuelle Schicksalsschläge auf der Menschheit lasten, jemals verschwinden werden.

Der tiefere Grund der vorhandenen Ungleichheiten liegt in dem Unterschiede der natürlichen Anlagen, der Körperkräfte und Geschicklichkeiten und namentlich der geistigen und sittlichen Fähigkeiten und ihrer Bethätigung in der Welt der Arbeit und des Verkehrs. Der Fleißige und Geschickte wird sofort nach jedem Nivellirungsversuche wieder weiter kommen als der Faule und Ungeschickte, und der sparsame und nüchterne Arbeiter wird überall weniger Mangel leiden als sein verschwenderischer und genussüchtiger Kamerad. Selbst ererbter Reichthum ist keine Schutzwehr gegen Verarmung; denn die tägliche Erfahrung zeigt, daß reichgeborene Geschäftsmänner, die nichts verstehen und schlecht wirtschaften, herunterkommen und armen, aber energischen Emporkömmlingen ihren Platz räumen müssen. Man soll nach dem Ideal streben, jedem Menschen die Erreichung eines möglichst hohen körperlichen, ökonomischen, geistigen und sittlichen Lebensgenusses zu erleichtern; allein es wird nie möglich werden, Alle auf eine gleiche Stufe zu bringen. In dem großen Gesellschaftsbau ist Alles nach einem höhern gütigen Weltenplane so individuell mannigfaltig, und in dem Ringen nach etwas Besserem, in dem täglichen Erkämpfen seines äußeren und inneren Lebensglücks liegt auch so unzweifelhaft der höchste menschliche Genuß, daß es ein eitler Traum ist, Alles gleich machen und das meist selbstverschuldete Elend aus der Welt bringen zu wollen. Wir können unseren Mitmenschen Belehrung und Anleitung und Pflege bieten, wir haben die heilige Pflicht, sie im Streben nach bessern Zuständen liebend zu fördern und zu unterstützen, allein am

Ende hat doch jedes Individuum sein Schicksal in seinen eigenen Händen. Jeder ist seines Glückes Schmied, und wenn die viel besprochene Arbeiterfrage etwa bedeuten soll: „Was soll aus den Arbeitern werden?“ so kann die Antwort nur so lauten: „Aus den Arbeitern kann nur das werden, was Jeder selbst aus sich macht!“ Eine nachhaltige, den ganzen Arbeiterstand erfassende und emporhebende Lösung der Arbeiterfrage kann nicht von oben, sondern nur von unten her erfolgen. An dieser Lösung wird nun seit Jahrzehnten mit großem Erfolge auf dem Boden der Freiheit gearbeitet. Die Schranken der Erwerbsthätigkeit werden überall entfernt und die Freiheit ist die Gesamtgrundlage des Wirtschaftslebens geworden. Diese Erwerbsfreiheit hat wie jede andere Art von Freiheit, wie die Religionsfreiheit, Pressfreiheit, Vereinsfreiheit, ihre großen Schattenseiten, allein man muß den Schatten mit dem Licht in den Kauf nehmen.

Unter der Sklaverei der Griechen und Römer hatten es Tausende von Sklaven besser als zahlreiche freie Arbeiter der Gegenwart, auch viele Hörige und Fröhner des Mittelalters waren in ihrer materiellen Existenz gesicherter als manche Arbeiter von heute — und doch wünscht heute Niemand jene frühern Zustände zurück. Das Zunftwesen im Bunde mit strengen Niederlassungsgesetzen schützte früher viele Meister vor der Concurrenz einheimischer und fremder Arbeitskräfte. Einfuhrverbote oder hohe Zölle hielten fremde Waaren fern. Ausfuhrverbote von Getreide, sowie Brod- und Fleischzöllen suchten die Nahrung im Lande billiger zu machen. An vielen Orten spielte der Staat selbst den Getreidehändler. Lohnzöllen regulirten den Tagelohn. Kurz, auf allen Lebensgebieten sorgte der Staat, und brachte es in der That dahin, daß sich der sog. Mittelstand, auf den sich die Sorge concentrirte, in ziemlich gleichmäßigen und einförmigen Verhältnissen entwickelte, während man nicht hindern konnte, daß der weit größere Theil der Bevölkerung, die sog. unteren Klassen, oder das ganze städtische und ländliche Proletariat bei dem Mangel an

Freiheit der Arme und Beine in den armseligsten Verhältnissen verkümmerte. An Stelle dieser mittelalterlichen Ordnung und staatlichen Bevormundung des Wirthschaftslebens, welche mit einzelnen Einrichtungen noch hineinreicht in unsere Tage, ist nun in neuester Zeit das System der freien Concurrenz in allen Culturstaaten immer siegreicher durchgedrungen. Man bezeichnet dieses System zuweilen als ein grausames Gesetz, weil es die Preise der Arbeit von den Verhältnissen des Angebots zur Nachfrage abhängig mache und menschliche Leistungen zu einer Marktware erniedrige. Und es ist wahr: Millionen können von der Freiheit, ihr einziges Kleinod, die Arbeit, vom Markte zurückzuhalten, unter dem Drange der bittersten Noth keinen Gebrauch machen, sie sind durch den Hunger gezwungen, als Arbeitsanbieter und Lohnbegehrer aufzutreten und mit dem marktgängigen Lohnsatze zufrieden zu sein; allein dieser zuweilen grausame Kampf der Concurrenz läßt sich durch künstliche Institutionen, die weniger grausam wären, nicht ersetzen. Jedes Eingreifen der Obrigkeit in den Kampf der Interessen hat erfahrungsmäßig den Arbeitnehmern ebenso wie den Arbeitgebern mehr geschadet als genützt. Der große Arbeitsmarkt, auf welchem die Löhne durch die Freiheit des Angebots und der Nachfrage je nach den Bedürfnissen und Gewohnungen der Arbeiter und dem Stande der Production von Land zu Land regulirt werden, ist ein internationaler geworden und spottet der Maßregeln einzelner Staaten. Man muß daher die Freiheit walten lassen, sie ist eine Naturnothwendigkeit geworden und erweist sich auch in der That als die beste Lebensschule und als der gerechteste Regulator der Preise von Waaren und Dienstleistungen. Während man unter dem System der Staatseinnischung und Staatsbevormundung sich Jahrhunderte lang vergebens abmühte, die materielle Lage der großen Masse der Bevölkerung zu verbessern, hat das System der freien Concurrenz in wenigen Jahrzehnten mehr geleistet und die gewaltigsten Umgestaltungen hervorgerufen, es hat die Production befördert,

die Consumtion ausgedehnt und immer neue Reformen behufs einer gerechtern Bestimmung der Löhne, sowie der Capital- und Unternehmerngewinne angebahnt.

Eine Frucht der Freiheit ist auch die moderne Großindustrie oder das Fabrikwesen, welches sich in Folge der Ausbildung der Arbeitseinteilung Hand in Hand mit den großartigen Erfindungen der Technik durch Anwendung der Dampfkraft, der Maschinen und anderer neuer Methoden der Gewerbsthätigkeit, von England aus über den europäischen Continent verbreitet und auch in der Schweiz eine heimische Stätte gefunden hat. Die moderne Großindustrie hat, wie fast jeder große weltbewegende Fortschritt, mit Trümmerhaufen und Leichen und gewaltigen Störungen ihre Laufbahn bezeichnet, und die arbeitende Menschheit ringt noch heute mit den Schwierigkeiten des Ueberganges in neue Verhältnisse. Die neuentdeckten Mächte und Erfindungen waren nicht zu Jedermanns Verfügung, nur der große Betrieb vermochte sie anzuwenden, da ihre Benützung bedeutende Capitalien und Intelligenz erheischte. Wir sehen an die Stelle kleiner Geschäfte große Etablissements, an die Stelle der Handarbeit die Maschinenarbeit, an die Stelle des handwerksmäßigen Betriebs die Fabrikthätigkeit treten.

Durch diesen nothwendigen Uebergang sind Millionen von Einzelinteressen verletzt worden. Das Fabrikwesen hat in manchen Gegenden eigenthümliche sociale Zustände geschaffen, welche man in Zeiten der Naturalwirthschaft und des handwerksmäßigen Betriebs nicht kannte. Die Thätigkeit der Einzelnen tritt in den Hintergrund vor der Arbeit der Massen, Erwerbsseifer und Gewinnsucht spielen eine größere Rolle als früher und ergreifen weitere Kreise. In vielen Familien werden Frauen und Kinder ihren Aufgaben im Hause und in der Schule entfremdet. Die gleichmäßige Beschäftigung bewirkt, daß Absatzstockungen und Verkehrskrisen oder Unglück und Ungeschick größerer Unternehmer sich weithin über ganze Distrikte empfindlich

fühlbar machen. Das engere Zusammenwohnen einer dichten Bevölkerung läßt die wechselnden Erfolge industrieller Thätigkeit und die Unterschiede von Reich und Arm, von Fabrikherr und Fabrikarbeiter schärfer hervortreten, und über dem Ganzen schwebt wie ein ungelöstes Räthsel die sog. Arbeiterfrage, welche Vielen wohl gar wie ein Gespenst erscheint und sie um den ruhigen Genuß ihrer Arbeitsfrüchte bringt.

Man kann sich nicht wundern, daß es Leute giebt, welche solchen Erscheinungen gegenüber das ganze Fabrikwesen verwünschen, und die Einschränkung desselben einer Ausdehnung vorziehen. Um so nothwendiger ist es, die Anklagen scharf zu prüfen, die Befürchtungen zu mäßigen und dem Schatten das Licht gegenüber zu stellen. Man muß, um nicht einseitig, unklar und ungerecht zu werden, sich vor Allem ein richtiges objectives Bild der wirklichen Verhältnisse des gesammten modernen Erwerbs- und Gesellschaftslebens machen, und darf nicht einzelne Fabrikzweige, welche die niedrigsten Löhne und auffallende sanitärische und sociale Uebelstände aufweisen, beliebig herausreißen, um damit den Fluch des ganzen Fabrikwesens zu illustriren und die Fabriken zum Sündenbock aller Unvollkommenheiten des menschlichen Lebens zu machen. Man muß das Wirtschaftsleben in seiner Totalität auffassen, um die Stellung der großen Gewerbe in dem großen Triebwerk des allgemeinen Verkehrs richtig zu erfassen. Es sind nicht nur die verschiedenen Arten von Fabriken unter sich, sondern auch die Verhältnisse der Fabrikbevölkerung im Allgemeinen mit der Lage anderer Stände und mit den Zuständen in andern Ländern zu vergleichen. Welche Unterschiede zeigen nicht allein in einem und demselben Lande die Verhältnisse der Spinner, Seidenarbeiter, Maschinenarbeiter, Pianoforte-, Uhren- und Schmuckarbeiter, wenn man sie mit denen der Lastträger, Dienstmänner und anderer Tagelöhner oder mit denen der Handwerksgefelln, oder der Knechte und Mägde der Bauern vergleicht! Im Vergleich zu allen Arbeitern außer-

halb der Fabriken beziehen die Fabrikarbeiter durchschnittlich keineswegs niedrige Löhne, ja zum großen Theil ansehnliche Mittellöhne und bedeutende Besoldungen, und haben im Ganzen den Vortheil einer regelmäßigeren Beschäftigung als viele von den Jahreszeiten abhängige Handwerksgefelln oder Handarbeiter.

Anlangend die körperlichen und Gesundheitsverhältnisse, so sind die Fabrikarbeiter im Allgemeinen nicht schlechter daran als andere Stände. Die Sterblichkeit ist statistisch nachweisbar in einzelnen Handwerken, wie z. B. bei den Schneidern, viel größer, und erst die Einführung von Nähmaschinen hat die sanitarischen Uebelsände der Schneiderarbeit gemildert. Uebrigens müßte man, um die Gesundheitsgefährlichkeit der Fabrikarbeit zu beurtheilen, die gleichen Altersstufen der verschiedenen Berufsstände mit einander vergleichen und untersuchen, wie sich die Morbilität vom 30., 40., 50. und 60. Lebensjahre an bei den einzelnen Berufsarten gestaltet. Solche Untersuchungen sind aber noch gar nicht angestellt. Viele Beschäftigungen in den Fabriken sind sehr leicht, nicht sitzend und nicht an dieselbe Stelle gebunden. Die Arbeiter brauchen nicht, wie so viele Handwerksgefelln und Lehrlinge, in engen Dachkammern oder in feuchten Parterrewohnungen den ganzen Tag zu sitzen.

Die Fabriklokale sind meist geräumig, hoch und hell, im Sommer gut ventilirbar und im Winter gegen Kälte und Nässe geschützt.

Der Vorwurf, daß die Leute, namentlich in den so viel angefeindeten Spinnereien, schwächlich werden, ist unbegründet. Wenn in Spinnereien häufig schwächliche Leute vorkommen, so hat dies meist darin seinen Grund, daß sich Leute der verschiedensten Herkunft, Feldarbeiter, Handwerker u., welche von Haus aus schwächlich, geistig und körperlich von der Natur vernachlässigt sind, dieser leichten Arbeit zuwenden. Die Baumwollindustrie nimmt alle Leute auf, die zu nichts Anderem fähig sind; selbst die stupidesten Kinder können darin Verwendung

finden, und manche Armenbehörden wundern sich, daß ihnen oft ganz untaugliche, schon für verloren erachtete Subjekte durch die Fabriken abgenommen und zu nützlichen Bürgern herangezogen werden. Es ist ein Glück für die Menschheit, daß die Großindustrien so zahlreichen Individuen Beschäftigung bieten, welche sonst nur der Armenversorgung anheim fallen würden.

Die Nahrungsverhältnisse der Fabrikarbeiter sind durchschnittlich eher besser als diejenigen der ländlichen Bevölkerung. Man bemerkt nur selten, daß der Bauer zum Caffee Butter nimmt, und beim Frühstück um 9 Uhr zum Brod und Wein Käse genießt, was man bei Arbeitern vielfach beobachten kann.

Sowol die Bauern als auch die Handwerker und die Arbeiter der Hausindustrie arbeiten sich zu gewissen Jahreszeiten viel mehr ab, als die auf eine regelmäßige Arbeitszeit von gewöhnlich 12 bis höchstens 13 Stunden beschränkten Fabrikarbeiter. — Auch der Vorwurf, daß die Untauglichkeit der Fabrikarbeiter zum Militärdienst immer größere Dimensionen annehme, ist durch neuere Erfahrungen gerade aus dem schweizerischen Militärleben widerlegt. Im Sonderbundskriege konnte das Contingent des industriellen Kantons Glarus die Strapazen des Feldzuges besser bestehen, als Contingente aus rein landwirthschaftlichen Kantonen, auch kamen bei den Glarnern weniger Krankheiten vor.

Nach dem Ausspruche eines Glarner Pfarrers sind die Fabrikarbeiter im Kanton Glarus jezt besser daran, als früher die Landarbeiter. Die Kröpfe sind verschwunden, seit Fabriken aufgekommen sind, und die Fabrikation hat die Bevölkerung mithin auch leiblich gehoben.

Weit eingehender sind die neueren Beobachtungen schweizerischer Offiziere über die körperliche Beschaffenheit und Dienstfähigkeit der Fabrikbevölkerung. Die Truppen aus Fabrikgegenden und aus rein ländlichen Bezirken zeigen allerdings sehr grelle Widersprüche, allein dieselben fallen namentlich in neuerer

Zeit wegen der Verbesserung der Fabriklokale und der Arbeiterwohnungen, sowie in Folge der Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Fabrikzustände, eher zu Gunsten der Fabrikbevölkerung aus. Die Bauern, die sehr stark arbeiten, pflegen auch sehr oft am Tage (5—6 Mal) Nahrung zu sich zu nehmen; sie können sich daher an die dreimalige Mahlzeit im Dienste schwer gewöhnen, sie sind begehrllicher und genügen weniger leicht den Anforderungen, Disciplin zu üben und Strapazen zu ertragen. Umgekehrt sind die Fabrikarbeiter durch ihre regelmäßige Beschäftigung an Ordnung und Subordination gewöhnt, sie sind anstelliger, fassen rascher auf und sind im Allgemeinen, so bald sie gut genährt werden, freundiger im Felde und elastischer im Dienst. Ueberhaupt ist nicht die gewöhnliche körperliche Beschäftigung der Maßstab der Leistungsfähigkeit eines Soldaten, sondern ebenso die bisherige Lebensart, die gestählte Willenskraft und die Inanspruchnahme des Geistes bei der Beschäftigung. Bei der schweizerischen Grenzbesetzung am Rheine im Jahre 1856 zeigte sich, daß die Leute aus Fabrikgegenden lieber in's Feld zogen als diejenigen aus rein ländlichen Bezirken, und daß die Erstern größere Ausdauer, Subordination und Anstelligkeit im Grenzwachtdienst bewiesen. Bei der Grenzbesetzung in Graubünden im Jahre 1866, wozu Zürcher, St. Galler und Bündner Bataillone verwandt wurden, ergab sich die auffallende Erscheinung, daß die Ausdauer der Zürcher Truppen aus reinen Fabrikgegenden größer war als die der Bündner. Auch rühmte man den Erstern eine viel raschere Auffassung nach, während die Bündner Offiziere Mühe hatten, ihre Leute an den schweren Grenzwachtdienst zu gewöhnen. Ein Jahr vorher hatte die Artillerie-Compagnie der Stadt Basel bei den Truppenzusammenziehungen nach Schaffhausen ebenfalls eine glänzende Probe ihrer Leistungsfähigkeit abgelegt. Diese Basler waren in 3 Tagen 30 Stunden marschirt und kamen am dritten Tage mit Elastizität und Feuer an.

Während solche Erfahrungen dazu beitragen müssen, die landläufigen Vorstellungen von der physischen Ausnutzung und Abschwächung der Fabrikbevölkerung zu berichtigen, lassen sich auch die Beschwerden über die ökonomische, geistige und sittliche Verwahrlosung der Fabrikarbeiter nicht mehr mit den Thatfachen in Einklang bringen, wenigstens fällt die Vergleichung mit andern Ständen und Berufsclassen eher zu Gunsten der Fabrikbevölkerung aus. Die untersten Löhne in den Fabriken sind bescheidener als in andern Berufsclassen, allein sie sind im Ganzen weniger schwankend und wenigstens in der Schweiz, wo selbst in der schlimmsten Zeit der Baumwollkrisis und Geschäftsstockung kaum Entlassungen von Arbeitern stattgefunden haben, viel regelmäßiger und constanter als in anderen Geschäftszweigen, namentlich im Handwerksbetrieb. Handwerker und Bauern sind oft viel mehr Zufälligkeiten, Verlusten und geschäftlichen Störungen ausgesetzt als Fabrikarbeiter mit ihren meist sichern festen Löhnen, welche bei Stückarbeit durch Fleiß und Geschicklichkeit oft beträchtlich erhöht werden. Es kommen daher auch unter den Handwerkern und Bauern viel mehr Zahlungseinstellungen vor als unter Fabrikarbeitern. Die Einlagen der Fabrikarbeiter in die Sparkassen haben mit kurzer Unterbrechung in Folge der Baumwollkrisis und der theuren Getreidepreise von Jahr zu Jahr zugenommen, und die Gegenden mit industrieller Bevölkerung liefern die höchsten Beträge. In landwirthschaftlichen Gegenden mit Fabriken pflegen in den Gemeinde-Sparkassen etwa $\frac{2}{3}$ der Einlagen von den Fabrikarbeitern und $\frac{1}{3}$ von der bauerlichen Bevölkerung herzurühren. Die Mädchen und Frauen sparen am meisten. Die Sparkassengelder werden zum Theil für die nöthigen Anschaffungen der Arbeiter bei der Verheirathung verwendet. Das weibliche Geschlecht bestreitet davon die Aussteuer und schafft sich Nothpennige für die eigene Wirthschaft. Das männliche Geschlecht ist namentlich bemüht, sich aus den Ersparnissen eine eigene Wohnung mit kleinem Grundbesitz zu erwerben. Diese

Neigung findet in allen ländlichen Fabrikbezirken zum großen Segen für die gesammte Bevölkerung eine immer weitere Verbreitung. Anlangend die geistige Bildung, so ist die Schulbildung der Fabrikarbeiter nicht geringer als diejenige der Bauern; es herrscht unter ihnen eher mehr Sinn für Lesen, Schreiben, für Kunst und Fortbildung, sie zeigen in der Schweiz ein großes Interesse an den Gemeindeangelegenheiten und am Vereinswesen.

An Rang, Achtung und bürgerlichen Rechten stehen die Fabrikarbeiter nicht zurück, es steht ihnen der Weg zu den höchsten Ehren und Würden offen, und Hunderte von ihnen schwingen sich alljährlich zu einflußreichen ökonomischen, staatlichen und socialen Stellungen empor.

In Betreff der Ehe und des Familienlebens sehen sich die Fabrikarbeiter viel weniger erschwert als die Knechte der Bauern, die Gesellen der Handwerker, die Eisenbahnarbeiter und andere Berufsclassen.

Gerade die Schweiz, die ja bekanntlich auf ihrem Gebiete die bunteste Musterkarte der mannigfaltigsten ökonomischen und socialen Zustände darstellt, liefert den beachtenswerthen statistischen Nachweis, daß die sittlichen Zustände der industriellen Kantone den Vergleich mit den rein landwirthschaftlichen Kantonen in keiner Weise zu scheuen brauchen. Wenn auch die unehelichen Geburten nicht als absoluter Maßstab der sittlichen Zustände einer Bevölkerung zu betrachten sind, so ist es doch ein zu auffallendes Mißverhältniß, daß z. B. in dem industriellen Kanton Glarus die Unehelichen bloß 1,84, dagegen in dem landwirthschaftlichen Kanton Luzern 13,10 % sämmtlicher Gebornen ausmachen. Mögen auch die heillosen Ehehindernisse im Kanton Luzern daran die Hauptschuld tragen, so ist es doch eben auch nur ein Zeugniß fortgeschrittener menschlicher und staatlicher Bildung, daß man in den industriellen Kantonen mehr Bedenken trägt, den Genuß eines der natürlichsten und heiligsten Menschenrechte einem Staatsangehörigen vorzuenthalten. Es wird genügen,

zur Illustrirung des Wohlstandes und der socialen Verhältnisse der Schweiz hier auch noch einige Bemerkungen aus dem neu erschienenen trefflichen Buche von Dr. W. Gisi: „Die Bevölkerungsstatistik der schweizerischen Eidgenossenschaft“ anzuführen. Der Verfasser schreibt auf Seite 34. und 35. u. A.: „Die Proportion der Verheiratheten ist am größten in den industriellen Kantonen Appenzell a. Rh., Glarus und Zürich, am kleinsten in den agricolen und Gebirgskantonen Luzern, Ob- und Nidwalden, Uri“ „So weit die größere oder geringere Heirathsfrequenz als Ausfluß und Symptom größern oder geringern Wohlstandes zu betrachten ist, wird die uns schon oft aufgefallene Thatsache, daß Appenzell a. Rh., Glarus und Zürich zu den Kantonen, wo der Wohlstand am größten, gehören, Luzern und die Urkantone dagegen zu den ärmsten, auch hier ihre Bestätigung finden“ „Immerhin sind Erscheinungen, wie die, daß in Glarus fast 72, in Appenzell über 70, in Schaffhausen 68, in Zürich und Waadt 67, dagegen in Luzern kaum 43, in Unterwalden, Zug und Uri nicht viel mehr Procent aller Erwachsenen zur Ehe gelangen, auffällig genug, um die Aufmerksamkeit auf die socialen Verhältnisse dieser Kantone zu lenken.“

Die allgemein bekannten und von Dr. Gisi neuerdings wieder betonten günstigen Wohlstandsverhältnisse der industriellen Kantone würden aber an sich noch nicht für die Vorzüge des Fabrikwesens sprechen, wenn sich der oft gehörte Vorwurf bestätigen sollte, daß das Fabrikwesen nur wenige Menschen auf Kosten vieler reich gemacht habe. Der Wohlstand ergreift aber im Gegentheil gerade in industriellen Gemeinden immer weitere Schichten der Bevölkerung, wie sich sowohl aus der Steuerstatistik als auch aus der Sparkassenstatistik des Kantons Zürich evident nachweisen läßt. Das Steuerkapital des Kantons Zürich betrug 1848: 288 Millionen Fr., 1858: 380 Millionen Fr., 1863: 524 Millionen Fr.

Die Zahl der Vermögenssteuerpflichtigen (von 100 Fr. Vermögen an) ist von 1848—1865 von 42,440 auf 47,391 Pflichtige, mithin um $4951 = 11\frac{5}{8} \%$, und, die Zahl der Einkommenssteuerpflichtigen (von Fr. 300 an) seit 1858 bis 1863 von 39,566 auf 46,058, mithin um $6492 = 16\frac{3}{8} \%$ gewachsen. Das durchschnittliche Vermögen von 47,391 Vermögenssteuerpflichtigen betrug 1863: 11,066 Fr. (Durchschnittsvermögen 1858: 8705 und 1848: 7069 Fr.) Das durchschnittliche Einkommen von 46,058 Pflichtigen betrug 1863: 551 Fr. (Durchschnittseinkommen 1858: Fr. 396; 1848: Fr. 334). Auf 61,584 Vermögen-, Einkommens- und Handelsklassensteuerpflichtige kam im Jahr 1863 ein Durchschnittseinkommen von 906 Fr.

Ähnliche Schlüsse lassen sich aus der Entwicklung des Sparkassenwesens ziehen. Nach der kartographischen Darstellung von J. M. Ziegler (Die Gewerbsthätigkeit und die Eisenbahnen der Schweiz aus dem vaterländischen Gesichtspunkte betrachtet) liegen die Sparkassen an zwei Punkten der Schweiz am dichtesten beisammen, nämlich längs des Zürcher See's und nördlich von demselben bis Winterthur, und dann im Appenzell und der nördlichen Spitze St. Gallens. Während speciell im Kanton Zürich im Jahre 1852 bereits 26 Sparkassen mit einem Einlagefond von 6,224,368 Fr. bestanden, und 43,007 Einleger gezählt wurden, waren nach dem neuesten Bericht von Diakon Spyrri im Jahr 1866 38 Kassen im Kanton, in welchen 77,877 Einleger ein Guthaben von 14,065,508 Fr. hatten. Es waren mithin über 34 % der Bevölkerung (die Einwohnerzahl des Kantons Zürich betrug am 10. Dezember 1860: 266,265) Sparkasseneinleger.

Die Verhältnisse in anderen Staaten mit großer Fabrikindustrie gestalten sich ähnlich günstig, wie die Statistik in England, Frankreich, Belgien und Deutschland beweist. In Deutschland ist es das industrielle Sachsen, welches bekanntlich die höchste Ziffer

von Sparkasseneinlagen aufweist. Gerade dort steht auch die Bildung mit am höchsten; der sächsische Arbeiter gehört zu den gesuchtesten und geschicktesten des Continents. Ueberall, wo sich die moderne Großindustrie normal und naturgemäß entwickelt hat, zeigt uns eine Vergleichung der wirtschaftlichen Zustände von heute mit denen vor 30 und 40 Jahren die auffallendsten Unterschiede. Die Arbeitslöhne sind durchschnittlich um das Doppelte und in vielen Erwerbsbranchen noch viel höher gestiegen. Dagegen ist der durchschnittliche Zinsfuß mit dem Wachsthum des Capitals im Allgemeinen gesunken und dadurch eine weit gesündere Grundlage für den Aufbau eines gesunden Staats- und Volkslebens geschaffen worden, als in irgend einer früheren Epoche der Weltgeschichte. Der materielle Erwerb ist reichlicher, das Wohlbefinden allgemeiner geworden, und Reichtum ist auch für die ärmere Classe nicht mehr ein bloßes Geschenk des Zufalls oder Lotteriegewinnes, sondern ein erreichbares Ziel des Strebens geworden. Das ganze Niveau der gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse hat sich auch für die untersten Stufen der Fabrikarbeiter erhöht. Wohnung, Nahrung, Kleidung, Hausgeräth, Heizung, Beleuchtung sind besser geworden, und Zucker, Kaffee, Taback, ehemals nur die Genüsse höherer Stände, sind heute in den Hütten der ärmsten Tagelöhner zu finden. Der industrielle Arbeiter unserer Tage, der zum Frühstück gemüthlich sein Weizenbrod mit Käse und einem Schoppen Wein verzehrt, und dem man vorredet, daß er auf dem untersten Rande der Lebensbedürfnisse herumbalancire, denkt gar nicht daran, daß es in ärmeren Ländern Millionen giebt, die schon mit Haferbrod und einem Trunk elenden Branntweins oder dünnen Bieres zufrieden sind, und denen der Genuß von Weizenbrod und Wein nur wie ein märchenhafter Sonntagsluxus vorschwebt. Noch heilsamer als der Nutzen des materiellen Wohlstandes ist das damit überall einziehende höhere geistige und ästhetische Interesse, welches durch gute Verkehrsmittel, Schulen, Kirchen,

Zeitungen, Volksbibliotheken, Vereine und zahlreiche öffentliche und Privatanstalten mächtig gefördert wird.

Nichts desto weniger soll die Großindustrie, in deren Gefolge überall höhere Bildung einherstreitet, die Arbeiter zu geistlosen Maschinen und Arbeitsthieren machen und sie durch die weit getriebene Arbeitstheilung zum geisttödtenden Einerlei verurtheilen. Man deklamirt über die Berufseinsseitigkeit und Abhängigkeit, man klagt daß die Arbeitstheilung die alten Methoden überall verdränge, daß sie die vereinzelte Thätigkeit in die Gesellschaftsarbeit verwandle, daß der Arbeiter eben dadurch nur zu einem Rad in einem Räderwerk werde, anstatt ein vollständiges Werkzeug darzustellen, und man preßt allen Unmuth in die Worte des gefühlvollen Franzosen Blanqui zusammen: „Was ist ein Mensch, der nur Köpfe von Stecknadeln oder Spitzen von Nähnadeln, wenn auch noch so vollkommen, zu machen versteht!“ —

Mit demselben Recht könnte man fragen: „Was ist ein Mensch, der nichts als ganze Steck- und Nähnadeln zu machen versteht?“ Diese Gereiztheit über die Herabwürdigung des Menschen zur Maschine entspringt einer subjectiven Gefühlsaufwallung, aber keiner objectiven Auffassung der Verhältnisse. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die größte Klasse diejenige, die für ihr tägliches Brod auf ihrer Hände Arbeit im strengsten Sinne des Wortes angewiesen ist. Je leichter ihr diese Arbeit gemacht wird, je mehr Produkte sie mit Hülfe der Arbeitstheilung zu erzeugen und mithin auch wieder auszutauschen vermag, desto besser befindet sie sich und zwar nicht nur in materieller, sondern auch in geistiger und sittlicher Beziehung.

Je mehr mechanische Arbeit die Maschine für den Arbeiter verrichtet, bei welcher er angestellt ist, umsomehr kann er seiner Empfänglichkeit für höhere Eindrücke nachgehen, desto mehr Zeit bleibt ihm zur Ausbildung dieser Eindrücke.

Arbeit bleibt Arbeit, Anstrengung und Mühe, mag sie gleich-

förmig und einseitig sein oder nicht. Es kommt darauf an, den Arbeiter durch Gewährung längerer Mußezeit und besserer allgemeiner Bildungsmittel in den Stand zu setzen, den etwaigen Einflüssen der Berufseinseitigkeit wirksam zu begegnen und nach der Arbeit ihn zu heben und zu veredeln.

Es ist daher eine unfruchtbare Sentimentalität, unsere heutige wirtschaftliche Cultur der Eintönigkeit anzuklagen. Man läßt es bei solchen Vorwürfen ganz unbeachtet, daß es doch noch weit weniger ehrenrührig und langweilig ist, eine monotone Arbeit zu leiten und die Leistungen einer kunstvollen Maschine zu beaufsichtigen, als dieselbe Arbeit selbst auszuführen. Der Mensch wird durch die Maschine nicht entwürdigt, sondern emporgehoben. Seine Arbeit ist dadurch leichter und doch productiver geworden. Die Maschinen sind es, welche schwere, ungesunde und langweilige Arbeit statt der Menschen verrichten, welche Ersparnisse an Roh- und Hilfsstoffen ermöglichen, welche, nachdem die Uebergangszeit der Einführung neuer Maschinen überstanden ist, beständig mehr Arbeitern Beschäftigung bieten und selbst untergeordneten oder schwächeren Persönlichkeiten eine nützliche Thätigkeit und dauernden Verdienst ermöglichen.

Es ist daher in der That nicht zu fassen, wie das Menschengeschlecht, wenn es sich durch den Industrialismus dem Elend und Schmutz entwindet, eben dadurch erniedrigt werden soll.

Trotzdem sind neben den beschriebenen Lichtseiten der heutigen industriellen Bewegung auch gewisse Schattenseiten nicht in Abrede zu stellen, denn es ist nun einmal unser irdisches Loos, uns durch unvollkommene Zustände hindurchzuringen zur Vollkommenheit. Zu den Heimsuchungen, welche die Großindustrie veranlaßt, gehören namentlich die Krisen und Verkehrsstockungen, welche von Zeit zu Zeit über die heutige Wirtschaftswelt dahin ziehen, wie ehemals Hungersnöthe und verheerende Seuchen über die alte und mittelalterliche Welt hereinbrachen. Der Unterschied ist nur der, daß die Mittel unserer heutigen Civilisation aus-

reichen, um wenigstens dem fürchterlichsten Elend zu steuern und die Armen durchzubringen bis auf bessere Tage. Dieß hat die Baumwollkrisis in England bewiesen und noch vielmehr die Art und Weise, wie die durch zahlreiche Geschäftsverluste, Unsicherheit der Weltlage, Mangel an Vertrauen und durch theure Lebensmittelpreise entstandene allgemeine Ungunst der Verhältnisse der Großindustrie auch in der Schweiz getragen worden ist und noch getragen wird.

Gerade der Nothstand des letzten Winters, welcher in mehreren Ländern Europas so furchtbar gewüthet hat, liefert die trefflichste Illustration zu der volkswirtschaftlichen Wahrheit, daß Industrielosigkeit die größte Gefahr für ein Land ist in dieser Zeit der Cultur, wo der Mensch nicht mehr unter der Herrschaft der Natur stehen darf. Die Theuerung des verflossenen Jahres erstreckte sich über einen großen Theil Europa's, allein nur in den industrieloßen, kaufunfähigen Gegenden Nordschwedens, Finnlands, Ostpreußens, sowie im Innern Rußlands und in der Türkei hatte man den Hungertyphus. Solche Länder, die nur vom Ackerbau leben und in guten Jahren wenig mehr als ihren Bedarf aufbringen, müssen in schlechten Jahren selbstverständlich in die ärgste Lage gerathen. Sie haben keine Ueberschüsse von früheren Jahren, von denen sie zehren können, und keine Industrieproducte, wofür sie im Auslande Lebensmittel kaufen können. In jeder rein ackerbautreibenden Landschaft ist der ärmere Theil der Bevölkerung in seiner Existenz von Wind und Wetter abhängig und steht natürlich zu den reichern Grundbesitzern in dem Verhältnisse einer mehr oder minder ausgebildeten Hörigkeit und Unterthänigkeit. Mit Recht erklingt daher aus allen solchen Ackerbaugegenden der Ruf nach Einführung neuer Industriezweige, insbesondere nach der Verbreitung gesunder Haus-Industrieen und man giebt überall zu, daß die Lage des ländlichen Arbeiters weit mehr der Verbesserung bedarf als die Lage der Fabrikbevölkerung. Auch die Schweiz hat die Erfahrung gemacht, daß sich gerade

in Zeiten von Theuerungen die wohlthätigen Erscheinungen des Fabrikwesens geltend machen. Die große Noth, welche in den Jahren 1853 und 1854 in der Schweiz herrschte, trat in den Fabrikgemeinden viel weniger hervor, als in den großen Bauerngemeinden, wo die ärmeren Leute den Bauerngutsbesitzern weit lästiger fielen. Uebrigens ist die Industrie auch in gewöhnlichen Zeiten unentbehrlich für die Schweiz, welche mit den eigenen landwirthschaftlichen Producten den Bedarf ihrer Bevölkerung nur für 31 Wochen deckt und für die übrigen 21 Wochen sich von Außen her mit Getreide versorgen muß. Wenn man daher die Industrie als nachtheilig bekämpfen will, müßte man zuvor erst angeben, was mit den zahlreichen Menschenleben angefangen werden sollte, die von der Landwirthschaft nicht leben können, während sie in ihren industriellen Erzeugnissen und in den dadurch ermöglichten Ersparnissen reichliche Mittel besitzen, selbst die schlimmsten Theuerungen bequemer zu bestehen, als die capitallosen Bewohner eines Ackerbaustaates.

Wer durch eine Vergleichung der Zustände in den industriellen und nicht industriellen Staaten Europas von den Wohlthaten des heutigen Industriesystems nicht überzeugt wird, hätte auf der letzten Pariser Weltausstellung Gelegenheit gehabt, durch eine Vergleichung des Culturlebens des Orients und Occidents von seinen Vorurtheilen geheilt zu werden. Dort hatte unter allen Staaten des Orients Egypten die größten Anstrengungen gemacht, um auf der Weltarena würdig vertreten zu sein; es konnte aber nur Paläste alten und modernen Stils ausstellen, während in der Karawanferei des Vicekönigs von Egypten, wo die Hauptindustriellen des Landes vor den Augen der Zuschauer betrieben wurden, mit einziger Ausnahme der primitiven Matten, welche das Hauptmeublement der egyptischen Hütten bilden, nichts als Stickereien und Gold- und Silberarbeiten zur Befriedigung der Launen einiger Vornehmen zu sehen waren. Mit unendlich größerem Stolge konnte jeder Europäer auf jene bescheidenen und bequemen Ar-

beiterhäuser blicken, die in der nächsten Nähe der Pharaonentempel von den Arbeitern in Mühlhausen und von belgischen Gesellschaften ausgestellt waren, in denen sich mehr echter und vernünftiger Luxus aussprach, als in den bizarren Bauwerken, welche im Orient der Despotismus Einiger mit dem Schweiß und Blut Aller aufführen läßt.

Wenn man nun von dem eben entwickelten allgemeinen Standpunkte aus in der Industrie die große Förderin materiellen, geistigen und socialen Wohlbefindens der Völker erblicken muß, so darf man auch eine der höchsten Blüthen des Industrialismus, das Fabrikwesen, nicht einseitig anlagen und für seine Invaliden und andere Uebelstände allein verantwortlich machen. Man übersieht nur zu leicht, daß die aus der Großindustrie gezogenen Gewinne nicht allein den Fabrikanten zukommen, sondern mit den Kaufleuten, Mäklern, Agenten, Spediteuren *re.* getheilt werden müssen, die sehr oft das Fett abschöpfen. Ein anderer Theil des Geschäftsnutzens fließt den Handwerkern zu, da es fast keinen Industriezweig giebt, der nicht mit dem Gedeihen der Fabriken aufs Innigste zusammenhängt und Jahr aus Jahr ein von den Fabriken mit beschäftigt wird. Indirect steht ferner die Blüthe der Landwirthschaft in der intimsten Wechselbeziehung zur Blüthe des Fabrikwesens, ja die gesammte Bevölkerung von den gelehrten und künstlerischen Beschäftigungen bis hinab zu dem einfachen Dienstmännergewerbe ist mit zahlreichen Fäden an die Großindustrie geknüpft. Die in Fabriken angelegten Capitalien laufen gerade in der Gegenwart das gefährlichste Risiko und sind lange nicht so liquid, wie andere Belegungen. Es ist jedenfalls weit bequemer, seine Gelder in Staatspapieren oder Eisenbahnactien anzulegen und, entrückt jedem neidischen Auge, die Zinsen davon einzuziehen, als damit Fabrikunternehmungen zu begründen und ein productiver Verwalter eigener und fremder Capitalien zu werden. Die meisten Fabriken, welche in den letzten schweren Jahren leidlich prosperirt haben, verdanken dies übrigens nicht

der Fabrikation, die großen Theils mit Verlust arbeitete, sondern vorzugsweise einer glücklichen Spekulation in den verschiedenen Rohstoffen. Es ist daher unbillig, gerade die Gewinne von Fabrikanten als ein öffentliches, mit den Arbeitern zu theilendes Gut aufzufassen, während man die oft viel ansehnlicheren Gewinne des Kaufmanns aus den Producten der einheimischen Arbeit absolut frei ausgehen lassen muß; denn es liegt auf der Hand, daß die schweizerischen Großhändler, welche die hiesigen Gewerbszeugnisse nach transatlantischen Plätzen versenden, ebenso gut deutsche, englische oder französische Waaren exportiren und dies Geschäft von jeder beliebigen deutschen oder französischen Grenzstadt aus betreiben, mithin alle ihre Gewinne aus fremder Arbeit ziehen können, während die schweizerischen Fabrikanten die heimischen Arbeitskräfte beschäftigen und mithin eher Schonung als Belastung verdienen. Ueberhaupt stellen sich die Unternehmergewinne der Fabrikanten, wenn man die vielen in den einzelnen Geschäftszweigen erlittenen Verluste abrechnet, nur als ein keineswegs übertriebener Arbeitslohn für die höhern Anstrengungen des Geistes und Charakters dar, welche zur Leitung großer industrieller Geschäfte erforderlich sind. Man sollte sich daher hüten, Begehrlichkeiten bei den Arbeitern zu erwecken, die unerfüllbar sind und leicht zu ihrem Schaden ausschlagen können. Die Industrie ist ein Kampf, in dem sich alle Theile den im Volkshaushalte souverainen Marktgesetzen unterwerfen müssen. Diese Marktgesetze bestimmen auch gewisse Durchschnittslöhne der Arbeiter, welche sich nach dem Verhältnisse zwischen der Bevölkerung und dem vorhandenen Capital und nach den Leistungen jedes einzelnen Individuums richten. Man kann nicht von einem allgemeinen Anrecht an den erzielten Producten sprechen, sondern nur von einem durch jedesmaligen Privatertrag erworbenen besonderen Recht auf Vergütung der geleisteten Dienste, welche möglicher Weise schließlich gar keinen oder nur einen ungenügenden Erlös ergeben. So wenig man den Absatz reguliren kann, ebenso

wenig lassen sich die Productionsmethoden und Bedingungen künstlich vorher bestimmen. Diejenigen Unternehmer, welche in fertigen ererbten Geschäften sitzen, können die Sorge für ihre Arbeiter freiwillig übernehmen. Wollte man aber junge Unternehmer, welche neue Geschäfte mit fremden Capitalien begründen, gesetzlich anhalten, mit einem Versicherungsfond für ihre Arbeiter zu beginnen, und alle sog. Selbstkosten der Arbeit zu vergüten, mithin auch verfehlte und verdorben abgelieferte Arbeitsproducte zu bezahlen, so würde man geradezu alle unbemittelten Männer von der Unternehmer-Laufbahn ausschließen. Selbst Productivgenossenschaften werden in gewissen Geschäftsperioden bei gedrückten Waarenpreisen und Mangel an Absatz zuweilen zur Einschränkung ihres Betriebs oder zur Herabsetzung der Löhne genöthigt sein, wenn sie die Mittel zur Fortsetzung ihres Betriebes nicht verlieren und nicht etwa auch die ansässigen Arbeiter brodlos machen wollen.

Die periodenweise wiederkehrenden Krisen und Verkehrsstopfungen bedrohen die Arbeitgeber meist noch empfindlicher als die Arbeitnehmer, und die Versicherung gegen solche Zufälle läßt sich daher auch nicht den unter dem Drucke auswärtiger Concurrenz arbeitenden Unternehmern allein aufbürden. Die Arbeiter dürfen es nicht unterlassen, für die Tage der Noth selbst zu sparen und durch höhere Leistungen sich bessere Löhne zu verdienen. Beides ist nur durch höhere Ausbildung der Geschicklichkeit, der geistigen und Charaktereigenschaften erreichbar, und die Lösung der Arbeiterfrage wird daher in der Hauptsache immer von der Bildung und Selbsthülfe der Arbeiter abhängig bleiben. Die Fabrikanten innerhalb und außerhalb der Commission bemerkten, daß immer noch großer Mangel an der sog. erlernten Arbeit (skilled labour) herrsche, daß junge Handwerker, die ein besonderes Fach gut verstehen, in den Fabriken Fr. 5 und mehr Tagelohn verdienen können, daß sich solche Leute aber immer seltener finden, während der Andrang zu Schreiberstellungen und anderen kleinen Anstellungen im Wachsen begriffen sei. Ältere Zürcher

Handwerksmeister bestätigen diese Klagen, sie berichten, daß norddeutsche Gesellen, welche ihr Fach gehörig erlernt hätten, hier immer gesucht würden und wollen diese Erscheinung dadurch erklären, daß man in der Schweiz nach Aufhebung des Zunft- und Lehrzwanges noch keinen rechten Ersatz für die früheren Ordnungen und Gewöhnungen gefunden habe; allein der Grund liegt zum Theil in den Meistern selbst, weil sie nicht wie die Fabriken den Lehrlingen, welche etwas leisten, auch bald einen angemessenen Lohn bewilligen.

Auch in Deutschland wird die Frage nach einem rationellen System, bessere Lehrlinge und Gesellen zu erziehen, schon seit Jahren verhandelt, und mit Recht wurde bereits im Jahre 1862 auf einer großen Versammlung deutscher Schneidermeister in Heidelberg der praktische Vorschlag gemacht, dem Lehrling schon nach dem ersten Jahre einen seinen Leistungen entsprechenden Arbeitslohn von jedem Stück zu zahlen, und aus den Mitteln des Schneidergewerks höhere Bildungs- und Lehranstalten für Schneider zu errichten. Im Uebrigen proklamirte jene Versammlung, daß dem Handwerkerstande nur durch Vertrauen auf die eigene Kraft, durch bessere Ausbildung und freie Association zu helfen sei. Diese Selbsthülfe übt das deutsche Schneidergewerk u. A. auch dadurch, daß es alljährliche Verlustlisten in mehr als 10,000 Exemplaren veröffentlicht, worin die Namen böswilliger Schuldner veröffentlicht werden, was sich als „eines der hauptsächlichsten Förderungsmittel der materiellen Interessen der Fachgenossen“ erwiesen hat. So ist die Selbsthülfe und der Gemeingeist auf allen Gebieten des Wirthschaftslebens ersünderisch und thätig. Es verdient aber von Aeltern und Vormündern beherzigt zu werden, daß das Handwerk immer noch einen goldenen Boden hat und das tüchtige Erlernen eines bestimmten Faches die werthvollste Mitgift für das Leben ist.

Das so vielfach beklagte Mißverhältniß zwischen Arbeit und Capital ist allerdings vorhanden, allein es besteht darin, daß

für die sich anbietenden Arbeitskräfte noch nicht genug Capital, d. i. Vorrath von Arbeitsertrag vorhanden ist, um die Production zu erhöhen, die Löhne zu steigern und dadurch die nöthigen Hülfsmittel und wirthschaftlichen Einrichtungen für die Arbeiterbevölkerung herbeizuschaffen. Die wünschenswerthe Beschaffung besserer Nahrung, Wohnung, Kleidung und anderer Befriedigungsmittel kann nur das Werk einer allmählichen friedlichen Entwicklung sein, wozu viele Factoren, insbesondere günstigere Zeitumstände, verbesserte Betriebsmethoden, größere Thätigkeit der Unternehmer und erhöhte Leistungen der Arbeiter mitwirken müssen. Wenn auf diesem Wege mit Hülfe der Kapitalzunahme die Stellungen der Arbeiter verbessert worden sind, wird auch die Heranziehung von Frauen und Kindern zur Fabrikarbeit immer entbehrlicher werden. Die Lockerung der Familienbände und die Beeinträchtigung der Jugend sind Gefahren, denen das Fabrikleben stärker ausgesetzt ist, als die Handwerksindustrie und der landwirthschaftliche Betrieb, — und es ist die sittliche Pflicht der Arbeitgeber, in dieser Hinsicht keine Veranlassung für das Wohl ihrer Arbeiter zu versäumen, denn wem viel anvertraut ist, von dem wird auch viel gefordert; allein solchen Veranstaltungen begegnet man auch immer häufiger und es wird allseitig zugegeben, daß die Fabrikbesitzer und das angestellte Aufsichtspersonal, geleitet durch menschlich sittliches Interesse, für das geistige und leibliche Wohl der Arbeiter mittelst Handhabung einer ernsten und wohlwollenden Aufsicht und Disciplin die socialen und sittlichen Gefahren schon bedeutend vermindert haben. Es ist auf diesem Gebiet noch viel zu thun, und zwar nicht allein von Seiten der Arbeitgeber, sondern auch durch die Fabrikgemeinden und die Gesellschaft überhaupt, wie sich aus der Erörterung der Mittel zur Abhülfe der Nachtheile des Fabrikwesens ergeben wird.

Eine Vorbedingung zur Lösung der Arbeiterfrage bleibt indeß vor Allem immer die Erkenntniß, daß hohe Löhne, welche

heutzutage Allen in Aussicht stehen, die etwas erlernt haben, die Noth der Arbeiter niemals allein beseitigen werden. Der Schriftsteller Chadwick führt in einem, der Pariser Akademie vor Kurzem überreichten Vortrage über die englischen Arbeiterverbände (Trades Unions) eine Reihe von Thatfachen an, welche beweisen, daß ein mäßiger, aber regelmäßiger Lohn vortheilhafter sei als temporäre, ausnahmsweise hohe Löhne. Chadwick fand in England, was man auch in Frankreich constatirt hat, daß die höchst belohnten Arbeiter am wenigsten sparen; er bemerkte: „es sei fast sprichwörtlich, daß sehr hohe Löhne fast immer von maßloser Trunksucht begleitet seien und daß diese begünstigten Arbeiter dann freilich das Schulgeld für ihre Kinder nicht bezahlen könnten.“ „Es klinge fast wie ein Paradoxon, aber es sei Thatfache, daß Arbeiter als Freier einen Korb bekommen, weil sie viel verdienen, und daß derselbe Grund sie hindere, beim Bäcker und Metzger Credit zu haben.“

Auch in den Berichten über schweizerische Arbeiterzustände begegnet man vielfach der Bemerkung, daß die größern Summen baaren Geldes einen großen Theil von Arbeitern, welche nicht Charakterstärke genug besitzen, zu unnöthigen Ausgaben, zu Vergnügungen aller Art, zu unpraktischen Kleidern, zum Trunke und sonst zu liederlichem Leben verführen, während dicht neben ihnen Leute mit mäßigen Löhnen, so bald sie nur ordentlich leben, von Jahr zu Jahr vorwärts kommen, sich Grundbesitz erwerben, ihre Kinder ordentlich auferziehen und sowol an diesen Kindern als auch an ihren Ersparnissen im Alter die beste Stütze haben. Die flottanten meist jungen Arbeiter sind in dieser Hinsicht am leichtsinnigsten, obwol es darunter zahlreiche Ausnahmen giebt; dagegen wird den Leuten, die sich anständig gemacht haben, zum großen Theile Ordnung und Sparsamkeit nachgerühmt und namentlich ein eigener Heerd und der Besitz eines eigenen Hauses und Gartens als die Quelle der befriedigendsten socialen Zustände

bezeichnet, die sich gerade im Kanton Zürich mit seiner meist über das Land zerstreuten und gewöhnlich mit einem Fuße in der Landwirthschaft stehenden oder in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiterbevölkerung beobachten lassen.

Obwol die Commission im Allgemeinen den Standpunkt einnahm, daß die Lösung der Arbeiterfrage im tiefsten Grunde von dieser technischen, geistigen, sittlichen und wirthschaftlichen Ausbildung der Arbeiter, von der Wiederkehr besserer Geschäftsperioden und von der Vermehrung des Capitals und der Production abhängig sei, so glaubte sie doch mit dem Aussprechen einer solchen Ansicht ihrer Aufgabe noch nicht zu genügen und beschloß eine Untersuchung der auch von ihr in vieler Hinsicht noch für mangelhaft erachteten wirklichen Zustände der Arbeiterbevölkerung des Kantons anzustellen und in eine nähere Erörterung einiger Hauptpunkte über Kinderarbeit, Arbeitszeit, Theiligung am Gewinn, Vorsorgekassen und andere brennende Fragen einzugehen. Sie entwarf zu diesem Zweck folgendes Programm für die Berathung der Specialfragen.

III. Specialuntersuchungen und Berathungen über einzelne Hauptpunkte der Arbeiterfrage:

„Speciellere Fragen als Weg zur Beantwortung der 3 Hauptfragen der schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft über die Stellung der großen Gewerbe zu den darin beschäftigten Arbeitern.“

I. Hauptfrage: Welches sind in sanitarischer, ökonomischer und socialer Beziehung die Verhältnisse der Arbeiter in den größern gewerblichen Etablissements des Kantons Zürich?

- 1) Was hat die Gesetzgebung und Verwaltung bis dahin im Interesse der Arbeiter gethan?

- 2) Was ist von Seiten der Fabrikherrn zu Gunsten der Arbeiter geschehen?
- 3) Was ist von Seiten der Arbeiter selbst geschehen?
- 4) Was ist von Seiten gemeinnütziger Vereine geschehen?
- 5) Was ist nach dem Allem der gegenwärtige Zustand der Fabrikarbeiter?

II. Hauptfrage: Wie können die aus diesen Verhältnissen entstehenden Nachtheile gehoben oder doch wesentlich gemildert werden?

- 1) Durch Maßregeln in Betreff der Kinderarbeit?
- 2) Durch Maßregeln in Betreff der Arbeitszeit?
- 3) Durch Fabrikinspectionen?
- 4) Durch günstigere Gestaltung der Lohnverhältnisse?
 - a. Ob Taglohn oder Stücklohn?
 - b. Ob monatliche, 14tägige oder Stägige Löhnung?
 - c. Ob Antheil am Gewinn?
 - d. Ob Antheil am Geschäft?
- 5) Durch Spar-, Kranken-, Alters-, Invaliden- und andere Kassen?
- 6) Durch Begünstigung von Selbstunternehmungen der Arbeiter?
- 7) Durch Gewerbe- und Schiedsgerichte zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern?
- 8) Durch Verbesserung der Arbeiterwohnungen?
- 9) Durch bessere Ernährung und zweckmäßigere Verwendung der Einnahmen?
- 10) Durch vermehrte Bildung der Fabrikarbeiter und Veredlung ihrer Vergnügungen?

III. Hauptfrage: Was kann die gemeinnützige Gesellschaft in dieser Hinsicht thun?

I. Hauptfrage:

Welches sind in sanitärischer, ökonomischer und socialer Beziehung die Verhältnisse der Arbeiter in den größern gewerblichen Etablissements des Kantons Zürich?

1) Was hat die Gesetzgebung und Verwaltung bis dahin im Interesse der Arbeiter gethan?

Für den Fabrikbetrieb und die Fabrikarbeit ist im Kanton Zürich im Allgemeinen der Art. 7 der Staatsverfassung vom 10. März 1831 mit der Abänderung im Verfassungsgesetz vom 29. Augustmonat 1865 maßgebend, welcher lautet:

„Die Betreibung von Handel und Gewerben ist frei. Das Gesetz bezeichnet diejenigen Beschränkungen, welche das allgemeine Wohl erfordert.“

Die eigentliche Fabrikgesetzgebung des Kantons hat sich bisher fast ausschließlich auf die Regulirung und Ueberwachung der Kinderarbeit beschränkt. Die erste Anregung dazu gab der Züricher Erziehungsrath im Jahr 1813 in einem „Memorial über den Einfluß der Spinnmaschinen auf die Erziehung und Beschulung der angestellten Kinder“, welches den Erlaß der „Verordnung wegen der minderjährigen Jugend in Fabriken überhaupt und in Spinnmaschinen besonders vom 7 Wintermonat 1815“ veranlaßte. (Vergl. Mittheilungen aus den Acten der Zürcherischen Fabrikcommission von J. J. Treichler II. S. 1—33). Diese Verordnung verbot die Beschäftigung von Kindern unter 10 Jahren und jede Verkürzung der Unterrichtszeit schulpflichtiger Kinder durch die Fabrikarbeit, sie beschränkte die Beschäftigung der Kinder auf die Dauer von 12—14 Stunden unter Ausschluß der Nachtarbeit und legte die Vollstreckung des Gesetzes im Wesentlichen in die Hände der Pfarrämter und Schulbehörden. Vielsache Klagen über die Nichtbeachtung dieser Verordnung und über Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte veranlaßten eine neue Fabrikunter-

fuchung im Jahre 1834, welche den Erlaß der Fabrikverordnung vom 2ten Herbstmonat 1837 zur Folge hatte, die sich ebenfalls auf den Schutz der Kinder beschränkte. Kein Kind sollte in eine Spinnerei oder eine andere Fabrik aufgenommen werden, das nicht der Alltagschule entlassen ist, also kein Kind unter 12 Jahren. Die Arbeitszeit für Knaben und Mädchen unter 16 Jahren sollte höchstens 14 Stunden betragen und die Nachtarbeit, sowie die Arbeit an Sonn- und Festtagen wurde untersagt.

Die amtlichen Berichte über die Vollziehung dieser Verordnung (siehe Mittheilungen von Treichler I. S. 3—10) lauten im Allgemeinen nicht ungünstig, nur in einzelnen Fällen wurden (im Jahre 1852) für Handhabung derselben in den Bezirken Meilen, Hinwil, Uster und Regensberg specielle Maßregeln erforderlich. „Die Eltern zeigten sich oft nicht minder widerstrebend gegen die Vorschriften dieser Verordnung als einzelne Fabrikbesitzer.“ — Im Jahr 1855 klagte die Schulpflege Rütli über Verwendung von Repetirschülern zur Nachtarbeit in der Fabrik. Die Schulpflege Netikon bemerkte: „es scheine der weiblichen Schuljugend besonders auf der Repetirschule durch allzu anhaltendes Seidenweben ein geistiges und physisches Herabkommen bevorzustehen, wie dieses durch die Fabriken kaum je in diesem Maße verschuldet worden sei.“ — Im Jahre 1857 wurden aus dem Bezirk Winterthur mehrfache Uebertretungen der Fabrikverordnung berichtet und insbesondere über Verwendung von Kindern zur Nachtarbeit in Folge von Wassermangel geklagt.

Inzwischen war bereits im Jahr 1853 der von Professor Dr. Bluntzli abgefaßte Entwurf eines privatrechtlichen Gesetzbuches für den Kanton Zürich erschienen, welcher in dem Kapitel über den Lohndienstvertrag auch Bestimmungen über die Fabrikarbeiter enthielt, gegen die eine Anzahl von 129 der ersten Fabrikbesitzer des Kantons mit einer einläßlichen Kritik auftraten, an deren Schluß sie vor der Verathung des betr. Gesetzentwurfs

die Niederlegung einer unparteiischen Untersuchungscommission beantragten. Diesem Antrage entsprechend beschloß der Regierungsrath unterm 17. Hornung 1855 die Ordnung der die Fabrikarbeiter betreffenden Verhältnisse einem besondern Gesetze vorzubehalten und eine aus 15 Mitgliedern bestehende Expertencommission zur Untersuchung der Verhältnisse der Fabrikarbeiter niederzusetzen. — Aus diesen Untersuchungen sind die Mittheilungen aus den Acten der Bürgerischen Fabrikcommission von F. F. Treichler und schließlich das Gesetz, betreffend die Verhältnisse der Fabrikarbeiter, vom 24. Weinmonat 1859 hervorgegangen.

Nach diesem noch jetzt in Kraft befindlichen Gesetze dürfen Kinder nicht zur Fabrikarbeit verwendet werden, bevor sie der Alltagschule entlassen worden sind (also keine Kinder unter 12 Jahren). Ausnahmsweise dürfen Alltagschüler, welche das zehnte Altersjahr zurückgelegt haben, an den Ergänzungsschultagen, d. i. an zwei halben Tagen in der Woche, die Ergänzungsschüler in den Fabriken ersetzen. Die Gemeindschulpflegen sind jedoch berechtigt, einzelnen Alltagschülern auch den Besuch von Fabriken an Ergänzungsschultagen zu verbieten, sofern sich ergibt, daß derselbe nachtheilig auf ihre körperliche und geistige Entwicklung einwirkt. Im weiteren ist der Regierungsrath befugt, für die Zulässigkeit der Aufnahme von Kindern in Fabriken ein höheres Alter bis auf 16 Jahre festzusetzen, sofern durch die besondere Natur des betreffenden Gewerbes oder die Art und Weise der Beschäftigung in demselben die Gesundheit oder die körperliche Entwicklung der Kinder gefährdet würde.

Jeder Fabrikbesitzer ist verpflichtet, die in seiner Fabrik angestellten Schüler regelmäßig an dem kirchlichen und öffentlichen Schulunterrichte Theil nehmen zu lassen. Ueberdem dürfen Ergänzungsschüler an den wöchentlichen zwei Ergänzungsschultagen auch nicht vor den Schulstunden in den Fabriken beschäftigt werden. — Die tägliche Arbeitszeit darf für Kinder, welche noch nicht konfirmirt sind, beziehungsweise das sechszehnte Altersjahr

noch nicht zurückgelegt haben, höchstens 13 und an Samstagen höchstens 12 Stunden, für Alltagschüler nie mehr als 5 Stunden betragen. Während der Nachtzeit, nämlich von 9 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens, sowie an Sonn- und Festtagen dürfen solche Kinder unter keinen Umständen zur Fabrikarbeit verwendet werden.“ —

Außer vorstehenden auf die Kinder bezüglichen Bestimmungen enthält das Gesetz von 1859 noch einige allgemeine Vorschriften, indem es den Fabrikbesitzer verpflichtet „bei der Einrichtung und dem Betriebe der Fabrik die nöthigen Vorkehrungen im Interesse der Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter zu treffen und für Aufrechterhaltung der Ordnung und der guten Sitten in den Fabriklocalen Sorge zu tragen.“ Die Fabrikvorschriften sowie die Statuten der Kranken- und Vorsorgekassen, sofern sie für die Arbeiter obligatorisch erklärt sind, müssen der Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Fabrikordnungen sind in den Arbeitslocalen anzuschlagen. Wo nicht durch die Fabrikordnung oder durch Vertrag etwas Anderes festgesetzt ist, da gilt eine vierzehntägige Kündigungsfrist zur Auflösung des Lohndienstvertrags. Jeder Fabrikbesitzer hat über die in seiner Fabrik beschäftigten Arbeiter sowie über die von ihm verhängten Bußen und deren Verwendung genaue Verzeichnisse zu führen. Bußen, welche nicht in den Fabrikvorschriften angedroht sind, dürfen nicht verhängt werden. Körperliche Züchtigungen sind untersagt. Endlich enthält das Gesetz noch Strafandrohungen bei Uebertretung des Gesetzes und bestimmt, daß alle Fabriken periodischen amtlichen Inspectionen unterworfen werden sollen.

Außer dem Gesetz vom 24. Weinmonat 1859, welches die Grundlage der Züricher Fabrikgesetzgebung bildet, sind noch einige Bestimmungen des Polizeigesetzes über Handwerksgefelln, Lehrlinge, Fabrikarbeiter u. s. w. vom 16. Christmonat 1844 in Geltung. Es sind dies die rein polizeilichen Vorschriften, be-

treffend die Bedingungen, unter welchen kantonsfremde Fabrikarbeiter im Kanton sich aufhalten dürfen, das Verfahren, welches gegen unbeschäftigte und dienstlos sich herumtreibende Fabrikarbeiter einzuschlagen ist und das Verbot von Verbindungen zum Zweck der Erzwingung von Zugeständnissen, zum Troste gegen die Behörden, zur Beeinträchtigung der Rechte der Fabrikherren u. s. w. Nach den §§. 25—31 und 53 dieses Polizeigesetzes von 1844 sind kantonsfremde Fabrikarbeiter, welche nicht in die Klasse der Niedergelassenen gehören, verpflichtet, sobald sie im Kanton eine Anstellung gefunden haben, in der Regel durch Theilnahme an einer Kranken- oder Unterstützungskasse dafür zu sorgen, daß sie in Erkrankungs- oder Nothfällen die nöthige ärztliche Hülfe und Krankenpflege oder die nöthigste Unterstützung erhalten, und es können, wenn solche Arbeiter es unterlassen, sich bei einer Krankenkasse zu betheiligen, und wenn dieselben unvermögend sind, ihre Dienst- (Fabrikherren) in Anspruch genommen werden.

Anlangend die Vollziehung des Hauptgesetzes vom 24. Weinmonat 1859 so ist vom Regierungsrath beschloffen worden, die in §. 10 des Gesetzes vorgeschriebenen Inspectionen in einem Turnus von 3 Jahren vorzunehmen, auch ist Seitens der Direction des Innern ein besonderes Reglement für diese Fabrikinspectionen ausgearbeitet worden.

Seit Erlass des Gesetzes sind nun zwei Inspectionen sämtlicher industrieller Etablissements des Kantons Zürich vorgenommen worden. Die Rechenschaftsberichte des Regierungsrathes für die Jahre 1860 und 1864 sprechen sich über die Resultate dieser Inspectionen folgendermaßen aus:

1860.

„Die vom Regierungsrathe bestellte Fabrikkommission, deren Aufgabe darin bestehen sollte, die in § 10 des Gesetzes vom 24. Weinmonat 1859 vorgeschriebenen Fabrikinspectionen vorzunehmen, hat nun im Berichtsjahre die Inspection sämtlicher Fabriken des Kantons nach einem von der Direction des Innern im Hornung des Berichtsjahres erlassenen Reglement

vorgenommen; über die Resultate dieser Untersuchungen wurde dem Regierungsrathe von der Fabrikkommission ein eintläßlicher Bericht vorgelegt, aus welchem folgendes hervorgehoben wird. Betreffend die Frage, ob Alltagschüler in den Fabriken als Ersatz für Ergänzungsschüler verwendet werden, und ob Mißbrauch der durch das Gesetz dießfalls erteilten Erlaubniß stattfindet, lieferten die angestellten Nachforschungen in beiden Richtungen ein befriedigendes Resultat. Nur in 4 Etablissements ist die Dauer der Ersatzzeit von 5 auf 6 Stunden ausgedehnt worden, und in ein paar Fällen kam es vor, daß Alltagschüler während der Ferien in der Fabrik arbeiteten. Im Uebrigen werden in circa 20 Fabriken etliche 40 Alltagschüler als Ersatz der Ergänzungsschüler in der gesetzlichen fünfständigen Dauer der Arbeitszeit verwendet. Daß in dieser Beziehung so wenige Uebelstände sich zeigten, ist hauptsächlich der Thätigkeit der Gemeindegemeinschaften zuzuschreiben. Der gleichen Thätigkeit ist es ferner zu verdanken, daß ein dritter Punkt, nämlich die Frage: Ob die gesetzlichen Bestimmungen betreffend den obligatorischen und freiwilligen Kirchen- und Schulbesuch befolgt werden, zu keinen Bemerkungen Veranlassung gegeben hat, indem nur ein einziger Fall zur Kenntniß der Kommission gekommen ist, in welchem bisweilen durch Schuld fremder Aufseher, ohne Wissen der Fabrikherren, Kinder an Sonntagsvormittagen zum Putzen in der Fabrik verwendet wurden. Ein vierter Punkt betrifft die Frage: Ob die Natur des Gewerbes und die Art der Beschäftigung eine für Kinder unter 16 Jahren schädliche sei, beziehungsweise, ob die Vorkehrungen für Sicherheit und Gesundheit, Ordnung und gute Sitten getroffen seien. Die augenfälligsten, der Gesundheit gefährlichen Etablissements sind die kleinen Zündholzfabriken, durch welche die bekannte Kiefernekrose verursacht wird. Es bestehen zur Zeit 12 solcher kleinern Etablissements, die zusammen circa 90 Arbeiter beschäftigen. Ein größeres, für sich allein circa 40 Arbeiter zählendes Geschäft, ist dabei nicht inbegriffen, und bietet ungleich mehr Schutz wider das erwähnte Knochenleiden als die kleinern, die auch neben solch größern und der Gesundheit vortheilhaftern Fabriken sich in die Länge kaum halten können, ein Umstand, der um so mehr ins Gewicht fällt, da eine gehörige Kontrolle über diese kleinen Fabriken im Punkte der Reinlichkeit und Vorsicht beinahe unmöglich ist. Aus den gleichen Gründen, mangelnder Vorsicht und Reinlichkeit, kommen bei den Thonwaarenfabriken bisweilen Fälle von Bleikolik vor, aber der Natur der Sache nach immerhin sehr selten, da nur wenige Arbeiter mit den Bleifarben zu thun haben. In den Kattundruckereien machte sich eine schädliche Einwirkung der daselbst so reichlich gebrauchten Gifstoffe mit Ausnahme eines einzigen zweifelhaft gebliebenen Falles nicht bemerkbar. Im Uebrigen sind eine Anzahl meist älterer Etablissements so gebaut, daß in Bezug auf

Licht- und Luftzutritt die Einrichtung als eine mangelhafte erscheint, wozu dann häufig auch noch Vernachlässigung der Reinlichkeit kommt. Ferner finden sich nicht nur in ältern, sondern auch in neuern Fabriken im Kellergeschosse Boden von Steinplatten oder Ziegelseinen, auch sogenannte Betonböden, die alle gleich nachtheilig auf die Gesundheit derjenigen Arbeiter wirken, welche namentlich in der kältern Jahreszeit den ganzen Tag auf denselben stehen müssen. Außer diesem unterscheiden sich die neuern Etablissements in der Regel in Bezug auf Geräumigkeit, Licht und Lüftung sehr vortheilhaft von den ältern, so daß in dieser Hinsicht das Bessere sich von selber Bahn zu machen scheint. Auch die in den Fabriken getroffenen Vorkehrungen für Sicherheit finden sich besonders vorzüglich in den neuen Etablissements; in den ältern wäre das Wünschbare auszuführen oft nicht mehr möglich, namentlich bezüglich Einzäunung des Triebwerks und hinlängliche Geräumigkeit, um zwischen den einzelnen Maschinen ungefährdet durchkommen zu können. Betreffend die Vorkehrungen für Ordnung und Sittlichkeit geschieht in der Regel das Mögliche, soweit durch äußere Mittel hierin Etwas zu erreichen ist. Die Handhabung der bestehenden Fabrikordnungen durch die Fabrikherren und Aufseher ist allerdings bald mehr bald minder strenge; immerhin jedoch erscheint sie genügend, um grellen Ausbrüchen von Unordnung oder Unsittlichkeit vorzubeugen, oder wenn sie eingetreten sind, dieselben schnell zu beseitigen. Der fünfte Punkt betrifft die Frage: Ob die gesetzliche Stundenzahl als Arbeitszeit für Kinder pünktlich eingehalten werde. Von den 222 Fabriken sind 11, in denen Samstags $\frac{1}{2}$ bis 1 Stunde, und 9, in denen dazu auch noch an den übrigen Wochentagen $\frac{1}{2}$ Stunde zu lange, also $13\frac{1}{2}$ resp. $12\frac{1}{2}$ Stunden mit der Jugend gearbeitet wurde, welchen Uebelsständen dann aber nach Einsicht der Mittheilungen der Fabrikkommission durch Verfügungen der Direktion des Innern abgeholfen worden ist. An einigen Orten ist auch die Arbeitszeit der Erwachsenen und der Kinder unter 16 Jahren eine getrennte geworden, so daß die Erwachsenen noch eine 14. Stunde arbeiten, nachdem die jungen Leute entlassen sind. Allgemein und lebhaft äußert sich die Zufriedenheit der Arbeiter über die Verkürzung der Arbeitszeit am Samstag um 1 Stunde; denn der daraus für sie entstehende Gewinn sei ebenso vortheilhaft für ihre Hausordnung, wie für eine bessere Feier des Sonntags, für Ermöglichung des Kirchenbesuches u. s. w. Der sechste Punkt betrifft die Frage: Ob keine unerlaubten Bücktigungen oder in den Fabrikvorschriften nicht angebrohte Bußen verhängt werden. Im Ganzen lauten die Ergebnisse der Inspektion betreffend die Bußen sehr günstig. Zwar haben sich noch einige wenige Fälle ergeben, in denen die Bußen auf Grundlage von noch nicht durch die Direktion des Innern genehmigten Fabrikordnungen hin bezogen wurden. Allein im Ganzen

ist die Anwendung dieses Mittels zur Handhabung der Ordnung als eine durchaus gerechtfertigte erschienen. In 70 Fabriken, die circa 6000 Arbeiter beschäftigen, wurden in einem Jahre circa 2200 Frk. Bußen verhängt. Für den einzelnen Arbeiter würde das per Jahr etwas mehr als $\frac{1}{3}$ Frk. ausmachen. In der Wirklichkeit machte sich die Sache dann aber so, daß in vielen, namentlich den kleinern Fabriken, gar keine Bußen vorkamen, während in 5 Fabriken aus jener Zahl die Buße per Arbeiter in einem Jahr auf 1 Frk., in 3 Fabriken auf $\frac{3}{4}$ Frk. anstieg. In den meisten überstieg sie $\frac{1}{3}$ Frk. nicht, und sank in einigen auf $\frac{1}{6}$, $\frac{1}{8}$ und $\frac{1}{10}$ Frk. Die unerlaubten Züchtigungen der Kinder unter 16 Jahren anbelangend, läßt sich, obgleich in den Inspektionsprotokollen nur auf ein paar Fälle hingewiesen ist, doch mit aller Sicherheit sagen, daß solche ohne Vorwissen des Herrn durch Aufseher und durch Spinner noch ziemlich oft ausgeübt werden, wenn schon ohne Vergleich nicht mehr wie ehemals. Der siebente Punkt, die Frage: Ob die Fabrikverordnungen von der Direktion des Innern genehmigt, in den Arbeitslokalen angeschlagen, und jedem Arbeiter mitgetheilt seien, ist bezüglich des letzten Punktes dahin zu beantworten, daß bei der Inspektion auf denselben meist nicht besondere Rücksicht genommen wurde. Desto mehr Aufmerksamkeit wurde auf das Vorhandensein der Fabrikordnungen in den Lokalen und Arbeitszälen verwendet. Die Sache fand sich in denjenigen Fällen immer in Ordnung, in welchen die Fabrikordnungen seit Erlaß des neuen Gesetzes von der Direktion des Innern genehmigt werden waren. Auch bei den vor Erlaß dieses Gesetzes genehmigten war es meistens der Fall. Bei den nicht ratifizirten Fabrikordnungen dagegen fand sich die Vorschrift der Bekanntmachung nicht immer befolgt. Auch kamen ein paar Fälle vor, daß geküßt wurde ohne eine Fabrikordnung. Da wo nicht geküßt wurde, fehlten selbstverständlich auch die Fabrikordnungen. Es ist nun namentlich nothwendig, daß alle schon vor Erlaß des Fabrikgesetzes der Genehmigung der Direktion des Innern unterstellten, wie die derselben nicht unterstellten Fabrikordnungen noch zur Ratifikation eingebracht werden, und es sind auch in dieser Beziehung von der Direktion des Innern die nöthigen Schritte geschehen. Der letzte Punkt betrifft die Frage, ob die von der Direktion des Innern vorgeschriebenen Arbeiterverzeichnisse und Bußenlisten gehörig nachgeführt, und die Bußen nach der Vorschrift des Gesetzes verwendet werden. In weit den meisten Fällen sind die Arbeiterverzeichnisse nach der vorgeschriebenen Norm geführt. Wo es nicht der Fall ist, fehlt meist das Wichtigste, die Angabe des Geburtsjahres der Arbeiter. In vielen Fällen werden sie nicht geführt, wegen der geringen Zahl der beschäftigten Arbeiter, die oft nur zwischen 2—10 beträgt; da bei solch geringer Arbeiterzahl in der Regel auch von Bußen keine Rede ist, so bleibt

es einfach bei der Führung des Lohnbuches und allfällig Zweifelhaftes ergibt sich bei der mündlichen Nachfrage leicht und bald. Auch die Bußenlisten sind da, wo wirklich gebüßt wird, überall vorhanden, aber noch nicht überall nach Vorschrift geführt. Die Verwendung der Bußen ist noch nicht überall angegeben; an vielen Orten sind die Fabrikherren noch nicht entschlossen, über die Art und Weise, wie dabei verfahren werden soll. Eine Jahresabrechnung zwischen Bußen und daraus verwendeten Unterstützungen war bis jetzt noch nicht an der Zeit, da das Gesetz erst mit Newjahr 1860 in Kraft getreten ist. Es haben aber viele Fabrikbesitzer die Bußeneinnahme und die daraus zu verwendenden Unterstützungen nach der Vorschrift so nebeneinander aufgeführt, daß jederzeit der Stand der Sache sofort leicht ersichtlich ist. Das Zusetzen aus eigener Tasche für die Unterstützungen, wenn der Bußenbetrag nicht ausreicht, ist ein von mehreren Fabrikbesitzern geübtes, sehr anerkanntes Verfahren.“

1864.

„Im Berichtsjahre wurde die zweite periodische Inspektion sämmtlicher industriellen Etablissements des Kantons, welche das Gesetz als Fabriken erklärt, durch die vom Regierungsrathe bestellte Fabrikkommission gemäß den Vorschriften des Gesetzes und des diesfalls erlassenen Reglements vorgenommen. Das Ergebniß derselben war noch weit befriedigender, als dasjenige der ersten Inspektion. Das gesetzliche Maximum der Arbeitszeit für Kinder wird mit seltenen Ausnahmen überall eingehalten, ebenso das Verbot, dieselben während der Nachtzeit und an Sonntagen zur Fabrikarbeit zu verwenden. An den Ergänzungsschultagen werden Alltagschüler weit weniger als früher zur Fabrikarbeit benutzt. Fälle von körperlichen Züchtigungen der Fabrikarbeiter wurden keine entdeckt. Dagegen werden die gesetzlichen Vorschriften bezüglich der Beschränkung der Arbeitszeit an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen nicht selten übertreten. Am häufigsten kommen vor: Nichtbeachtung der Vorschriften betreffend die Handhabung der Fabrikordnung und die Führung von Verzeichnissen über die in der Fabrik angestellten Arbeiter und die verhängten Bußen und ihre Verwendung. Die Gesetzesübertretungen, welche zum Vorschein kamen, wurden meistens nur durch Klagen, in einem einzigen Fall mit Ordnungsbusse geahndet.“

Der Rechenschaftsbericht von 1865 enthält keine Bemerkungen über das Fabrikwesen. Der Bericht von 1866 bemerkt:

„Im Jahr 1866 wurden keine Fabrikinspektionen vorgenommen. Der Direktion des Innern sind auch keine Fälle von Gesetzesübertretungen zur Kenntniß gekommen. Fabrikordnungen wurden zwei genehmigt.“

Der Bericht von 1867 ist noch nicht erschienen.

Endlich ist noch zu erwähnen, daß in Folge von häufigen Erkrankungen solcher Personen, welche in Zündhölzchenfabriken gearbeitet hatten, vom Regierungsrath eine neue Verordnung, betreffend die Fabrikation von Zündhölzchen, unterm 22. Brachmonat 1861 erlassen worden ist, und daß der Commission ein von der Direktion des Innern ausgearbeiteter Entwurf eines Gesetzes über das Gewerbewesen vom 25. Wintermonat 1867 vorgelegen hat. In diesem Entwurfe haben alle wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes vom 24. Weinmonat 1859 wiederum Aufnahme gefunden. Als neue, principiell wichtige Vorschläge dieses Entwurfs sind hervorzuheben:

§ 19. „Die tägliche Arbeitszeit in den Fabriken darf nicht mehr als 12 Stunden betragen. Für das Mittagessen muß wenigstens eine Stunde freigegeben werden. Wo außerdem noch ein- oder zweimal im Tag eine Ruhepause eingeführt ist, darf eine entsprechende Verlängerung des Aufenthalts in der Fabrik stattfinden. Zur Nachtzeit, nämlich von 8 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens, sowie an Sonn- und Festtagen darf in den Fabriken nicht gearbeitet werden.“

§ 20. „Die Fabrikbesitzer sind verpflichtet, die Löhne spätestens alle 14 Tage auszubezahlen.“

I. 2) Was ist von Seiten der Fabrikbesitzer zu Gunsten der Arbeiter geschehen?

Als Leistungen der Fabrikbesitzer sind hervorzuheben:

a) Verbesserung der Löhne. Die Arbeitgeber zahlen theils aus freien Stücken, theils in Folge der Concurrenz und des Mangels an Arbeitern wesentlich höhere Löhne als früher, und haben namentlich durch Einführung und immer weitere Ausbildung des Stücklohns ihren Arbeitern und sich selbst die besten Dienste geleistet.

b) Freiwillige Herabsetzung der Arbeitszeit. Die regelmäßige Arbeitszeit war früher 15, dann 14 und seit 1859

13 Stunden mit Ausnahme des Samstags. Es gibt indessen schon jetzt viele Fabriken im Kanton, die nur 12 Stunden, andere, die nur 11 $\frac{1}{2}$ und 11 Stunden arbeiten lassen.

c) Errichtung zweckmäßiger Arbeiterwohnungen, welche die Arbeiter theils allmählich erwerben, theils billig mietzen können. Es giebt solche von Fabrikbesitzern erbaute Arbeiterwohnungen fast in allen Gegenden des Kantons. Einen von ähnlichen Unternehmungen abweichenden eigenthümlichen Plan haben die Herren J. S. Rieter und Cie., Besitzer der mechanischen Constructionswerkstätten und der Baumwollspinnerei in Töß, mit dem von ihnen in Niedertöß bei Winterthur in schöner gesunder Lage erstellten Arbeiterquartier durchgeführt. Dieselben ließen anfänglich auf eigene Rechnung 16 Wohnungen erstellen, von denen theils zwei, theils vier einen gemeinschaftlichen Eingang hatten. Es zeigte sich jedoch im Laufe der Zeit, daß dieses System nicht zu demjenigen Ziele führe, welches die Erbauer anstrebten und das dahin ging, neben guter Versorgung der Arbeiterfamilien auch deren Sinn für Ordnung, Reinlichkeit und Sparsamkeit zu fördern. Sie gewannen die Ueberzeugung, daß einzig diejenigen Wohnungen resp. Häuser, welche nur für eine einzige Familie eingerichtet sind, die von ihnen beabsichtigten Folgen erreichen würden. Der Preis solcher Einzelwohnungen stellte sich jedoch in Niedertöß wesentlich höher als in Mülhausen. Bei Aufstellung einer vergleichenden Berechnung der Erstellungskosten eines Hauses der Cité ouvrière in Mülhausen, welches nach den dortigen Preisen Fr. 2926. 70 kostet, fand sich, daß ein Haus ganz gleicher Construction nach den Preisen der Baumaterialien und sonstigen Kosten in Niedertöß Fr. 4050. 15 kostet. Ferner glaubten die Erbauer, nach den in ihrer Gegend herrschenden Begriffen von dem was einer Familie zur Förderung des Ordnungsinnes, der Sparsamkeit und Häuslichkeit geboten werden sollte, die Construction ihrer Häuser solider und die Einrichtung zweckentsprechender als in Mülhausen aus-

führen zu müssen. Demgemäß kostet ihnen ein Haus mit Land und allgemeinen Anlagen ca. 5000 Franken.

Bei Feststellung des Principes der Verwerthung dieser Häuser entschied man sich zuerst für Anwendung des Grundsatzes der Amortisation, wonach den Arbeitern Gelegenheit geboten worden wäre, nach und nach ein Eigenthum zu erwerben. Doch sollten dabei namentlich zwei Punkte festgehalten und sichergestellt werden: Der erste betraf das Recht der Erbauer: Familien, welche dem Sinne für Ordnung, Reinlichkeit und Sparsamkeit nicht huldigen, oder ein unmoralisches Leben führen, aus dem zu gründenden Quartiere entfernen zu können; — der zweite betraf den Umstand, daß die Herren Mieter und Comp. nur für ihre eigenen Arbeiter und deren Familien, nicht aber für Andere zu bauen beabsichtigen. Zur Durchführung dieser beiden grundsätzlichen Bedingungen glaubten sich dieselben das Rückkaufsrecht der Gebäude sichern zu müssen. Sie fanden jedoch ein Hinderniß in den Gesetzen des Kantons Zürich, nach welchen das Rückkaufsrecht von Liegenschaften nur während zehn Jahren Gültigkeit hat. In Folge dessen wären die Gründer des Arbeiter-Quartiers einerseits in Gefahr gewesen, bei jedem Hause die oben erwähnten zwei Bedingungen nach zehn Jahren preisgeben zu müssen und somit ihre Absichten gefährdet zu sehen. Andererseits wären sie möglicher Weise in die unangenehme Lage gekommen, alle 9 bis 10 Jahre die Häuser rückkaufen und dann wieder verkaufen zu müssen, was immerhin mit vielen Umständlichkeiten und Kosten verbunden gewesen wäre. Aus diesen Gründen entschlossen sie sich, die zu erbauenden Wohnhäuser nicht an die Arbeiter zu verkaufen, sondern an dieselben zu vermieten. Um nun aber die Tugenden der Sparsamkeit, Ordnung und Vorsorge für die Familie in anderer Weise bei den Arbeitern anzuregen, wählten die Unternehmer das Auskunftsmittel, jedem Miether die Pflicht aufzuerlegen, sein Leben in der schweizerischen Rentenanstalt für einen gewissen Betrag mit einer jährlichen Einlage von min-

destens 50 Franken zu versichern, damit im Falle des Ablebens des Familienvaters den Hinterbliebenen ein Nothpfennig gesichert sei. Die Unternehmer haben zu diesem Zweck eine Verständigung mit der Rentenanstalt getroffen und die näheren Bestimmungen in den Vertragsformularen mit ihren Miethern festgesetzt. Sie hielten sich um so mehr zu einer solchen zwingenden Bestimmung berechtigt, weil sie nur 180 Franken Miethzins für ein kleines Haus verlangen, während bei Berechnung einer Verzinsung von 4 % für das in die Häuser verwendete Capital (Grund und Boden nicht eingerechnet) der Miethzins für ein kleines Wohnhaus auf ca. Fr. 230, für ein größeres auf Fr. 280 zu stehen kommt, was ungefähr mit den gewöhnlichen, aber bei weitem nicht so angenehmen Privatwohnungen in Löß im Einklang stände. —

Es stehen bereits 7 von einander ganz getrennte Doppelhäuser des Rieter'schen Arbeiterquartiers bewohnt da und entsprechen den gehegten Erwartungen. Die Unternehmer verschweigen jedoch nicht, daß ein Theil der Arbeiter anfänglich wenig Lust zeigte, diese Wohnungen zu beziehen und sich den Bedingungen in Betreff der Lebensversicherung zu unterwerfen, und zwar namentlich aus politischen Gründen, um sich nicht abhängig zu machen. Da starb plötzlich ein bei der schweizerischen Rentenanstalt versicherter Arbeiter der Rieter'schen Fabrik, dessen Hinterbliebene nun durch Auszahlung von mehreren Tausend Franken Versicherungssumme vor dem Elend gesichert waren. Seit diesem Todesfalle findet ein großer Zudrang zu den Rieter'schen Arbeiterwohnungen statt.

d) Erleichterung des Erwerbs von Grundbesitz, auf welchem die Arbeiter sich selbst Wohnungen erbauen können.

e) Einräumung von Land zur Anpflanzung von Lebensmitteln.

f) Sorge für billiges und gutes Unterkommen unversehrter Arbeiter und Arbeiterinnen. Es geschieht dies dadurch, daß Unternehmer solide Arbeiterfamilien in den von ihnen errichteten Kosthäusern hauszinsfrei wohnen lassen und ihnen auch Betten und Unterhalt vom Etablissement zukommen lassen, wogegen die betreffenden Familien zur Aufnahme der ihnen zugewiesenen Arbeiter, soweit Platz da ist, verpflichtet sind. In der einen großen Wohnung sind einzelne Männer, in einer andern, der eine Frau vorsteht, einzelstehende Arbeiterinnen untergebracht.

g) Errichtung von Sparkassen und Ermunterung des Fleißes und der Sparsamkeit durch freiwillige Zulagen der Fabrikbesitzer zu den Ersparnissen der Arbeiter. Solche Fabriksparkassen sind im Kanton sehr zahlreich. Manche Fabrikanten machen den Arbeitern Zuschüsse von 5, 10 und 20 % der gemachten Einlagen, bis die Ersparnisse eine gewisse Höhe erreicht haben.

h) Errichtung von Krankenkassen und Unterstützung derselben durch freiwillige Beiträge. Einige Fabrikanten haben größere Summen als Begründungskapitalien solcher Kassen ausgesetzt (bis zu 10,000 Franken), andere leisten regelmäßige Beiträge, wieder andere verwalten solche Kassen ganz mit den eigenen Mitteln des Etablissements ohne Beiträge der Arbeiter.

i) Verpflegung kranker und verunglückter Arbeiter im Kantonshospital auf Kosten der Fabrikbesitzer. Eine Reihe von Fabrikbesitzern des Kantons Zürich haben zu diesem Zweck besondere Verträge mit dem Kantonshospital abgeschlossen, wonach sich dasselbe verpflichtet, ihre kranken Arbeiter gegen billiges Kostgeld zu verpflegen.

k) Beitritt zu der Invalidenkasse für die Arbeiter der Spinnereien und Webereien im Kanton

Zürich. Diese Invalidenkasse wurde im Jahr 1861 von dem Verein der Spinnerei- und Webereibesitzer des Kantons Zürich begründet. Sie wird gebildet a) aus den von den Erben des Spinner Kunz zu diesem Zweck geschenkten 50,000 Franken, b) aus den jährlichen Beiträgen der Vereinsmitglieder, c) aus allfälligen freiwilligen Geschenken oder Legaten.

Die dem Verein beigetretenen Spinnerei- und Webereibesitzer müssen sich auf die Dauer von je 3 Jahren verpflichten, 1 Rappen von jeder Spindel und 25 Rappen von jedem Webstuhl jährlich als Beiträge zu dieser Kasse einzuzahlen. „Der Verein macht es sich zur Aufgabe, den Spinndern und Webern eine Unterstützung zukommen zu lassen, wenn sie a) durch Maschinen, Transmissionen oder sonst im Dienste der Fabrik eines Mitglieds des Vereins verunglücken und dadurch ganz oder auch nur theilweise arbeitsunfähig geworden sind, oder b) wenn sie das 60te Altersjahr zurückgelegt haben und wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen ganz oder theilweise arbeitsunfähig sind und überdies durch gute Zeugnisse nachweisen, daß sie während wenigstens 25 Jahren in einer oder in mehreren Fabriken des Kantons Zürich gearbeitet haben.“ — Diese Kasse hat durch Vertheilung von jährlich 3000—4000 Franken an verunglückte und invalide Arbeiter schon viel Gutes gestiftet.

1) Durch Collectivversicherungen der Arbeiter bei der schweizerischen Rentenanstalt. Die schweizerische Nordostbahn-Gesellschaft, deren Angestellte zum Theil, soweit sie in den mechanischen Werkstätten für den Bau und die Reparatur von Locomotiven und Wagen etc. beschäftigt sind, ebenfalls zu den Fabrikarbeitern zählen, hat den Anfang gemacht, ihre fest Angestellten (mehr als 1000 Personen) obligatorisch bei der schweizerischen Rentenanstalt zu versichern. Ähnliche Versicherungen bei der Rentenanstalt bestehen für die Angestellten vom Jura industriel und für die Arbeiter der mechanischen Werkstätten in Olten. Mehrere schweizerische Fabrikbesitzer innerhalb

und außerhalb des Kantons Zürich stehen wegen ähnlicher Collectivversicherungen mit der Rentenanstalt in Unterhandlungen.

m) Fortbeschäftigung der Arbeiter in Zeiten von Geschäftskrisen. Viele Fabriken des Kantons haben während der ganzen Krisis der Baumwoll- und Seidenindustrie die Arbeitszeit nie reduziert und den Lohn nie gekürzt; in andern Fabriken sind die Arbeiter mit Ausnahme von wenigen Wochen, in denen nur 10 Stunden per Tag gearbeitet wurde, unausgesetzt und zum vollen Arbeitslohn beschäftigt worden. Die politischen und socialen Verhältnisse der Schweiz bewirken ein viel intimeres Verhältniß zwischen Arbeiter und Fabrikant als es vielleicht irgendwo zu finden ist und dieses bringt wieder außergewöhnliche Rücksichten mit sich. Während die Fabrikanten anderer Länder gewöhnlich nur arbeiten lassen, so lange sie Bestellungen und sichern Absatz haben, fabriciren die Schweizer Fabrikanten mehr auf Lager und lassen sich in vielen Fällen eher ruiniren, als daß sie dem Weber die Arbeit entziehen und ihn ins Elend fallen lassen. Es ist bei ihnen an vielen Orten ein Ehrenpunkt, keinen Weber abzustellen.

n) Uebernahme und Beschäftigung verwahrloster Kinder und verkrüppelter, für andere Erwerbszweige unfähig gewordener und der Armenversorgung anheimgefallener Personen. Es giebt fast in allen größeren Fabriken leichtere Arbeiten, welche denjenigen Personen übertragen werden können, die für andere Berufsarbeiten schwach, untauglich oder zu alt geworden sind. Am meisten zeichnen sich die Spinnfabriken durch Aufnahme von bereits verkommenen oder verarmten Personen aus. Noch segensreicher wirken Fabrikanstalten, welche außer ihrer productiven Bestimmung zugleich den edlen Zweck verfolgen, der verarmten, verlassenen oder verwahrlosten Jugend Unterkommen und Arbeit zu verschaffen. Diesen Zweck verfolgt z. B. die Seidenzwirnerei in Wangen (Kanton Zürich), welche mit einem Convict für 90 Mädchen

verbunden ist, die dort Kost, Logis, Pflege und Arbeit erhalten. Es können in dieser Arbeitsanstalt Mädchen von 12—16 Jahren Aufnahme finden, die sich jedoch verpflichten müssen, vier auf einander folgende Jahre in der Anstalt zu verbleiben und sich nach den Vorschriften der Haus- und Arbeitsordnung, sowie nach den Befehlen der Aufsichtspersonen folgsam und sittlich zu betragen. Dagegen erhalten die Mädchen in der Anstalt Wohnung, Kost, Wäsche, ärztliche Behandlung für vorübergehende Fälle, zeitweise Prämien als Ermunterung für Auszeichnung im Betragen und in den Leistungen, und nach Ablauf der vertragsmäßigen 4 Jahre die Summe von dreihundert Franken, wovon jedoch die für Bekleidung gemachten Auslagen abzugiehen sind. Die Mädchen erhalten ferner den gesetlichen Schul- und Religionsunterricht unentgeltlich. Sie haben in der Regel eine Arbeitszeit von 12 Stunden, an Samstagen von 11 Stunden. Eine Abtheilung der Anstaltsmädchen arbeitet nur 9 Stunden, um die übrige Zeit zur Uebung in weiblichen Arbeiten zu verwenden. Abwechselnd leisten einige Mädchen Mithülfe bei den Tisch- und Küchengeschäften, sowie bei der je nach 5 Wochen wiederkehrenden Wäsche. — In den freien Stunden lösen sich Erholungen, Vorlesen, Erzählen, Fortbildungs-Unterricht und Gesang nach Möglichkeit und Bedürfnis ab. Die Anstaltstöchter werden gewöhnlich von Armenpflegern in der Anstalt untergebracht. Nicht selten werden sie gesundheitlich vernachlässigt, mit dem Stempel großer Armuth und sittlich zerfallen gebracht. Den nach vier Jahren aus der Anstalt austretenden Mädchen wird, sobald sie Lust und Fähigkeiten dazu haben, Gelegenheit geboten, einen weiblichen Beruf zu erlernen, der ihnen voraussichtlich eine bessere Stellung in der Gesellschaft gewährt. — Außer den sog. Anstaltstöchtern werden in der Seidenzwirnerei in Wangen noch ca. 43 andere Arbeiterinnen beschäftigt, die außer der Fabrik wohnen und monatlich 20 — 40 Fr. Lohn

verdienen, und 5 Knaben von 14—16 Jahren mit ca. 26 Fr. Monatslohn.

o) Errichtung und Förderung von Kleinkinderschulen. Kleinkinderschulen, welche dazu dienen, den Kindern der in den Fabriken beschäftigten Eltern Obhut, Pflege und Unterricht zu bieten, finden sich an verschiedenen Orten des Kantons und verdanken ihr Entstehen zum Theil den Fabrikbesitzern oder werden durch sie wenigstens mit gefördert.

p) Einrichtung von Suppenanstalten oder Heizungsrichtungen in den Fabriken, um den Arbeitern eine nahrhafte kräftige Kost zu verschaffen oder die Zubereitung und das Warmhalten von mitgebrachten Speisen zu erleichtern.

q) Anschaffung von Lebensmitteln im Großen und Ueberlassung derselben an die Arbeiter zum Einkaufspreis.

r) Ertheilung von Prämien und Gratificationen an Arbeiter. Das Prämien-system ist im Allgemeinen in der Schweiz noch nicht sehr verbreitet, wird jedoch hie und da, namentlich in der Seidenindustrie, mit Erfolg angewendet. Auch werden den Heizern von Oefen und Dampfmaschinen Lantiemen für Ersparniß an Heizungs-material bewilligt. In Färbereien macht man den Versuch mit Aufmunterungskassen, in welche von Seiten des Etablissements gewisse statutenmäßig festgestellte Summen für gut ausgefallene Partien eingelegt werden, während die Kasse für schlecht ausgefallene Partien belastet wird. Die Vertheilung findet nach Abschluß der Jahresbilanz nach Verhältniß des Lohnes der Arbeiter statt.

s) Betheiligung der Arbeiter am Reingewinn. Dem Referenten ist bisher nur ein im Kanton im größern Maßstabe gemachter Versuch zur Durchführung dieses Principis zu Gunsten aller Arbeiter eines Etablissements bekannt geworden. Man hat in einer Druckerei seit Anfang des Jahres 1867 die Einrichtung getroffen, den Arbeitern beim Abschluß der Jahres-

bilanz einen Antheil am Reingewinn zu reserviren. Dieser Gewinnantheil kommt der Gesamtheit der Arbeiter in der Art zu gute, daß den Minderjährigen ein Neujahrsgeſchenk, den Erwaſſenen dagegen theils beim Jahresſchluß, theils in 1 oder 2 Terminen nach Abſchluß der Rechnung ihre betreffende Quote ausbezahlt wird. Die Feſtſetzung der Quote haben ſich die Unternehmer perſönlich vorbehalten, die Quote richtet ſich nach Dienſtalter, Leiſtungen, ſittlichem Betragen u. ſ. w., wobei theils die eigenen Wahrnehmungen der Unternehmer, theils die Mittheilungen der betreffenden Meiſter maßgebend ſind.

Die Ausbezahlung iſt biſher erſt einmal vor ſich gegangen. Am Anfang des Jahres 1867 wurden die Arbeiter jener Druckerei verſammelt und ihnen mitgetheilt, daß die Chefs des Eta- bliſſements beſchloſſen hätten, durch Zutheilung eines Antheils am Gewinn etwas zur Verbeſſerung der Stellung ihrer Arbeiter beizutragen. Zugleich wurde ihnen auseinandergeſetzt, warum dies nicht durch einfache Lohnerhöhung geſchehen könne, und in welcher Weiſe und nach welchen leitenden Grundſätzen die Vertheilung geſchehen werde. Am Schluſſe des Jahres wurde durch Anſchlag bekannt gemacht, daß die Minderjährigen ein Neujahrsgeſchenk, die Erwaſſenen einen Antheil am Gewinn bei den betreffenden Meiſtern beziehen könnten. Nach Abſchluß der Rechnung am 11. Januar 1868 wurden dann die Arbeiter wieder verſammelt, ihnen in kurzen Zügen eine Charakteriſtik des abgelauenen Geſchäftsjahres und der Ausſichten für das neue gegeben und dann die Gewinnantheilsſcheine ausgehändigt.

Die Unternehmer verſäumten es nicht, mündlich und durch Anſchlag in den Werkſtätten die Leute zu ermahnen, ihre Gewinnantheile als Nothpfennig zu betrachten, und es war ihnen kein einziger Fall zu Ohren gekommen, daß das ſo vertheilte Geld verpraßt oder ſonſt unnütz verbraucht worden ſei; ſie glaubten im Gegentheil ſchon im Laufe des Jahres 1867 zu bemerken, daß ſchon die Ausſicht, durch „Blauen“ machen u. ſ. w. in eine

niedrigere Klasse der Gewinnbetheiligung versetzt zu werden, einen vortheilhaften Einfluß auf ihre Arbeiter ausübte, und daß sich dieser Einfluß auch geltend machte, als sie das Geld in der Tasche hatten, und sie sprechen die Hoffnung aus, daß die Maßregel mit dazu beitragen werde, den Sinn für Sparsamkeit und Mäßigkeit zu fördern.

I. 3) Was ist von Seiten der Arbeiter selbst geschehen?

a) Die Arbeiter haben an verschiedenen Orten Konsumvereine zum gemeinschaftlichen Ankauf von Lebensmitteln gegründet. Die Unverheiratheten haben gemeinsame Mittagstische in den von ihnen gebildeten Vereinen.

b) In mehreren Fabriken bestehen Krankenkassen, die ausschließlich von den Arbeitern selbst begründet sind und verwaltet werden. Aus einigen gut dotirten Fabrik-Krankenkassen werden auf Antrag der Arbeiter zuweilen Unterstützungen an Wittwen und Waisen von Arbeitern verabreicht.

c) Eine Anzahl von Arbeitern ist bei den im Kanton bestehenden Wittven- und Waisenkassen mit freiwilligen Beiträgen theilhaft.

d) Die Arbeiter theiligen sich fast überall lebhaft an den Sparkassen ihrer Fabriken oder ihrer Gemeinden. Ferner wird die individuelle oder freie Lebensversicherung auch von dem Arbeiterstande jedenfalls in stärkerem Maße benutzt, als von der landwirthschaftlichen Bevölkerung.

e) Viele Arbeiter des Kantons haben sich ganz durch eigene Arbeit und Sparsamkeit Häuser und Grundbesitz erworben und ihre materielle Lage dadurch sicher und freundlich gestaltet.

f) An verschiedenen Orten sind aus der Initiative der Arbeiter Arbeiterbildungsvereine hervorgegangen, in denen Unterrichtsstunden in verschiedenen Fächern ertheilt, Bücher und Zeitungen angeschafft und Vorträge und Diskussionen gehalten werden. So hat z. B. der deutsche Arbeiterbildungsverein „Ein-

tracht" in Zürich eine besondere technische Abtheilung für Rechnen Schreiben, Zeichnen, Buchführung, französische Stunden, ferner eine Sängers-Abtheilung, eine Turners-Abtheilung, eine Speise-Gesellschaft, einen Baufond zur Beschaffung eines eigenen Hauses und eine Wanderkasse, aus welcher im Jahre 1865 Unterstützungen an 487 Mitglieder und an 13 Vereine verabreicht wurden.

g) Die gewerblichen Genossenschaften zur Förderung der Production resp. zum gemeinschaftlichen Betriebe von Gewerben sind im Kanton Zürich noch wenig verbreitet; allein es sind auch in dieser Richtung gerade in neuerer Zeit mehrere Versuche gemacht worden. Das älteste uns bekannte Unternehmen dieser Art ist die im Jahre 1857 gegründete Schuhmacher-Association, deren Zweck hauptsächlich ist: möglichst billiger Ankauf von Leder, Stoffen etc. in größern Quantitäten, um solche mit einem möglichst geringen Aufschlag gegen baar wieder zu verkaufen. Die sogen. Handwerkschuhmacher finden in dieser Association für Einkauf der Rohstoffe ein wirksames Mittel, um der Concurrenz der sogen. Fabrik-Schuhmacher entgegenzutreten. Die Summe sämmtlicher Ankäufe dieser Association in den 10 Jahren ihres Bestehens betrug 794,062 Fr. und diejenige der Verkäufe 839,281 Fr.

Unmittelbar aus dem Arbeiterstande ist die im März 1867 in Zürich begründete Steinhauer-Genossenschaft hervorgegangen, deren Mitglieder sich verpflichten, alle ihnen übertragenen, in ihren Beruf einschlagenden Arbeiten, den Einkauf der Rohstoffe und den Verkauf der verfertigten Artikel gemeinschaftlich zu besorgen. Jeder Mitgenosse soll der Gesellschaft alle seine Fähigkeiten, Erfahrungen, Arbeitskraft, Zeit und Sorgfalt widmen und darf kein Geschäft des gleichen Gewerbezweigs auf eigene Rechnung betreiben.

Endlich ist noch der im Jahr 1868 nach dem Muster der Schulze-Delitzsch'sen Vorschußvereine gegründete Züricher Vorschuß- und Creditverein hier zu erwähnen. Solche Vorschußvereine

können auch den Fabrikarbeitern als Hilfsmittel zur Verbesserung ihrer ökonomischen Lage dienen, indem sie den Sparfuss fördern, zu einer höhern Verzinsung der Ersparnisse beitragen, vor Ausbeutung durch Privatgläubiger bewahren und eventuell den Erwerb von Grundbesitz und eigenen Wohnungen, sowie den Uebergang zur Selbstproduction oder den Eintritt in Productivgenossenschaften erleichtern können.

I. 4) Was ist von Seiten gemeinnütziger Vereine für die Arbeiter geschehen?

Die im Kanton Zürich weit verzweigten „gemeinnützigen Gesellschaften“, ferner die Hilfs-gesellschaft der Stadt Zürich, die evangelische Gesellschaft, der Grütli-Verein, und andere Vereine wirken in den verschiedensten Richtungen für das Wohl der Arbeiter, indem sie die Verbreitung der Volksbildung und Volksveredlung im weitesten Sinn sich zur Aufgabe gemacht haben, indem sie Arbeits- und Erziehungsanstalten, welche die Erziehung zur Arbeit und durch Arbeit bezwecken, neu errichten oder bestehende Anstalten dieser Art fördern, ferner durch allgemeine Krankenkassen, durch Sparkassen, durch Kleinkinderbewahrungsanstalten, deren drei allein in Zürich von der hiesigen Hilfs-gesellschaft am Lindenhof, Seilergraben und in der Neustadt gegründet sind und unterhalten werden, durch billige solide Logirhäuser zur Einkehr für wandernde Arbeiter und Gesellen, durch Volksbibliotheken und Lesezimmer, wo die Arbeiter an bestimmten Tagen der Woche Gelegenheit zu guter Lectüre haben, durch Verbreitung von guten Schriften populären Inhalts, durch Krankenasyle, durch Sorge für Kinder verarmter Arbeiter, durch Suppenanstalten und andere mehr dem Gebiet der Wohlthätigkeit angehörige Einrichtungen.

Besondere Erwähnung verdient noch die Actiengesellschaft zur Erstellung von Arbeiterwohnungen, welche im Spätjahr 1860 mit dem Zweck gegründet wurde: in Zürich oder dessen Umgebung gesunde und passend eingerichtete Wohnungen zu erstellen

und diese, womöglich mit etwas Gartenland, an Arbeiterfamilien miethweise oder käuflich unter erleichternder Bedingung kleiner Abschlagszahlungen zu überlassen. Diese Gesellschaft richtete bis zum Herbst 1864 in 40 Hausabtheilungen 100 Wohnungen ein. Das bis jetzt verwendete Baukapital beträgt Fr. 567,000, worunter außer den erwähnten 100 Wohnungen noch 12 Werkstätten nebst den Straßen- und Brunnenanlagen begriffen sind. Die Gelder wurden beschafft durch Ausgabe von 815 Actien zu 500 Fr., der Rest durch Darleihen, welche auf den Häusern versichert sind. Es sind bis jetzt zwei Häuserreihen, aus je 4 Gebäuden bestehend, erstellt. Die vordere Reihe enthält in jedem Haustheil, der durch Brandmauern von den anstoßenden Theilen getrennt ist und für sich allein erworben und verkauft werden kann, zwei Wohnungen, welche den gleichen Hauseingang benutzen, sonst aber für sich abgeschlossen sind. In der zweiten Häuserreihe enthält jeder Haustheil drei Wohnungen. Zu jedem Haustheil gehört ein Gärtchen, welches mit einer der Wohnungen vermietet ist. Die Wohnungen enthalten eine heizbare geräumige Stube ($12 \times 15'$), zwei Kammern und Küche auf demselben Boden, ferner Kellerraum und Estrichkammer; einige Wohnungen haben drei Kammern. Die Wohnstuben sind getäfelt, die Kammern getüncht. Zu allen Wohnräumen gehören Doppelfenster und Jalousien. Die Küche dient nirgends als Zugang zu den Wohnräumen. Alles das sind Dinge, die anderwärts als überflüssig erscheinen, die man aber von Seiten der Actiengesellschaft für nöthig erachtete, weil diese Bequemlichkeiten im Kanton Zürich verlangt werden und jede ordentliche Familie daran gewöhnt ist. In Folge dessen belaufen sich aber auch die Herstellungskosten einer Wohnung auf Fr. 5000 — 5200, so daß ein Haustheil mit je 2 oder 3 Wohnungen nicht unter Fr. 10,000, resp. 15,500 verkauft werden könnte. Bis jetzt wurde noch nichts verkauft. Nachfrage mangelt. Der Miethzins mußte auf 250 bis 330 Fr. gestellt werden. Der anfängliche Zweck, Muster-

wohnungen herzustellen, welche den Arbeitern zeigen sollten, was ihnen bei einem Miethzins von 250—330 Fr. gegeben werden könne, wurde soweit erreicht, daß seit diesen Bauten die Häuser der Umgegend etwas besser eingerichtet wurden. Dagegen machte sich die seit 1864 eingetretene Abnahme der Wohnungsnachfrage und der Wegzug vieler Arbeiter bei dieser Unternehmung sehr fühlbar, da hier nicht, wie Seitens vieler Privaten geschah, die Wohnungen zu jedem Preise vermietet werden konnten, nur um womöglich die Passivzinsen herauszuschlagen. Daher muß einstweilen eine ziemlich große Zahl von Wohnungen leer stehen, obschon der anfänglich festgesetzte Miethzins gleichmäßig um 15 bis 20% reducirt wurde. Die ganze Unternehmung liefert daher ihren Actionären eine sehr schlechte Rente.

I. 5) Wie ist nach dem Allem der gegenwärtige Zustand der Arbeiter.

a) Bestand der Fabrikindustrie im Kanton Zürich. Der Rechenschaftsbericht des Regierungsraths vom Jahre 1864 giebt als ein Resultat der zweiten Inspection sämtlicher industrieller Etablissements des Kantons folgende Zusammenstellung der verschiedenen Geschäftsbranchen:

	Zahl der Geschäfte.		Zahl der Arbeiter.	
	1864.	1858.	1864.	1858.
Baumwollspinnereien	78	79	5307	5998
Baumwollwebereien	22	6	1885	693
Wattenfabriken	2	?	10	?
Rattundruckereien und				
Rothfärbereien	9	13	998	1298
Mechan. Seidengeschäfte	34	26	2991	2316
Wollwaarengeschäfte	6	4	364	265
Papierfabriken	3	2	258	227
Mechanische Werkstätten,				
Eisengießereien etc.	19.	8	2732	1706
Uebertrag	173	138	14,545	12,503

	Zahl der Geschäfte.		Zahl der Arbeiter.	
	1864.	1858.	1864.	1858.
Uebertrag	173	138	14,545	12,503
Thonwaaren	5	4	501	167
Bündholzfabriken	6	3	35	70
Pferdehaarfabriken	3	1	142	55
Chem. Produktenfabriken	2	—	74	—
Glasspinnerei	1	—	45	—
Mechan. Hülsenfabrik	1	—	12	—
Chocoladefabrik	1	—	10	—
Leigwaarenfabrik	1	—	6	—
	193	146	16,370	12,795

Die Baumwollspinnereien des Kantons Zürich hatten im Jahre 1858: 473,043 Spindeln, dagegen 1864: 607,282 Spindeln. Die Zahl der Webstühle betrug im Jahr 1864: 3649.

Zu den „großen Gewerben“ gehört endlich auch die in obiger Zusammenstellung nur theilweise erwähnte Fabrikation von Seidenstoffen. Die Arbeiter dieser Fabrikation sind allerdings nur zum kleinern Theil in größern geschlossenen Etablissements und zum bei weitem größeren Theil in der Hausindustrie beschäftigt, allein diese Hausindustrie steht mit dem Fabrikbetriebe in so engem Zusammenhange, daß sie in einem Ueberblick über das Fabrikwesen des Kantons Zürich nicht fehlen darf. Nach dem technischen Bericht des Hrn. Professor Volley über die Betheiligung der Schweiz an der internationalen Ausstellung von 1867, worin u. A. auch die neuesten statistischen Angaben über den Stand der Hauptindustrieweige der Schweiz enthalten sind, zählte man 1867 im Kanton Zürich 113 Fabriken für Seidenstoffe. „Nach einer Zählung, die im Jahre 1855 vorgenommen wurde, betrug die Anzahl der Handwebstühle

25,291. Dieselbe mag seither auf 30,000 gestiegen sein, sie sind jedoch bei weitem nicht alle in Betrieb. 90 % derselben stehen im Kanton Zürich und etwa 10 %, also 3000, kommen auf die Nachbarcantone, namentlich Zug (wo man im Jahr 1860 1190 Stühle zählte) und Schwyz.“ „Die Zahl der auf die Seidenstoffindustrie angewiesenen Arbeiter, Binder, Zettler, Weber ohne Färber, Appretirer, Fergger und andere Angestellte in den Fabriken beträgt mindestens 36,000.“ Wenn man davon wieder 10 % abzieht, die auf die Nachbarcantone kommen, so würden immer noch über 32,000 Arbeiter der Seidenstoffindustrie im Kanton Zürich bleiben.

b) Lohnverhältnisse der Fabrikarbeiter.

Die Lohnverhältnisse sind natürlich je nach den Erwerbszweigen, nach dem Geschlecht und Alter, sowie nach den Leistungen der theils im Taglohn, theils im Stücklohn bezahlten Arbeiter überaus verschieden. Die höchsten Löhne werden an solche Leute bezahlt, welche ein besonderes Fach erlernt oder in ihrer einfachen Arbeit größere Uebung erlangt oder sich durch ihre Vertrauenswürdigkeit zu Aufsehern und Vertführern einer Fabrik emporgearbeitet haben. — Die Arbeiter der mechanischen Werkstätten verdienen im Allgemeinen am meisten, sie erhalten von den Tagelöhnern bis zu den guten Arbeitern täglich $2\frac{1}{2}$ bis 6 Franken. Am niedrigsten sind die Durchschnittslöhne in den Baumwollspinnereien, in denen die Arbeit dafür auch am leichtesten ist. Einzelne Fabriken derselben Industrie variiren indessen auch wieder unter sich, indem die Löhne unmittelbar bei Zürich und in Winterthur höher sind, als in den entlegeneren Dörfern des Kantons, wo das Leben und namentlich die Wohnungen weit billiger sind als in den Städten. So betragen in einigen Spinnereien die Löhne für Männer durchschnittlich $2\frac{1}{2}$ Franken, bei Weibern, von denen jedoch ein großer Theil, wenigstens die verheiratheten Frauen, neben der Arbeit die

Hausgeschäfte besorgen können, Fr. 1. 30, bei Knaben und Mädchen durchschnittlich 1 Fr. Eine andere mechanische Baumwollspinnerei giebt an, daß die per Pfund bezahlten Männer täglich ca. Fr. 3, die Weiber und erwachsenen Mädchen je nach ihrer Thätigkeit und Geschicklichkeit circa Fr. 1. 40 bis Fr. 1. 60 und 70, die Kinder ca. Fr. 1 bis Fr. 1. 15 verdienen.

Eine dritte Baumwollspinnerei zahlt an die Männer Fr. 1 30 bis Fr. 2. 80, excl. der Aufseher, an Frauen und Mädchen von 17 Jahren aufwärts Fr. 1. — Fr. 1. 50, an die Knaben und Mädchen vom 12. — 16. Jahre Fr. —. 60 [bis Fr. —. 95.

In den mechanischen Baumwollwebereien, wo die Spuler und Zettler per Pfund und die Weber und Schlichter per Stück bezahlt werden, kommt der höchste tägliche Verdienst von Fr. 4. 50 nur den Schlichtern zu, der Durchschnittslohn in den Webereien beträgt für Männer Fr. 2—3, für Weiber Fr. 1. 30 bis Fr. 2. 30, für Kinder 80 Cts. bis Fr. 1. 60. Der Lohn der übrigen Arbeiter sinkt bis auf Fr. 1 für Kinder. Uebrigens verdient in den Webereien mancher Knabe per Stück ebensoviel wie ein Mann, manches Mädchen ebensoviel wie eine Frau.

In den Druckereien und Färbereien schwankt der Lohn für Männer von Fr. 2. 50 bis Fr. 4. Die Modellstecher und Modellschreiner beziehen den höchsten, die Drucker die mittleren und die bloßen Handlanger die niedrigsten Löhne. Die Drucker verdienen Fr. 2 bis Fr. 3. 60, Frauen Fr. 1 bis Fr. 2. 50, Kinder 70 Cts. bis Fr. 1. 50. Dabei ist jedoch zu bemerken, daß die Männer, welche bloß ca. Fr. 2 verdienen, gebrechliche und altersschwache Leute sind. Die Drucker und Modellstecher haben Stückarbeit, die Handlanger Tagelohnarbeit. Bei den Druckern haben auch die Lehrkinder Stückarbeit und wird ihnen

5 Proc. des Lohnes als Decombe zurückbehalten und nach vollendeter Lehrzeit ausbezahlt. Bei den Modellstechern dagegen haben auch die Lehrknaben Wochenlohn. — In den vorstehenden Angaben sind die Löhne der Contre-maitres nicht inbegriffen.

Die Seidenindustrie weist eine gleich große Mannigfaltigkeit von Löhnen auf, wie die obenerwähnten Fabrikzweige. Die höchsten Löhne beziehen die Färber und Appretirer im Vertrage von Fr. 3—4 täglich. Die Weber haben in den Fabriken im Taglohn Fr. 2—3, für die Hausarbeit im Stücklohn Fr. 1—2. Die Bettlerinnen verdienen in der Fabrik täglich Fr. 2 bis Fr. 2. 50 und im Hause Fr. 1 $\frac{1}{2}$ —2 $\frac{1}{2}$, Winderinnen, je nachdem sie Anfängerinnen oder schon geübter sind, erhalten in den Fabriken Fr. 1. 20 bis Fr. 2. 20, im Hause Fr. 1—2. Im Allgemeinen werden die Weber, Bettler, Winder, welche in die Fabriken kommen, höher bezahlt als diejenigen, welche die Seide ins eigene Haus mitnehmen und dort verarbeiten. Es entschließen sich jedoch gewöhnlich nur die ärmern oder allein stehenden Arbeiterinnen, in die Fabriken zu kommen und sich dort an den Zwang fester Stunden und einer bestimmten Fabrikordnung zu binden. Die meisten Arbeiter ziehen es vor, so bald sie etwas erübrigt haben, sich Seidenwindmaschinen oder Webstühle zc. selbst anzuschaffen und zu Haus ganz nach Belieben zu arbeiten, wie es sich mit ihrer Familienordnung und ihrem Befinden verträgt, sie verdienen daheim lieber weniger als in der Fabrik. Uebrigens variiren die Löhne auch bei den in der Hausindustrie beschäftigten Arbeitern ganz nach der Qualität und dem Stoff, sowie auch nach der Raschheit und Güte der Lieferung einzelner Stücke. Manche Arbeiter liefern ihre Stücke in 3—4 Wochen, andere erst in 2—3 Monaten ab, je nachdem sie die Seidenindustrie als Hauptverdienst, oder, wie gewöhnlich, nur als Nebenverdienst betreiben. In Zeiten flotten Geschäftsganges pflegen die Löhne oft rasch zu

steigen, die Arbeiter erhalten dann Prämien für raschere Ablieferung und für besonders gut ausfallende Stücke. Es giebt Perioden, wo Fabrikanten den Arbeitern schon im Voraus Gratifikationen bewilligen, um sie nur für sich beschäftigen zu können. Es herrscht in keinem Geschäftszweige weniger Arbeitszwang als in diesem großen Gewerbe, wo die Arbeiter heute diesem und morgen jenem Fabrikanten je nach den ihnen gemachten Offerten ihre Dienste anbieten, während die Fabrikanten je nach dem Absage der Waaren bald auf raschere Ablieferung der an die Hausindustrie-Arbeiter abgegebenen Stücke dringen, bald längere Lieferungsstermine gern einräumen. Die Mehrzahl der Seidenfabrikanten hat das Prinzip, auch in kritischen Perioden fortarbeiten zu lassen und eventuell solchen Hausindustrie-Arbeitern, die sie im Augenblick nicht zu beschäftigen vermögen, Entschädigungen zu zahlen, um sie in guten Geschäftsperioden nicht zu verlieren. Die meisten Löhne werden in der Seidenindustrie im Winter verdient, da sich dann die arbeitsfähige ländliche Bevölkerung, welche im Sommer in der Landwirthschaft beschäftigt ist und im Winter nicht müßig sitzen will, dem Weben, Winden und Betteln der Seide zuwendet. Während der eine Theil der Familie für Haus, Küche und Feld sorgt, ist der andere Theil in der industriellen Arbeit thätig und gerade der ordentliche und wohlhabende Bauernstand des Kantons Zürich schöpft aus dieser industriellen Quelle seinen wachsenden Wohlstand. In jedes Haus bringen diese Arbeiten auch Ordnung und Reinlichkeit, da jedes unsauber abgelieferte Stück auch den Lohnbezug beeinträchtigen kann. Der den Hausindustrie-Arbeitern ins eigene Haus mitgegebene Rohstoff hat einen Werth von etwa 200 bis 300 Franken und mehr per Stück, welcher den Arbeitern auf Monate anvertraut wird und einen Vorschuß von vielen Millionen darstellt, die in den einzelnen Häusern des ganzen Kantons zerstreut sind. Das in diesen Rohstoffen angelegte und vielen Tausenden von Arbeitern anvertraute Kapital ist mit-

hin die reichlichste Wohlstandsquelle für den Kanton und jede übermäßige Belastung und Verschwendung dieses Kapitals oder ein künstliches Hemmnis der Kapitalzunahme wäre der Ruin des größern Theiles der kantonalen Bevölkerung. In Folge der durch den amerikanischen Krieg in den letzten Jahren über die Seidenindustrie hereingebrochenen Krisis und des Sturzes einer Anzahl von Seidenfabrikanten haben die Seidenhändler ihre Kredite wesentlich eingeschränkt, so daß die in dem Berichte über die Pariser Industrie-Ausstellung auf 113 angegebene Zahl von Seidenstofffabriken sich seit Herbst 1867 um etwa 20—30 vermindert hat, die theils bankrott geworden sind, theils ohne größere Kredite der Händler ihren Betrieb nicht fortsetzen konnten. Die von den letztern Fabrikanten beschäftigten Arbeiter haben jedoch meist bei den größern, capitalreichern Fabrikanten Beschäftigung gefunden und gegenwärtig (Juli 1868), wo die schweizerische Seidenindustrie Dank der neuern liberalen Handelsverträge und des größern Absatzes nach England, Frankreich und Deutschland wieder in eine günstigere Lage gekommen ist, dürfte kaum ein geschickter Arbeiter der Seidenindustrie über Mangel an Beschäftigung und angemessenen Lohn zu klagen haben. — Ein großer Vortheil der Seidenfabrikation als Haus-Industrie ist auch der, daß die Kinder durch Spulen und Hülfeleistungen am Webstuhl sich früh und fast spielend mit diesem Fache vertraut machen und so leichter sich später alle Geschicklichkeiten dieses Berufs aneignen, ohne welche so vollkommene Leistungen in einer Industrie, wo die Aufsicht des Fabrikanten sehr erschwert ist, gar nicht möglich wären.

c) Gesundheitsverhältnisse der Fabrikarbeiter. Das im allgemeinen Theil über die sanitarischen Zustände der Fabrikarbeiter Gesagte gilt auch für den Kanton Zürich. Schon im Jahr 1857 lautete nach den Mittheilungen aus den Akten der Zürcherischen Fabrikkommission das Resultat aus zahlreichen

ärztlichen Berichten über den Gesundheitszustand der Fabriken folgendermaßen:

„Das Resultat der betreffend die sanitarischen Verhältnisse der Fabrikarbeiter eingegangenen Mittheilungen geht im Allgemeinen dahin, daß nach beinahe ungetheilten Ansichten bei der fraglichen Volksklasse weder besondere noch häufigere Krankheiten beobachtet werden, als bei dem übrigen Theile der Bevölkerung, dessen gesellschaftliche und ökonomische Verhältnisse denjenigen der erstern entsprechen, d. h. bei der ärmern Volksklasse; und wenn dabei auf allgemein schädliche Einflüsse hingewiesen wird, denen auch die Fabrikarbeiter nicht entgehen, die aber nicht direkte von der Art und Weise der Beschäftigung abhängig sind, sondern hauptsächlich in den ökonomischen Verhältnissen der Arbeiter liegen, so sprechen sich verschiedene Berichtersteller entschieden dahin aus, daß die Verhältnisse bei vielen Fabrikarbeitern, namentlich in sanitarischer Beziehung, weit günstiger seien als bei der großen Anzahl derjenigen, welche ihr Gewerbe oder Handwerk oder überhaupt ihren Broderwerb in Privathäusern oder ihren eigenen Wohnungen treiben. Insbesondere wird dieß wohl mit Recht von den Arbeitern größerer Etablissements behauptet, in deren großen, geräumigen und hellen, im Winter mäßig erwärmten und mit zweckmäßiger Ventilation versehenen Arbeitsfälen von dumpfer mit Staub und Dampf angefüllter Luft oder von Ueberfüllung mit Arbeitern keine Rede mehr sein kann. Wo vollends durch zweckmäßige Anordnungen, wie Suppenanstalten, Krankenkassen, Kosthäuser zc. in mannigfacher Weise nicht nur für die Arbeit, sondern auch für die Arbeiter gesorgt wird, da fehlen Beispiele nicht, wo gerade durch das sogenannte Fabrikleben der Gesundheitszustand ganzer Familien nicht nur nicht verschlimmert, sondern im Gegentheil verbessert wurde.

„Unstreitig ergeben sich gerade in dieser Hinsicht sehr bedeutende Verschiedenheiten mit Rücksicht auf einzelne Fabriken und Fabrikationen; doch scheinen die Verhältnisse nirgends so schlimm

zu sein, daß die betreffenden Arbeiter dadurch in irgend auffallender Weise betroffen würden, und wenn auch hier und da einzelne Krankheiten als solche bezeichnet sind, die durch gewisse Beschäftigungen begünstigt werden, so sind es doch weder eigen-
thümliche noch auffallend häufig vorkommende Krankheiten."

Seit dem Jahre 1857 sind die Gesundheitsverhältnisse der Fabrikarbeiter noch wesentlich besser geworden. Die im Jahre 1857 noch vorhandenen kleinern und ältern Fabriken mit engen Räumen und unreiner, mit Staub und Dampf geschwängelter Luft sind entweder eingegangen oder durch größere luftige Fabriklocale ersetzt worden. Es kommen nur noch wenige Fabriken mit Stein- oder Betonfußboden vor, und wo solche Fußboden noch nicht ganz beseitigt sind, hat man Bretter gelegt, und dadurch Erkältungen der Arbeiter im Winter vorgebeugt. Die früher öfter vorgekommenen schwerern und leichtern mechanischen Verletzungen haben sich von Jahr zu Jahr durch Anwendung der erforderlichen Vorsichtsmaßregeln und Schutzmittel vermindert. So waren z. B. unter den Maschinen früher die Selbstspinner am gefährlichsten. Es kamen Fälle vor, daß Kindern, die sich nicht schnell genug flüchten konnten, durch solche Maschinen der Kopf eingedrückt wurde. Solchen Unfällen ist jetzt durch besondere Vorrichtungen, wonach man die Selbstspinner rascher stellen kann, vorgebeugt worden. Auch werden gegenwärtig allzu junge Leute nicht mehr an die Selbstspinner gestellt. Beschädigungen durch Triebwerk sind an sich nicht gerade selten, allein sie sind selten von ernster Art. Die Gefahr der chemisch schädlichen Einflüsse in Bündholzfabriken ist durch größere Vorsicht in diesem Betriebe und durch das Eingehen der kleinen Fabriken mit unzureichenden Einrichtungen wesentlich abgeschwächt worden. Die der Gesundheit schädliche Nachtarbeit, welche früher an vielen Orten die Regel war, ist fast ganz abgekommen und die theils durch Beschränkung der Kinderarbeit, theils freiwillig vollzogene Reduktion der Arbeitszeit hat ebenfalls günstig gewirkt.

In Betreff des Alters der Fabrikarbeiter wurde von einem Mitgliede der Commission die Bemerkung gemacht, daß selten ein Arbeiter über das 55. Lebensjahr hinaus dienst- und arbeitsfähig bleibe und daß auf 800 Arbeiter kaum 3 kommen, welche das 60. Lebensjahr überschritten haben; dagegen erwähnen andere Berichte, daß manche Fabrikarbeiter bis ins höhere Alter hinauf bei ihrem Beruf gesund geblieben seien. In einer Fabrik in Winterthur, die ca. 100 Arbeiter zählt, sind 30 Arbeiter schon 10—20 Jahre ohne irgend üble Folgen beschäftigt. Ein Spinnereibesitzer berichtet, daß mehrere Arbeiter über 30 Jahre ununterbrochen bei ihm arbeiten; ein anderer bemerkt, daß Krankheitsfälle in seiner Spinnerei selten seien und daß seit 1860 auf eine durchschnittliche Arbeiterzahl von 80 nur 3 Todesfälle kommen. Man wird aus den angestellten Untersuchungen nicht mit Unrecht den Schluß ziehen dürfen, daß auch in sanitärischer Hinsicht je nach den einzelnen Fabriken und Landesgegenden wesentliche Verschiedenheiten stattfinden, daß sich indessen die oft gehörte Behauptung einer absoluten Gesundheitschädlichkeit der Fabrikarbeit in dieser Allgemeinheit in keiner Weise aufrecht erhalten läßt, da die Beschäftigung in manchen andern Erwerbszweigen, sowohl im Hause wie auf dem Felde, noch anstrengender und ungesunder ist. Die Benützung schwächerer Kinder zur Fabrikarbeit bleibt eine Schattenseite, auch ist die Ueberanstrengung von Arbeiterfrauen kurz vor und bald nach ihrer Niederkunft mit physischen Nachtheilen für Frauen und Neugeborene verbunden; allein viele Fabrikbesitzer dispensiren schon jetzt solche Frauen auf längere oder kürzere Frist von ihrer Arbeit, und leider scheint die Ueberanstrengung von Frauen und Kindern bei der Feldarbeit, in der Werkstatt oder im Hause am Webstuhl noch viel verbreiteter und gesundheitsgefährlicher zu sein. Uebrigens ist im Interesse der Volksgesundheit zu beklagen, daß die Arbeiter in ihren eigenen Häusern so wenig die Fenster öffnen und daß man oft in herrlich gelegenen Wohnungen die

schlechteste Luft einathmen muß, weil man Tage oder Wochen lang nicht für Ventilation in den Zimmern sorgt.

d) Die Wohnungsverhältnisse der Fabrikarbeiter sind durchschnittlich auf dem Lande weit günstiger als in den Städten, wo die Miethen eine solche Höhe erreicht haben, daß Arbeiter mit niedrigen Löhnen sich mit engen dumpfen Kammern ohne frische Luft und Licht behelfen müssen. Solche schlechte Wohnungen pflegen mit ihrer übeln Luft und Unreinlichkeit leider auch die Sittlichkeit auf einen tiefen Stand herabzudrücken und den schönen Begriff der Häuslichkeit aus dem Leben eines Arbeiters auszutilgen. Es ist nur zu erklärlich, wenn solche Stätten lieber mit dem Wirthshause vertauscht werden. In Zürich hat namentlich der Stadttheil „Niederdorf“, wo im Jahre 1867 auch die Cholera zuerst auftrat und am ärgsten wüthete, und die Gemeinde Auferöhl zahlreiche ungesunde Wohnungen aufzuweisen. Die von der Züricher Aktiengesellschaft für Arbeiterwohnungen hergestellten Häuser sind wegen des hohen Miethzinses von Fr. 250—300 nur den besser bezahlten Arbeitern zugänglich und es bleibt daher noch eine ungelöste, aber höchst dringliche Aufgabe, auch Arbeitern von niederem Range billigere und doch zweckmäßige reinliche Wohnungen zu verschaffen. Die von der Firma Escher, Wyß u. Comp. nahe bei Zürich erbauten Arbeiterhäuser finden rascher Käufer oder Miether. Auch zu den übrigen, in vielen Fabrikdörfern meist auf Veranlassung der Fabrikbesitzer erbauten Arbeiterwohnungen findet ein lebhafter Zudrang statt. Ein Fabrikant, der mehr als 70 Arbeiterwohnungen für seine in verschiedenen Theilen des Kantons befindlichen Fabriken hergestellt hat und nur frisch herzukommende Arbeiter darin aufnimmt, berichtet, daß sich unter den Einwohnern dieser Häuser wohl an 60 früher blutarme Familien befinden, von denen vielleicht 40 fällt gewesen seien, daß jedoch in einem Zeitraum von 10 Jahren noch kein Fall von Zahlungsunfähigkeit eines darin woh-

nenden Arbeiters vorgekommen sei. Und doch kämen die Leute oft ganz zerkumpt und demoralisirt an, ihren ganzen Hausrath in einem Tuche mit sich tragend; aber schon nach wenigen Tagen erwache bei ihnen das Bewußtsein der Selbstständigkeit; die moralisch kräftigende Arbeit und eine reinliche Wohnung bewirke, daß sie aufleben und sparen, aus der Noth herauskommen und zuweilen schon nach ein Paar Jahren mit Möbeln und reichlichem Hausgeräth wieder abziehen. Die Wohnungen der Arbeiter übertreffen an Reinlichkeit und netter Aus schmückung sehr oft diejenigen der Landleute. Freilich bestehen an manchen Fabrikorten auch Vorurtheile der Arbeiter gegen die von den Fabrikbesitzern erstellten Wohnungen, sie halten dadurch ihre Freiheit für gefährdet und ziehen es oft vor, um theuern Preis schlechter zu wohnen.

Ein großer Theil der Fabrikarbeiter des Kantons Zürich lebt auf seinem eigenen theils ersparten, theils ererbten Grundbesitz. Einige Familienglieder besorgen die kleine Hauswirthschaft, während die andern der Fabrikarbeit nachgehen. Der Verdienst in den Fabriken bildet für manchen Hausvater eine willkommene Einnahmequelle, mit deren Hülfe er sein kleines Gütchen freikaufte und sich in ökonomischer Hinsicht eine freiere und unabhängigere Stellung erwirbt. Manche Arbeiter haben ihre Familien mit einigem Grundbesitz mehrere Stunden entfernt und leben dann an den Werktagen als Kostgänger ganz in der Nähe der Fabrik. Die fremden Arbeiter sind meist bei Mitarbeitern, die Familien besitzen, als Kostgänger untergebracht, sie wohnen zum Theil auch in Kosthäusern, welche von den Fabrikbesitzern eingerichtet und soliden Familien zur Aufnahme von Arbeitern überlassen worden sind. Einige Fabrikanten, welche Arbeiterwohnungen gebaut haben, pflegen die Hausväter der Arbeiterfamilien auch mit zur Gutsarbeit zu verwenden und ihnen für den eigenen Gebrauch einiges Pflanzland zur Bebauung zu überweisen.

In den letzten Jahren sind die Wohnungen für Arbeiterfamilien etwas billiger geworden und auf dem Lande zu einem Miethzins von 130—180 Fr. zu haben. Einzelsiehende Arbeiter bezahlen in der Stadt für Kost und Wohnung 7—10 Fr. wöchentlich; auf dem Lande werden Männer zu 5—6 Fr. wöchentlich und einzelsiehende Frauen zu 3½—4 Fr. in Kost und Logis genommen.

e) Allgemeine Lage der Fabrikarbeiter.

Das Loos der Fabrikarbeiter des Kantons Zürich ist im Allgemeinen namentlich auf den untern Lohnstufen noch mit viel Entbehrungen und Sorgen verknüpft; allein die große Mehrzahl lebt durchschnittlich in einer weit günstigeren Lage als in andern Industriestaaten. Dies hat seinen Grund nicht in den Arbeitslöhnen, welche im Verhältniß zu den Lebensmittelpreisen nicht höher stehen als in andern Ländern, sondern vorwiegend darin, daß die allgemeinen socialen und staatlichen Verhältnisse und Volksgewohnungen dem Arbeiterstande und der Entwicklung seiner Interessen förderlicher sind als anderwärts. Die weitverbreitete Volksbildung, das Gefühl bürgerlicher Selbstständigkeit und Selbstverantwortlichkeit, sowie die industrielle Naturanlage und der Sinn für Fleiß und Sparsamkeit wirken vereinigt, um die Arbeit selbst productiver und mithin auch die Früchte solcher Arbeit reichlicher zu machen. Der schon seit längerer Zeit ganz ungehemmte Zufluß von Arbeitskräften aus andern Kantonen, sowie aus den Nachbarstaaten der Schweiz bewirkt eine große Reibung und Rivalität in den Leistungen. Die in der Schweiz herrschende Handelsfreiheit hat nur gesunde naturwüchsige Industriezweige aufkommen lassen, die sich auf dem Weltmarkte stets konkurrenzfähig erhalten und mithin auch alle verbesserten Betriebsmethoden und Maschinen rasch einführen müssen, wodurch auf die Dauer auch dem Arbeiterstande am meisten genützt wird; denn jedes Unvermögen, jede Sorglosigkeit der Unternehmer und das Vertrauen auf künstlichen staat-

lichen Schutz macht auch die Lage der Arbeiter unsicher und von wechselnden Regierungsmaßregeln abhängig, während eine unter der freien Luft des Weltmarktes produzierende Bevölkerung plötzlichen Störungen weniger ausgesetzt ist und sich rascher nach andern Absatzgegenden wenden kann, sobald die lokale Nachfrage stockt oder sich einzelne bisher versorgte Länder engherzig abschließen. Die Schweizer Fabrikanten müssen sich im Allgemeinen mit weit bescheidenern Gewinnen begnügen als ihre durch Schutzzölle begünstigten Kollegen in den europäischen Nachbarstaaten, allein sie haben dafür auch den Vorsprung in der Benutzung günstiger Conjunkturen des Weltmarktes und ernten bereits die Wohlthat der durch die neuen liberalen Handelsverträge eingeleiteten Ära einer immer weiteren Ausdehnung der Handelsfreiheit. Die niedrigen Grenzzölle der Schweiz setzen gleichzeitig die Arbeiter in den Stand, alle Artikel ihres täglichen Verbrauchs aus den billigsten Quellen zu beziehen, während das gerade in den industriellen Kantonen der Schweiz am meisten eingebürgerte directe Steuersystem die ärmere Klasse vor unverhältnißmäßiger Belastung schützt. Ferner ist es für die Fabrikbevölkerung von großer Wichtigkeit, daß Arbeiter keine abgesonderte Klasse der Nation bilden, daß das öffentliche und demokratische Leben unaufhörlich die verschiedenen Gesellschaftsklassen vermischt, daß jeder Schweizer zu den höchsten Ehrenstellen gelangen kann und daß der gemeinschaftliche Militärdienst, die gemeinschaftlichen Wahlen und Volksabstimmungen und die vaterländischen Volksfeste das Bewußtsein vollständiger bürgerlicher Gleichstellung immer wach erhalten. Die Fabrikbesitzer sind durch diese politischen Institutionen und Gewöhnungen genöthigt, auf ihre Arbeiter auch ganz andere Rücksichten zu nehmen und sie als Mitbürger und Mitarbeiter zu betrachten, die man nicht plötzlich entlassen oder mit willkürlichen Bußen und Lohnabzügen behelligen darf, während sich wiederum auch die Arbeiter, namentlich auf dem Lande, viel mehr eins fühlen mit ihrem

Etablisement und die Interessen desselben sorgfältiger fördern als anderwärts. Zu diesen allgemeinen Ursachen der gesunden Entfaltung des schweizerischen Industrielebens gesellt sich nun der auch im Kanton Zürich vorwaltende spezielle Charakterzug, daß der größere Theil der Industrie nicht in einem einzigen volkreichen Centrum vereinigt, sondern über das ganze Land zerstreut ist und daß die meisten Arbeiter familienweise im eigenen Hause, auf eigenem Grundstück sitzen und durch den Ertrag der Landwirthschaft vor den Wechselfällen der Handelsconjuncturen geschützt sind. Wenn die Löhne im Allgemeinen nicht so hoch steigen wie in einigen andern Industrieländern, so sinken sie dafür auch nie so tief und behaupten einen rationellen mittlern Durchschnitt, der den Arbeiterstand gleich sehr vor Mangel, wie vor übermüthiger Verschwendung bewahrt.

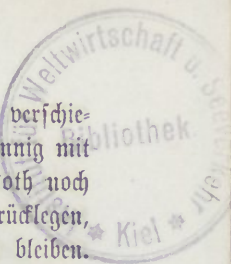
In den ökonomischen und socialen Verhältnissen der Arbeiter treten bei der Verschiedenartigkeit der täglich mit einander verkehrenden Charaktere natürlich sehr verschiedene Erscheinungen zu Tage. Wie in allen industriellen Gegenden, so giebt es auch im Kanton Zürich eine große Anzahl von untern Arbeitern für die einfachsten Beschäftigungen, welche nur so viel gewinnen, als unter gewöhnlichen Umständen zur Befriedigung der dringenden Lebensbedürfnisse nothwendig ist, so daß diejenigen, welche in der Jugend oder in guten Jahren nichts gespart haben, bei herrschender Theuerung und Geschäftsstockung in Noth kommen. Forscht man in den einzelnen Fällen den tiefern Ursachen der Noth nach, so wird man gewöhnlich finden, daß die Nothleidenden entweder ihre eigene Schuld oder die Schuld gewissenloser Ehegatten und Eltern büßen müssen.

Während manche Arbeiter mit ziemlich zahlreicher Familie und mittelmäßigem Verdienst bei Zurückgezogenheit und häuslichem Ordnungssinn glücklich leben, bringen es andere Arbeiter ledigen Standes oder mit kleiner Familie auf keinen grünen Zweig, weil entweder die Genußsucht zu stark ist oder im Hause

die richtige Ordnung und Wirthschaftlichkeit fehlt. Aus verschiedenen Gegenden wird geklagt, daß viele Arbeiter leichtsinnig mit ihrem Verdienst umgehen und weder für die Zeit der Noth noch zur Gründung eines eigenen Hausstandes etwas zurücklegen, sondern sogar Kleider borgen und Kostgeld schuldig bleiben.

„Wenn dann Geschäfte stocken und der Lohn geringer wird oder sie wegen Krankheit weniger verdienen, so schreien diese Leute am lauteften über ungerechte Behandlung, schlechten Lohn“ u. s. w. „Diesem Leichtsinn wird auch durch zu leichtes Kreditgeben vielfach Vorschub geleistet. Sowohl Kleider und Lebensmittel als auch Baargeld wird ihnen anvertraut, damit sie treue Kunden ihrer großmüthigen Darleiher werden.“ „Würde der Arbeiter leben, wie der Bauer“ — so heißt es in einem andern Berichte — „es würde in vielen, vielen Familien besser stehen! Allerdings ist der Bauer, weil ihm wenig und seltener baares Geld durch die Hände geht, auch weniger der Versuchung ausgesetzt, viel zu verbrauchen, und ist deßhalb auch einfacher in Kleidung und genügsamer in Nahrung und Vergnügungen. Unter den Arbeitern sind die bestbezahlten oft die liederlichsten. Der große Lohn ist oft ihr Unglück, während Leute, die am wenigsten verdienen, Ersparnisse anlegen.“ Dieselben Berichte, welche solche Klagen enthalten, fügen aber auch die erfreuliche Mittheilung hinzu: „daß viele Familien der Arbeiter sich aus der drückendsten Armuth zu einer schönen Existenz emporgearbeitet haben, daß im Ganzen mit dem Lohn sorgsam hausgehalten werde, daß bei vielen Arbeitern, namentlich bei den bleibend wohnhaften, das Bestreben vorherrsche, sich einen Nothpfennig zurückzulegen, daß Genußsucht und Unordnung mehr ab- als zunehmen und man im Allgemeinen der Arbeiterbevölkerung in allen Beziehungen ein günstiges Zeugniß ertheilen müsse.“

Ein gleich günstiges Zeugniß wird von Seiten der Fabrik-Inspectoren der Mehrzahl der Fabrikbesitzer ertheilt, welche, wie die angeführten Thatfachen beweisen, nach den verschiedensten



Richtungen hin bemüht sind, die Lage ihrer Arbeiter zu verbessern. Es sind nur äußerst wenige Umgehungen des Fabrikgesetzes vorgekommen. Es herrscht namentlich in den großen Etablissements des Kantons eine musterhafte Ordnung und Sorge für Gesundheit, Reinlichkeit, richtige Innehaltung der Arbeitszeit der Kinder und anderer gesetzlicher Vorschriften. Die Inspectionen rühmen insbesondere den Geistlichen und Schulbehörden nach, daß sie sich der Fabrikfinder treulich annehmen und mit den Gemeindebehörden die Beobachtung des Gesetzes im allgemeinen Interesse überwachen. Ueberhaupt wirken Schule und Kirche im Bunde mit den zahlreichen gemeinnützigen Vereinen und unterstützt durch ein reges öffentliches Leben in rühmlichem Wettstreit an der Emporhebung des Arbeiterstandes. Wer etwas gelernt hat, fleißig und ordentlich ist, braucht im Kanton Zürich wegen seines Fortkommens nicht in Sorge zu sein und manche fahrende Familie, die aus einem andern Kanton im entblößten Zustande mit ihren Kindern ankam und in Gefahr war gänzlich zu verkommen, hat in den Fabrikgegenden des Kantons Zürich ein Asyl gefunden, das ihr Unterhalt und ein geregeltes Leben verschaffte. Tausende von Arbeitern haben sich durch Sparsamkeit und durch Ankauf von etwas Grundbesitz zu einem gewissen Wohlstand emporgeschwungen. Wer sich von der Richtigkeit des Gesagten überzeugen will, braucht nur die eigentlichen Fabrikorte des Kantons zu bereisen und die vielen neuen reinlichen Häuser, die schönen Gärten, die blühenden Grundstücke und am Sonntag die fröhlichen und zufriedenen Gesichter zu beobachten, und wird gewiß von vielen Vorurtheilen gegen das Fabrikwesen geheilt werden.

Obwohl die Commission aus den angestellten speciellen Untersuchungen und Verhandlungen den Eindruck gewonnen hat, daß das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Lage der Fabrikarbeiter des Kantons im Allgemeinen und im Vergleich mit andern Industriestaaten sowie mit den übrigen

Erwerbsklassen, namentlich mit den kleinen Handwerkern und Bauern, als durchaus befriedigend erscheint, so kann diese Befriedigung doch nur eine relative und keine absolute sein. Die aus dem Fabrikwesen entstehenden Nachtheile und Schattenseiten sind auch im Kanton Zürich zahlreich genug, um die volle Aufmerksamkeit und Reformthätigkeit der gemeinnützigen Gesellschaft herauszufordern. Es bleibt auf diesem Gebiet noch viel zu thun und viel zu lernen. Insbesondere sind die musterhaften Einrichtungen, welche im Elsaß zum Wohle der Arbeiter geschaffen worden sind, und ihre Anwendbarkeit auf die hiesigen industriellen Verhältnisse in der Commission vielfach erörtert worden. Referent wendet sich daher nunmehr diesem Theile der Verhandlungen und der Beantwortung der zweiten Hauptfrage zu.

II. Hauptfrage:

Wie können die aus dem Fabrikwesen entstehenden Nachtheile gehoben oder doch wesentlich gemildert werden?

1) Durch Maßregeln in Betreff der Kinderarbeit?

Die Beschäftigung der Kinder in den Fabriken hat seit dem Aufkommen der Großindustrie zu den brennenden Fragen und zu den am meisten beklagten Schattenseiten des modernen Industriesystems gehört. Die frühere Handwerksindustrie mit ihrer strengen Arbeit in der Werkstatt eignete sich nicht für Kinder, während die Maschinen ihre Verwendung gestatten. Diese Verwendung ist vielfach übertrieben und mißbraucht worden, so daß man fast in allen Industriestaaten Maßregeln zum Schutz der Kinder für nöthig erachtet hat. Es giebt auf diesem Gebiet sehr sachkundige Männer, in deren Fabriken Kinder sehr gut aufgehoben sind, welche auch in Betreff der Kinderarbeit das *laissez aller, laissez faire* als die beste leitende Richtschnur empfehlen und es für unnütz und unmöglich bezeichnen, die innern Verhältnisse einer Fabrik genau zu controliren. An sich kann man allerdings in einer frühzeitigen Gewöhnung der Kinder zu einer geregelten Thätigkeit, sobald eine solche nur ihren Kräften angemessen ist, keine beklagenswerthe Erscheinung erblicken, da Leute, die frühzeitig zur Arbeit angehalten wurden, sich in der Regel solider entwickeln werden, als andere, die sich dem Müßiggang ergeben, im Elend leben und zuletzt zur Bettelei und Diebstahl ihre Zuflucht nehmen. Man kann nicht in Abrede stellen, daß der Staat bei einer Einmischung in die Befugnisse der Eltern hinsichtlich der Anferziehung und Verwendung der Kinder Gefahr laufen kann, das Loos der Kinder eher zu verschlimmern als zu verbessern, und daß die Controle des Staats nie ausreichen wird, um die Kinder zu schützen, wenn sie da-

heim bis in die späte Nacht zur Arbeit mißbraucht werden. Eltern, die man zur Erfüllung gewisser äußerer Pflichten gegen ihre Kinder zwingt, werden möglicher Weise gerade wegen dieses Zwanges die Erfüllung anderer, noch viel wichtigerer Pflichten unterlassen und das Gesetz auf jede Weise zu umgehen suchen. Obwohl man das Gewicht dieser Argumente nicht verkennen darf, und leider anerkennen muß, daß man niemals alle Kinder vor herzloser Behandlung bewahren wird, so kann das Einschreiten des Staates doch einer großen Anzahl von Kindern die besten Dienste leisten. Es handelt sich hier um Staatsangehörige, die sich eben nicht selbst schützen können, für welche also der Staat, soweit sein Arm reicht, wie für Unmündige, Unzurechnungsfähige zu sorgen hat, um ungerechte Gewalt von ihnen abzuwehren. Der unerwachsene Arbeiter gehorcht einem fremden Willen und vermag die verderblichen Einflüsse, welche seiner körperlichen und geistigen Entwicklung hemmend in den Weg treten, nicht von sich aus abzuwehren. Wo nun solche verderbliche Einflüsse und Uebelstände nicht bloß vereinzelt und familienweise, sondern in größerem Umfange und systematisch auftreten, da erscheint der Staat allerdings berechtigt, allgemeine Anordnungen zu erlassen, damit nicht ein körperlich, geistig und sittlich verkommene Geschlecht heranwache und die Erreichung des Staatszweckes unmöglich mache. Aus dem letztern Grunde wurde daher auch im Schoße der Commission die Fürsorge des Staates für die Kinder im Prinzip selbst nicht angegriffen, sondern nur über das zulässige und zweckmäßige Maß der Staatseinmischung eingehend discutirt.

Die Verhandlungen bewegten sich um den Hauptantrag: „die Commission möge eine Verlängerung der täglichen Schulzeit der Kinder für alle Berufsarten um zwei Jahre empfehlen, wonach also die tägliche Verwendung von Kindern zur Fabrikarbeit nicht wie bisher schon vom vollendeten 12ten, sondern erst vom vollendeten 14ten Altersjahre

an erfolgen könnte. Die Durchführung dieses Vorschlages würde den schon einmal in der gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Zürich im August 1866 verhandelten, von Herrn alt Seminar-
direktor Morf warm empfohlenen „weiteren Ausbau der Volksschule“ verwirklichen helfen. Bekanntlich gliedert sich die obligatorische Volksschule des Kantons Zürich in drei Stufen, in die Elementarschule, die Realschule und die Ergänzungsschule, jede mit 3 Jahreskursen. Der Eintritt in die Schule findet nur einmal im Jahre, Anfang Mai nach dem vollendeten 6. Jahre statt. Von denjenigen Kindern, welche nach 6jähriger Schulzeit und zurückgelegtem 12. Altersjahre die sog. Alltagschule verlassen, besuchen etwa 20 — 22 % später die Sekundarschule und 78 — 80 % durchlaufen die Ergänzungsschule, an welcher in zwei Vormittagen der Woche der eigentliche Abschluß der Schulbildung für die große Masse der Kinderwelt erfolgen soll. Die Urtheile über diese Ergänzungsschule lauten durchschnittlich sehr ungünstig, man nennt sie einen verlorenen Posten und eine dunkle Schattenseite des Züricher Volksschulwesens, weil einerseits die Unterrichtszeit zu gering sei, um Leistungen und eine erziehende Wirkung der Schule zu erzielen und weil andererseits das übrige Leben des Schülers Sinnen und Denken so völlig in Anspruch nehme, daß ihm die Schule nur als Last und Störerin erscheine. Man sollte daher die Ergänzungsschule beseitigen und dafür die tägliche Schule um 2 Jahre verlängern, also 8 Jahre dauern lassen, um die vielseitig verurtheilte Ueberhäufung mit Stunden und Stoff in der Alltagschule (der Elementar- und Realschule) zu vermeiden und das Lehrziel, was bis zum 12. Altersjahre jetzt nur scheinbar erreicht wird, bis zum 14. Jahre wirklich zu erreichen. Man berief sich bei der Motivirung und Unterstützung dieses Antrages auf das Beispiel des Kantons Bern, wo die Alltagschulen bis zum 15. Jahre dauern, ferner auf den Kanton Aargau, wo die tägliche Schule vom zurück-

gelegten 7. Jahre an jetzt 8 Jahre dauert, endlich auf Deutschland, wo man ebenfalls fast überall 8 Schuljahre habe. Der 8jährige Schulunterricht würde im Kanton Zürich ohne große finanzielle Opfer durch Verkürzung der täglichen Schulzeit durchzuführen sein. Die Schüler würden dann von der physischen und geistigen Ueberanstrengung in der Alltagschule erlöst, ihre körperliche Entwicklung würde gefördert, ihr Geist würde die Stoffmasse gründlicher verarbeiten können und die in den Kindern schlummernden productiven Kräfte würden ganz anders als bisher zum Heil der ganzen künftigen Generation und zum Besten aller Klassen der Bevölkerung geweckt werden.

In der sehr eingehenden Debatte über diesen Antrag wurde der schöne Zweck desselben und das Interesse der Schule an der Ausführung dieser Idee allseitig anerkannt, dagegen wurden auch, namentlich von industrieller Seite, eine Reihe praktischer Bedenken erhoben. Ein Mitglied der Commission theilte mit, daß er schon jetzt den Grundsatz habe, keine Kinder unter 14 Jahren in seinen Fabriken zu beschäftigen, daß er aber damit nicht immer durchdringen könne, weil er von den Eltern bestimmt werde, ihre Kinder schon vorher in die Fabriken zu nehmen. An sich sei geistige Ausbildung die erste Pflicht des Menschen, man sei es den eigenen Kindern und auch den Kindern seiner Mitbürger schuldig, an der Hebung der Volksschule mit zu arbeiten. Es sei nöthig, die Stoffmasse auf eine längere Unterrichtszeit zu vertheilen. Guter Schulunterricht liege im Interesse der Kinder, der Eltern und auch der Industrie; denn jeder Arbeiter, der mit dem Geist bei seiner Beschäftigung sei, leiste mehr als derjenige, welcher nur mit Händen und Füßen arbeite. Allein man müsse bei dieser Frage auch die materielle Wohlfahrt vieler armen Familien und die Verschiedenheit der Verhältnisse, sowie die Individualität der Kinder berücksichtigen. Manche Arbeiterfamilie werde durch die beantragte Maßregel einen empfindlichen Ausfall in ihren Einnahmen erleiden, und durch schlechtere Er-

nahrung, Bekleidung, Wohnung und häusliches Elend könne einem Kinde mehr geschadet werden, als ihm der längere Schulbesuch nütze. Manches Kind sei im 12. Jahre so kräftig und ausgebildet, daß ihm die Fabrikarbeit nichts schaden werde. Auch falle die Ueberwachung der Kinder in der freien Zeit den Arbeiterfamilien zu schwer. In den Fabriken stehen die Kinder unter Aufsicht und kommen dabei oft weit weniger in Gefahr, als wenn sie in kleinern oder größern Truppen auf Straßen, Aekern oder Wäldern umherlaufen oder unbeobachtet daheim sitzen. Viele Kinder erwerben sich auch oft durch die Fabrikarbeit die Mittel, um ein Handwerk zu erlernen und dadurch ein besseres Fortkommen in der Welt zu finden. — Von anderer Seite wurde bemerkt, daß man vom idealen Standpunkte aus jedem Menschen womöglich eine Universitätsbildung gönnen müsse, daß man aber bei einem Blick auf die Verhältnisse, wie sie nun einmal wirklich sind, sich überzeuge, daß man dadurch gewiß nicht das Elend aus der Welt bringe; denn um den Mangel an Verbrauchsmitteln, woran die Menschheit leidet, zu beseitigen, müsse erst mehr gearbeitet und producirt werden, und deshalb dürfe man das Arbeiten selbst nicht beschränken. Um Arbeiter zu werden, brauche man kein Gelehrter zu sein. Es sei ein Unterschied zwischen Wissen und Können. In den meisten Industriezweigen beruhe die Hauptsache auf Fertigkeit und Geschicklichkeit in der Handarbeit, auf einer gelenkigen Hand, die man sich gerade in den Altersjahren vom 12.—14. Jahre am besten erwerbe. Wenn Alles studiren solle, wer solle dann die unbedeutenden Arbeiten verrichten? Es gebe gebildete Arbeiter, die musciren und Theater spielen, aber nur nicht arbeiten können, während weniger intelligente Leute, die kaum die Nummern lesen können, oft viel mehr verdienen oder bei geringerem Lohne durch Fleiß, Sparsamkeit und Genügsamkeit viel weiter kommen, als ihre intelligenteren aber liederlichen Genossen. Aus Kindern, die schon frühzeitig in den Fabriken gearbeitet und an der Quelle

studirt haben, seien oft die bedeutendsten Industriellen geworden. Man pflege vorwiegend gern Leute aus der Praxis zu Leitern gewerblicher Etablissements zu machen und sie sehr oft Gelehrten und Polytechnikern vorzuziehen, welche wohl Berechnungen, Pläne und Entwürfe im Großen, aber nicht die praktische Arbeit im Kleinen und die unentbehrlichen Handfertigkeiten verständen. Uebrigens sei die Schule nicht das alleinige Bildungsmittel, auch das Leben übe seinen bildenden Einfluß. Viele große und mittlere Industrielle des Kantons seien nur durch frühzeitige Fachbildung und spätere freiwillige Fortbildung zu ihrer gegenwärtigen Stellung gelangt. Weiter wurde betont, daß man die Fabrikthätigkeit nicht willkürlich von oben her reguliren und ihr plötzlich einen Theil der Arbeitskräfte entziehen dürfe, die einen mächtigen Hebel der Production bilden. Die Fabrikindustrie in ihrer gegenwärtigen Lage und Einrichtung könne die jugendlichen Arbeitskräfte gar nicht entbehren, man werde durch ein Verbot der Kinderarbeit die Bedienung der Maschinen unmöglich machen. Wenn man die Fabriken wolle, ohne welche die schweizerische Bevölkerung gar nicht bestehen könne, so müsse man dieselben auch schonen und dürfe ihnen die Concurrenz mit dem durch billige Kohlen und Eisen, durch seine Schifffahrt und Kapitalkraft begünstigten England nicht erschweren. Die Industrie sei ein schwerer und zweifelhafter Kampf. In Sachsen arbeite man 14 Stunden und habe zahlreiche Kinder zur Verfügung. Wenn man einen Druck auf die Fabriken lege, so würden zunächst die geringern Etablissements, die kleinern Spinner untergehen, man werfe dadurch das Geschäft in wenige Hände und mache es aristokratischer, während man es demokratisch machen möchte.

Der gegenwärtige Zeitpunkt eines schlechten Geschäftsganges, vieler Verluste und theurer Lebensmittelpreise sei am wenigsten geeignet, der Fabrikation ihre Betriebskräfte zu entziehen und zu vertheuern und die Arbeiterbevölkerung des aus den Arbeitslöhnen der Kinder gewonnenen Zuschusses zur Bestreitung des

Lebensunterhaltes zu berauben. In jedem Falle müsse man auch die Verschiedenartigkeit der Industriezweige berücksichtigen und dürfe die wichtige Spinnerei, Weberei, Druckerei 2c. mit ihren für die Kinder so leichten und fast spielenden Beschäftigungen nicht auf gleiche Linie mit den mechanischen Werkstätten und andern Fabriken stellen, in denen die Kinderarbeit allerdings bedenklich und der Gesundheit schädlich erscheine. Weiter machte man darauf aufmerksam, daß sich von der jeweiligen Jugend nur ein Theil vom 12. Jahre an noch weiter ausbilde. Eine längere Schulzeit werde daher für viele Kinder von geringem Erfolge sein, während es einem großen Theile nur zum Segen gereiche, nach dem 12. Jahre industriell beschäftigt zu werden. Endlich wurde auch noch daran erinnert, daß allgemeine Institutionen zur Fortbildung der Erwachsenen mindestens ebenso nothwendig seien wie der weitere Ausbau der Volksschule, da der Staat gegenwärtig nur für die kirchliche Bildung der aus der Schule Entlassenen Sorge, alles Uebrige aber den Einzelnen oder Vereinen überlasse, deren Kräfte zur Erreichung des großen Zieles erhöhter allgemeiner Volksbildung nicht ausreichend seien.

In Berücksichtigung der gegen die Verlängerung der täglichen Schulzeit um 2 Jahre vorgebrachten praktischen Bedenken wurde von einer Seite ein behutsameres Vorgehen durch vorläufige Ausdehnung der täglichen Schulzeit um 1 Jahr empfohlen; von einer andern Seite wurde anheimgegeben, die Arbeitszeit der Kinder von 12—14 Jahren auf halbe Tage zu beschränken, so daß sie nur entweder in der Tageszeit von Morgens 6 Uhr bis Mittags 12 Uhr oder von Nachmittags 1 Uhr bis Abends 7 Uhr täglich beschäftigt werden dürfen und den andern halben Tag die Schule besuchen. Dieses System halber Arbeit und halber Schule, welches in neuester Zeit von englischen Fabrikinspectoren lebhaft empfohlen worden ist, würde Arbeitern und Fabrikherren leichter fallen und die

Industrie weniger belästigen und die Ausdehnung der Schulzeit bis auf das 14. Altersjahr ebenfalls ermöglichen. Kinder, die sich nur einen halben Tag in der Fabrik aufhalten, sind frischer, fähiger und williger, Unterricht zu empfangen. Die Abwechslung zwischen Schule und Fabrik macht jede der beiden Beschäftigungen zu einer Erholung von der andern, und ein englischer Seidenfabrikant erklärte der englischen Untersuchungskommission die Vereinigung der Arbeit mit Unterricht von der Periode der Kindheit an, sobald nur die Arbeit weder zu anstrengend, noch widerlich und ungesund sei, als das wahre Geheimniß der Erziehung tüchtiger Arbeiter.

Die beiden letztern Vorschläge einer allmählichen Einengung der Kinderarbeit wurden nicht weiter aufrecht erhalten, weil sich schließlich die Majorität der Kommission mit dem principiellen Vorschlage einer Verlängerung der täglichen Schulzeit bis zum vollendeten 14. Altersjahre einverstanden erklärte. Es geschah dies aus folgenden Gründen:

Anlangend zunächst die allgemeine Seite der Frage, so glaubte man den Vorwurf, zu enthusiastisch und zu idealistisch zu sein, in gemeinnützigen Kreisen als Lob betrachten zu müssen und hielt es für eine Pflicht der gemeinnützigen Gesellschaft, unbekümmert um augenblickliche Volksströmungen und Geschäftsjuncturen oder um den Widerspruch einzelner Kreise das zu erstrebende Ziel klar hinzustellen. Es gehe nicht alle Initiative von unten, sondern vielfach von oben aus und gerade in solchen Fragen des Gemeinwohls müsse der Gesetzgeber vorangehen und gemeinnützige Männer müßten ihm durch Bearbeitung des Volksgeistes die Wege dazu bahnen. Wer Kinder habe, möge sich nur die Frage vorlegen, was er empfinde, wenn man ihm zumuthen würde, diese ihm von Gott anvertrauten Wesen schon vom 12. Jahre an in die Fabriken zu schicken. Die gleiche Empfindung lebe im Herzen Aller, auch der armen Eltern, welche sehr oft nur durch die herrschende Volksgewöhnung,

weil es andere Arbeiterfamilien thun, dazu veranlaßt würden, ihre Kinder frühzeitig mit in die Fabriken zu nehmen, zumal da nach der jetzigen Einrichtung der Volksschule ärmere Kinder über 12 Jahre in der Ergänzungsschule nicht genügend fortgebildet werden und mithin auf eine andere Beschäftigung angewiesen sind. Die Bevölkerung hat den Schulzwang ohne Widerspruch acceptirt, sie hat sich an das Verbot der früher so ausgedehnten Fabrikarbeit von Kindern unter 12 Jahren gewöhnt, sie wird auch den weiteren Fortschritt des Schutzes und Unterrichts aller Kinder unter 14 Jahren bald als eine Wohlthat preisen. Die Eltern werden sich mit der vorgeschlagenen Maßregel weit eher ausöhnen, wenn sie wissen, daß die Volksschule die Kinder bis zum 15. Jahre wirklich in Anspruch nimmt und wenn sie begreifen lernen, daß, da alle Arbeiterfamilien in der gleichen Lage sind, die nothwendige Folge eines Verbots der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren eine größere Nachfrage nach Arbeitern über 14 Jahre, mithin ein Steigen der Arbeitslöhne sein wird, wodurch derjenige Nothstand beseitigt wird, der die Eltern jetzt zur gewerblichen Ausbeutung der Kinder treibt. Durch die in Aussicht stehende Steigerung der Arbeitslöhne der Erwachsenen wird auch bald ein Ersatz der von einzelnen Arbeiterfamilien momentan zu bringenden Opfer eintreten. Wenn nun die Fabrikanten sagen, daß ein Verbot der Kinderarbeit die Industrie schädigen werde, so ist daran zu erinnern, daß man früher, als die Kinderarbeit nur beschränkt wurde, dasselbe sagte, und daß die Erfahrung das Grundlose dieser Befürchtung dargelegt hat. Abgesehen davon, daß es, wie in der Commission constatirt wurde, schon jetzt Spinnereien im Kanton Zürich giebt, welche in der Regel nur Kinder über 14 Jahre beschäftigen, wird die gesammte Industrie für etwaige vorübergehende Nachtheile reichlich durch die aus der Reform resultirende größere Tüchtigkeit der Arbeiter in physischer, geistiger und sittlicher Hinsicht entschädigt werden. Denn je weiter

die Technik fortschreitet, je kunstvoller die Maschinen werden, je rascher alle industriellen Funktionen in einander greifen, um so mehr Bildung und Umsicht wird auch im Arbeiterstande erforderlich, um so vortheilhafter für die Industrie wird die Pflege des Geistes und sittlichen Willens in dem heranwachsenden Arbeiterstande. Da sich die Großindustrie jedes Landes, namentlich wenn sie in den Dörfern zerstreut ist, vorwiegend aus den Kindern der Fabrikarbeiter rekrutirt, so haben auch die Fabrikanten selbst das größte Interesse an der Hebung der Arbeitergeneration ihres Heimatlandes. Als einige Fabrikanten auf dem Continente schon vor Jahrzehnten prophezeiten, daß sich die englische Industrie gegenüber den viel billigern Arbeitslöhnen des Continents auf die Dauer nicht werde behaupten können, lächelten die englischen Industriellen darüber und beweisen noch heute durch die Erfahrung, daß die Industrie mit gut bezahlten Arbeitern weit mehr prosperirt als mit schlecht bezahlten. Wenn ein Fabrikbetrieb nur mit den niedrigsten Löhnen auskommen kann, wenn er die menschlichen Arbeitskräfte zu jung und zu billig ausnützt, so kann man in solcher Industrie keinen Segen für ein Land erblicken und muß vielmehr wünschen, daß die Bevölkerung sich lieber anderen Beschäftigungen, wie der Cultur des Bodens, dem Handwerk, der Kunst, oder Hausarbeiten im Stücklohn zuwende oder daß sie auswandere und in der Ferne ihr Fortkommen suche. Das Interesse der Industrie kann an sich auf keinen Fall eine Verletzung heiliger Pflichten gegen die Jugend unsers Volkes rechtfertigen; denn es ist leider eine Thatsache, daß nicht allein die geistige, sondern auch die sittliche Bildung unter den jetzigen Einrichtungen ungemein leidet. Wenn ein Kind von 12 Jahren schon in die Fabrikarbeit hineingezogen wird, so wird sein Sinn auf das Materielle, Sinnliche gerichtet. Es denkt nur noch, wie viel es verdienen kann. Die Eltern betrachten es als ein Erwerbsmittel und schätzen nur das Geldinteresse. Schon

3—4 Wochen nach dem Eintritt in die Fabrik bemerkt man an solchen Kindern eine große Veränderung. Das, was sie in den Fabriken von den Erwachsenen hören und sehen, verscheucht ihre kindlichen Gedanken. Ihr ganzes Aussehen erhält das Gepräge der Frühreise. Der kindliche Sinn verschwindet, das sittliche Wesen wird geknickt und solche sittlich geknickte Individuen werden dereinst nicht bloß eine Last für die Gesellschaft, sondern eine Gefahr für die Industrie selbst. Wenn Kinder zu früh zur Fabrikarbeit gezwungen werden, so verlieren sie ihre Schulkenntnisse und damit die Hilfsmittel und die Kräfte zum Vorwärtkommen. Ihre Energie erlahmt und keine Bildungsanstalten für Erwachsene würden jemals das wieder nachholen können, was in der Jugend versäumt wurde.

Anlangend die Einwendung, daß viele Kinder im Hause oder auf der Straße schlechter aufgehoben seien als in der Fabrik, so paßt dieselbe vielleicht auf Kinder von 8—12 Jahren, nicht aber auf Kinder von 12—14 Jahren, die sich jedenfalls weit besser selbst beschäftigen können, als jüngere Kinder, deren Verwendung zur Fabrikarbeit ja bereits untersagt ist. Während der Schulstunden werden die Kinder in der Schule beschäftigt. Nach der Schule gönne man ihnen das Herumspringen im Freien. Oft sind auch die Mütter oder die Verwandten der Kinder oder ältere Geschwister daheim, oder die Nachbarn führen die Aufsicht, oder Kinderbewahranstalten nehmen sich der Jugend an. Ein Theil der freien Zeit der Kinder wird auch zur Anfertigung der Schulaufgaben oder zu Arbeiten im Hause, in der Küche, im Hof, im Felde und zu andern Besorgungen nützlich verwendet werden können. Jedenfalls braucht der Gesetzgeber wegen der Knaben und Mädchen von 12—14 Jahren am wenigsten besorgt zu sein, sobald dieselben nur ihre tägliche Schulzeit haben, welche gerade in dieser Altersperiode am fruchtbringendsten und anregendsten zu sein pflegt.

Gegen den Einwand, daß viele Kinder vom 12. Alters-

jahre an nicht mehr bildungsfähig seien, wurde von pädagogischer Seite erwiedert, daß das Verhältniß der fähigen, der mittelmäßig begabten und der schwachen Schüler zu einander in der Sekundarschule ganz dasselbe sei, wie in der Alltagschule. Jedenfalls müsse man mehr als die Hälfte der ca. 80 % der Zürcherischen Jugend, welche jetzt die Ergänzungsschulen besuchen, als weiter bildungsfähig bezeichnen. Uebrigens sei gerade für schwache Kinder ein 8jähriger täglicher Unterricht doppelt wünschenswerth. Ferner wurde von den in der Commission anwesenden Vertretern der Kirche und Schule die Macht der sittlichen Beweggründe betont, welche den Arbeiterstand selbst sehr rasch von dem Segen einer Ausdehnung der täglichen Volksschule bis auf das 14. Altersjahr überzeugen würden. Man führte aus Winterthur verschiedene Beispiele von Handlanger- und Gesellen-Familien an, deren Kinder die Sekundarschule oder das Gymnasium besuchen, von einer Wäscherin, die 6 Kinder hat und einen Sohn ins Gymnasium und den andern in die Sekundarschule schickt, von einer ärmern Nätherin, deren Knabe das Gymnasium besucht. Es seien das großentheils Niedergelassene (Nichtbürger). Und diese Leute kommen nicht zurück. Anderwärts mache man ähnliche Erfahrungen. Bei dem im Zürcherischen Volke herrschenden Bildungstribe werden sich gewiß Tausende von Arbeiterfamilien freuen, wenn ihren Kindern Gelegenheit geboten wird, die tägliche Schule bis zum 14. Jahre zu besuchen.

Es handelt sich bei dem in Vorschlag gebrachten Ausbau der Volksschule nicht etwa um höhere gelehrte Bildung, sondern nur um ein Minimum von Kenntnissen, welche für das heutige Leben unentbehrlich sind, aber in 6 Jahren der Masse der Kinder nicht gründlich genug beigebracht werden können. Man muß sich hüten, aus einzelnen Fällen, in denen es Personen ohne tiefere Schulbildung weit gebracht haben, nun den Schluß zu ziehen, daß allgemeine Bildung entbehrlicher sei, als angelernte

Handfertigkeit. Große und reich begabte Naturen schlagen sich überall durch, allein auch die weniger begabten und mittelfähigen Kinder bedürfen einer den Anforderungen der Zeit entsprechenden Durchschnittsbildung, wenn sie nicht in eine unbefriedigende Zukunft hinausgestoßen werden sollen. Die Originale sind heutzutage seltener; allein dies kommt daher, daß die Summe der Bildung größer geworden ist und daß mithin einzelne Individuen nicht mehr so glänzend über das ganze Niveau ihrer Umgebung hervorragen können, worüber man sich nur freuen muß.

Wenn man nun zuweilen beobachtet, daß intelligente Naturen es zu Nichts bringen, weil sie unordentlich und liederlich leben, so spricht diese Wahrnehmung nicht gegen die Wohlthat der Bildung, sondern beweist nur, daß jeder Mensch zu seinem Glück auch einer harmonischen Ausbildung des Charakters und sittlichen Willens und eines wirtschaftlichen Sinnes bedarf. Die Schule wird nun aber ihre nicht bloß bildende, sondern auch erziehende Aufgabe in 8 Jahren jedenfalls befriedigender lösen können als in 6 Jahren. 14jährige Kinder mit etwas besserer Bildung werden den Versuchungen des Fabriklebens nicht so leicht erliegen, wie unreife 12jährige Kinder. Ein Mitglied der Commission, welches sich aus dem Arbeiterstande heraus zum Fabrikanten emporgearbeitet hat, bekannte, daß der Mangel an Schulbildung schwer auf ihm gelastet habe, und er mit Mühe das in der Jugend Versäumte habe nachholen können. Er habe 5 Jahre als Werkführer im Auslande gelebt, in einer Fabrik, wo französische, englische und deutsche Arbeiter beschäftigt gewesen seien; allein er habe gefunden, daß der Deutsche wegen seiner größern allgemeineren Bildung doch der brauchbarste Mensch sei. Der englische Arbeiter sei energisch, anscharrend bei seiner Maschine und geschickt für die Arbeit, für welche er besonders vorgebildet worden; allein er wisse sich in veränderten Lagen nicht zu helfen, wisse eine Sache nicht anders anzupacken

und sei meist trunksüchtig und unordentlich, während der Deutsche nach kurzer Vorbereitung jede Beschäftigung, zu der man ihn berufe, übernehmen könne und in 6 Wochen eine Sache besser anfassend lerne. Ein ähnliches Renommé genießt der Schweizer im Auslande. Demselben kommt ebenfalls seine allgemeine Bildung überall vortrefflich zu Statten. Der Kanton Zürich hat seinen Wohlstand und seine Culturstufe jedenfalls in erster Linie der Ausbildung seines Schulwesens zu verdanken und sollte daselbe daher auch immer weiter entwickeln. Anlangend die Moralität, so werden besser erzogene Arbeiter in der Regel auch durch eine höherstehende moralische Lebensweise sich auszeichnen, sie werden ihre Genüsse verständiger auswählen, sie haben Geschmack an besserer Gesellschaft, zu der sie deshalb auch leichter Zugang finden, sie lesen, treiben Musik, haben Freude am Theater, theiligen sich an Bildungsvereinen, machen gemeinschaftliche Ausflüge ins Land und wissen bei ihrer Arbeit sowohl ihre eigenen Interessen als auch diejenigen ihres Fabrikherrn besser zu fördern.

Ausgaben und Opfer für bessere Schulbildung sind daher die productivsten Anlagen. Die Schweiz muß gerade, weil ihrer Industrie die natürlichen Vorzüge einer vortheilhaften Lage und die natürlichen Schätze von Kohlen und Eisen, das Brod der modernen Großindustrie, fehlen, die geistigen und sittlichen Schätze, welche in der arbeitenden Bevölkerung schlummern, um so sorgfältiger zu heben suchen, und der industriellste Kanton hat den Beruf, mit einem guten Beispiel voranzugehen.

Gestützt auf die im Vorstehenden entwickelten Gründe beschloß die Majorität der Commission, der gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Zürich zu empfehlen: sich für die Verlängerung der täglichen Schulzeit um 2 Jahre, mithin bis zum vollendeten 14. Jahre (und bei vielen Kindern bis zum fast vollendeten 15. Jahre), zu erklären.

Die Minorität der Commission hielt die Erreichung dieses

Zieles ebenfalls für wünschenswerth, glaubte jedoch aus praktischen Gründen von einer Empfehlung dieses Vorschlages absehen zu müssen.

2) Maßregeln in Betreff der Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit der Erwachsenen bleibt bei Untersuchung der Mittel zur Verbesserung der Lage der Fabrikarbeiter eine der wichtigsten Fragen. Je länger die Arbeitszeit dauert, um so sicherer ist eine Ueberanstrengung der Arbeiter zu befürchten. Darunter muß zunächst das körperliche Befinden leiden. Krankheiten und frühzeitige Arbeitsunfähigkeit sind die unausbleiblichen Folgen jeder Ueberanstrengung. Gleichzeitig werden Geist und Gemüth eines übermüdeten Arbeiters beeinträchtigt. Jede Fortbildung wird ihm unmöglich gemacht, das Familienleben wird ihm verkümmert, die Beschäftigung mit den Kindern abgeschnitten. Derjenige Unternehmer, welcher seine Arbeiter dauernd überanstrengt, begeht daher an ihnen ein sittliches Unrecht, welches um so unverzeihlicher ist, weil er dadurch ganz nutzlos die Interessen des Arbeiters und seine eigenen verletzt; denn ein Uebermaß der Arbeitszeit nützt einem Etablisement auf die Dauer weniger, als ein richtiges Ebenmaß. Ein Mensch, welchem das richtige Maß der Ruhe, des Schlafes, der körperlichen, geistigen und socialen Erholung entzogen wird, kann selbst in der ihm ungebührlich verkürzten Periode seiner wirklichen Arbeitsfähigkeit unmöglich auf die Dauer so viel leisten wie ein Mensch, der bei kürzerer Arbeitszeit immer frisch, kräftig, froh und aufmerksam bei seiner Arbeit bleibt. Die Erfahrung hat denn auch bereits überzeugend dargethan, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in sehr vielen Fällen die Producte der Arbeit nicht vermindert, sondern vermehrt. Aus keinem andern Grunde ist die frühere Arbeitszeit von 16 und 15 Stunden für Erwachsene freiwillig auf 13 und 12 Stunden und noch weiter herabgesetzt worden. Es giebt im Kanton Zürich

große Baumwollspinnereien, die 12 Stunden und andere die 13 Stunden täglich arbeiten; mechanische Werkstätten, die 12 Stunden, und andere, die $11\frac{1}{2}$ Stunden täglich arbeiten und seit Jahrzehnten mit einander konkurriren. Es fehlt in der Schweiz an bekannt gewordenen Untersuchungen des Erfolges solcher Reductionen. Solche Untersuchungen sind aber in England und Frankreich angestellt worden und Eugen Veron erwähnt in seinem Werke über die »Institutions ouvrières de Mulhouse« aus den Bülletins der Société industrielle de Mulhouse, welche sich vielfach mit der Frage der Arbeitszeit beschäftigt hat, eine Reihe von beweiskräftigen Erfahrungen, daß eine Vergrößerung der Leistungen und des Verdienstes in der That eine Folge der Reduction der Arbeitszeit ist. In England wurde schon vor 50 Jahren in Owens Manufaktur die tägliche Arbeitszeit auf $10\frac{1}{2}$ Stunden reducirt und das Wagniß glückte. Es folgten sodann in den vierziger Jahren mehrere englische Fabriken mit ähnlichen Reductionen. Der bekannte britische General-Fabrik-Inspektor Horner berichtet, daß in der mit Dampf getriebenen Baumwollspinnerei und Weberei (mit Power Looms) von M. Robert Gardner zu Preston, der eine Dampfkraft gleich 80 Pferdekraften und 668 Arbeiter beschäftigt, die Reduction der Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden am 10. April 1844 eingeführt worden sei und er nach Ablauf eines Jahres aus den Büchern der Fabrik sich überzeugt habe, daß das Jahresprodukt, weit entfernt verringert zu sein vielmehr gestiegen war und daß gleichzeitig die Lohneinnahmen der Arbeiter sich erhöht hatten. Die durchschnittlichen Lohnbezüge hatten sich in der Spinnerei bei einem Vergleich der 12 und 11stündigen Arbeit gesteigert im Verhältniß von $38\frac{2}{24}$ zu $38\frac{3}{24}$ und in der Weberei von $10\frac{1}{24}$ auf $10\frac{3}{24}$. Anlangend die Schnelligkeit des Ganges, so hatte man sie nur in der Spinnerei um 2 % erhöht, in der Weberei war sie die gleiche geblieben. Die Chefs des Etablissements erklärten diese günsti-

gen Resultate durch den Hinweis auf die größere Widmung der kürzere Zeit angestregten Arbeiter, auf ihre große Pünktlichkeit im Kommen, auf das Zurathhalten jedes Augenblicks, während sie sonst, bei 12stündiger Arbeit, oft verschwenderisch mit der Zeit gewesen seien. Sechszehn Arbeiter jener Fabrik besuchten Herrn Horner, bestätigten die Angaben ihres Chefs und schilderten die Freude, die sie an der Arbeit hätten, seit sie täglich eine Stunde früher beendet sei. Sie berichteten u. A. auch, daß die Abend- schule bei 12stündiger Arbeitszeit nur von 27, dagegen bei 11stündiger Arbeit von 98 Arbeitern besucht worden sei.

Herr Horner berichtet weiter über eine zweite gleich glückliche Erfahrung, die er bei den Herren Horrocks und Tanson in Preston gemacht. Die in der Spinnerei dieser Herrn beschäftigten Arbeiter hatten ihm erklärt: „Wir arbeiten mit weit mehr Freudigkeit. Wir haben den ganzen Tag über die Wohlthat vor Augen, nach Vollendung unsers Tagewerks früher heimgehen zu können. In allen unsern Spinnfälen herrscht ein thätiger und fröhlicher Sinn und wir können uns aufs Schönste einander helfen.“

Das System der kürzern Arbeitszeit hat gegenwärtig in England den Sieg davon getragen. Die gewöhnliche Dauer der Arbeitszeit ist an den ersten 5 Wochentagen 11 Stunden und am Samstag 8 Stunden, mithin im Durchschnitt $10\frac{1}{2}$ Stunden täglich. Man hat seit dieser Zeit, Dank der größern Aufmerksamkeit der Arbeiter, viel weniger mißlungene Stücke und Beschädigungen, was für den Arbeiter und Fabrikanten ein reeller Vortheil ist. Offenbar verdankt man der Anwendung dieser kürzern Arbeitszeit auch dies Stillschweigen, diesen Eifer, diese auf die Arbeit concentrirte Aufmerksamkeit, welche den französischen Nationalökonomem Reybaud beim Besuch englischer Fabriken so sehr überraschte, wenn er den Ungestüm, das Gehen und Kommen, die Zerstreuung der französischen Arbeiter bei ihrer Beschäftigung damit verglich. Und doch ist in diesem

Punkte seit der Reduction der Arbeitszeit auf 12 Stunden schon ein wesentlicher Fortschritt bei den französischen Arbeitern bemerkbar. E. Veron spricht auf S. 288 seines Werkes die Ueberzeugung aus, daß die Franzosen bei Nachahmung des Beispiels der Engländer dieselben Vortheile erzielen würden. Er fügt hinzu, daß er im Elsaß von competenten Beurtheilern dieser Dinge, die mit den Bedürfnissen der Industrie und den Gewohnheiten der Arbeiter vollkommen vertraut seien, die Behauptung vernommen habe, daß in der Industrie ein Maximum von 8—9stündiger Arbeit die vortheilhafteste Combination sein würde. Uebrigens stehe bei den Amerikanern, die nie für ein Volk von Utopisten gegolten, die Frage der Reduction der Arbeitszeit auf 8 Stunden auf der Tagesordnung. Die Bewegung für diese Reform, welche unter den Arbeitern von Massachusetts begonnen, habe sich über die andern Staaten verbreitet und jeder Tag bringe neue Berichte über Versammlungen, auf denen die bekanntesten Männer der Vereinigten Staaten für diese Reform plaidiren. Das Programm sei formulirt von dem berühmten Redner Wendel Phillips, der 30 Jahre lang mit so großem Muth für die Befreiung der Negerklaven gekämpft habe. Es bestehe bloß aus folgenden Worten: „8 Stunden für die Arbeit, 8 Stunden für den Schlaf, 8 Stunden für das Studium und die Muße.“ Für Jeden, der Amerika kenne, sei es unzweifelhaft, daß der Erfolg dieser Reform für die nächste Zeit gesichert sei. Uebrigens sei diese Reform auch nur die nothwendige Folge der Verbesserung der Maschinen. — Als E. Veron diese Worte schrieb und der Société industrielle de Mulhouse zur Beachtung empfahl, waren ihm noch keine Versuche einer Reduction der Arbeit auf 11 Stunden aus dem Elsaß bekannt. Diese Reduction ist jedoch, wie Professor Emminghaus in seiner eben erschienenen „Allgemeinen Gewerkslehre“ (Berlin, Verlag von F. A. Herbig 1868) berichtet, in der Weberei des Herrn J. Dollfuß im Jahr

1866 laut einer von dem Chef selbst in der Société industrielle gemachten Mittheilung mit dem besten Erfolge eingeführt worden. Die erwähnte Fabrik arbeitet mit 600 Stühlen; es werden vorzüglich Organdins und Percale gewebt. Nach einem — freilich erst 14tägigen — Versuche stellte sich heraus, daß in 11 Stunden $1\frac{2}{3}$ % in Organdins und $4\frac{1}{2}$ % in Percalen mehr hergestellt wurde, als früher in 12 Stunden. Außerdem ergab sich bei der Heizung und Beleuchtung der Säle eine Ersparniß von 2000 Franken. „Die durch die Verminderung der Stunden erreichten Vortheile — sagt der Berichterstatter — sind unbestreitbar. Arbeiter und Fabrikanten haben ihren Antheil daran. Es giebt auch für den Fabrikanten nichts Vortheilhafteres, als die Arbeiter kürzere Zeit arbeiten zu lassen, wenn die Bedingungen und Verhältnisse der Erzeugung ebenso gut bleiben, als bei einer längeren Arbeitszeit. Ohne Zweifel wäre es von der größten Wichtigkeit, diesen Versuch in allen Arbeitsfächern anzustellen, um zur Beseitigung eines ökonomischen Gemeinplatzes zu kommen, der so viele Mißverständnisse veranlaßte.“

In den Verhandlungen der Commission über das wichtige Kapitel der Arbeitszeit vereinigte man sich zunächst fast einmüthig in dem Wunsche, daß die Ermäßigung der täglichen Arbeitszeit immer weiter durchgeführt und fortgesetzt werden möge. Die eigentliche Debatte bewegte sich um die Frage: ob die Reduction der Arbeitszeit der freien Entwicklung überlassen oder auf dem Wege des Gesetzes vorgeschrieben werden sollte. Es besteht in Betreff der Arbeitszeit der Erwachsenen gegenwärtig völlige Freiheit. Der Fabrikbesitzer kann mit erwachsenen Arbeitern bei Tag oder Nacht arbeiten lassen ganz wie es ihm beliebt und der Arbeiter kann arbeiten, so lange er will und wann er will. Die Festsetzung eines Maximums der Arbeitszeit der Erwachsenen durch die Gesetzgebung würde nun ein tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit sowohl der Fabrikbesitzer als auch der Fabrikarbeiter sein. Die freie Bewegung eines Etablissements

könnte unter Umständen dadurch sehr empfindlich gehemmt werden, während auch der Fabrikarbeiter in der freien Verfügung über seine Arbeitskräfte beeinträchtigt werden würde. Arbeitszeit und Lohn stehen wenigstens bis auf einen gewissen Punkt im genauesten Zusammenhange, nun ist aber der Staat mit Bezug auf die Bestimmung der Lohnverhältnisse durchaus ohnmächtig. Der Arbeiter riskirt also, daß ihm in Folge der Regulirung der Arbeitszeit durch den Staat der Lohn unter Umständen empfindlich verkürzt wird. — Wenn man auch unbedingt zugeben muß, daß die Arbeitszeit in vielen Fabriken für erwachsene Arbeiter zu lang ist, so sind doch die Verhältnisse bei erwachsenen Arbeitern ganz anders als bei unerwachsenen. Die Jugend vermag sich gegen eine gewaltsame Störung ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung nicht selbst zu schützen und der Staat hat daher die Aufgabe da einzuschreiten, wo schreiende Mißbräuche in größerem Umfange zu Tage treten. Der erwachsene Arbeiter ist aber körperlich erstarbt und geistig selbstständig. Er gehorcht bei Vermietung seiner Dienste nicht mehr einem fremden Willen, er schließt selbst den Anstellungsvertrag und entscheidet damit auch über die Arbeitszeit als einen integrierenden Theil des Vertrages. Wenn er also mehr als 12 Stunden täglich arbeitet, so geschieht dies in Folge eines von ihm selbst geschlossenen Vertrages, den er in der Regel aufheben kann, so bald er anderwärts eine bessere Anstellung findet. — Der Staat würde sich aber durch eine gesetzliche Regulirung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiter auch allen anderen Berufsständen gegenüber auf eine sehr abschüssige Bahn begeben. Die Gesellen und Gehülfen der Handwerker, die Tagelöhner, Knechte und Mägde der Landleute und anderer Berufsclassen müssen in gewissen Zeiten des Jahres zuweilen 15 und 16 Stunden täglich arbeiten und pflegen solche Zeiten außerordentlichen Lohnverdienstes oft sehr eifrig herbeizuwünschen. Wo sollte nun eine Regierung anfangen und wo enden mit ihrer Einmischung? Sie würde mit dem besten Willen

Tausende von Interessen verletzen und dem allgemeinen Verkehr auf die Dauer mehr schaden als nützen.

Die vorstehenden Einwendungen gegen jede Beschränkung der Arbeitszeit der Erwachsenen wurden von einem Theile der Commission unter Berufung auf theoretische und praktische Gründe für die Staatseingemischung lebhaft bekämpft. Man behauptete zunächst, daß sich dem Individualismus, dem volkswirtschaftlichen Prinzip der Manchester Schule, das Prinzip des Zusammenschließens der Vielen gegenüberstelle und gerade in republikanischen Staaten seinen Ausdruck finde. Die ganze heutige Volkswirtschaft mit ihren Sägen von Nichteingemischung des Staates sei unter monarchischen Verhältnissen in England und Frankreich entstanden. Die individuelle Freiheit sei sehr häufig weder die objective noch auch die subjective Freiheit. Der Fabrikarbeiter sei nicht Herr seiner Zeit, er stehe dem Fabrikanten ohne Waffen gegenüber, und müsse daher seinen Schutz in einem Gesetze suchen, welches das aufzustellen habe, was allgemeines Bewußtsein geworden ist. Dem Einzelnen werde durch den Ausdruck des Gemeinwillens ein Rückhalt gegeben. Das Prinzip des Zusammenschließens der Vielen stehe im Gegensatz zu dem Individualismus, allein es sei dem Prinzip der Selbsthülfe und der individuellen Freiheit nicht hinderlich. Die Selbsthülfe sei wohl das entscheidende Prinzip, allein der Staatsmann habe nicht bloß mit Prinzipien und Idealen, sondern auch mit den vorhandenen Kräften und thatsächlichen Verhältnissen zu rechnen, wenn er etwas leisten wolle. Man dürfe nicht mit dem negativen Prinzip der Selbsthülfe gegen jede Staatshülfe operiren und positive Aufgaben der Gesetzgebung abweisen. — Die Republik werde ohne Fabrikgesetz untergraben, weil der Einzelne nicht mehr wirklich frei sein würde. Der einzelne Mensch greife in der Noth nach einem Strohhalme. In der häuerlichen Arbeit habe das Individuum einen Halt an der Tradition von Jahrhunderten. Nicht so in der Großindustrie und Massenarbeit,

wo die Freiheit für den Einzelnen als Arbeiter gegenüber der Macht des Unternehmers und des Kapitals in der Wirklichkeit nicht bestehe, wohl aber für den Arbeiter als Staatsbürger vorhanden sei, sobald er Gesetze giebt und sobald er Mitglied einer Coalition ist. Die Anwendung der Coalitionsfreiheit durch Arbeitseinstellungen sei aber für den Arbeiter eine zu gefährliche Waffe, sie corrigire die vorhandenen Uebelstände des Fabrikwesens zu theuer. England, das classische Land der strikes, habe erfahren, daß die Arbeitseinstellungen zum Nachtheil von Arbeitern und Arbeitgebern seien und daß die Industrie sowie das consumirende Publikum dadurch ungewöhnlich belastet werden. Wenn die Fabrikanten wüßten, daß die Socialdemokratie nicht zu weit gehe, so würden sie selbst es vorziehen, daß die Frage der Arbeitszeit durch die Gesetzgebung, anstatt durch Arbeitseinstellungen gelöst werde. Man dürfe den Kanton Zürich nicht als ein Muster in Betreff des Individualismus hinstellen, es seien hier, wie überhaupt in der Schweiz, im Vergleich zu England und Deutschland schon viele socialrepublikanische Einrichtungen vorhanden, und die Schwesterrepublik in Nordamerika liefere den Beweis, daß man dort nicht bloß die objektive, sondern auch die subjective Freiheit durch den gesetzlichen Willen des Volkes herzustellen suche. Die Arbeiterfrage und insbesondere die Frage der Arbeitszeit sei in Nordamerika nach Abschaffung der Sklaverei für eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart erklärt worden. Von mehreren Staaten, wie z. B. von der Legislatur in Arkansas, sei eine Arbeitszeit von 8 Stunden bereits als das gesetzliche Tagewerk festgestellt worden. Man würde im Kanton Zürich nicht so weit gehen dürfen, um nicht durch eine plötzliche unverhältnißmäßige Herabsetzung die Interessen der Arbeitgeber zu schädigen, man könne sich vorläufig mit einer gesetzlichen Arbeitszeit von 12 Stunden begnügen und dürfe der Zeit das Weitere überlassen. Uebrigens brauche das Gesetz gar nicht so weit zu gehen, nun direct alle Ueberstunden und alle

Nacharbeit zu verbieten und die Stückarbeiter zu controliren. Man werde zu gewissen Zeiten und in gewissen Geschäftszweigen Ueberstunden und Nacharbeit nicht entbehren können. Der Arbeiter werde durch das Gesetz nicht verhindert, sich freiwillig durch Privatvertrag zu Ueberstunden zu verpflichten, man solle durch das Gesetz nur feststellen, was als ein regelmäßiger Arbeitstag zu betrachten sei und werde dann das Weitere der Loyalität des Volkes überlassen können.

Diese allgemeinen Gründe für gesetzliche Regulirung der Arbeitszeit wurden von dem in der Commission anwesenden Fabrikinspector noch durch Berufung auf das Beispiel von Frankreich unterstützt, wo seit 1848 die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden festgestellt ist und auf das Beispiel des Kanton Glarus, wo durch Gesetz vom 10. August 1864 bestimmt worden ist, daß die wirkliche Arbeitszeit in den Fabriken nicht mehr als 12 Stunden täglich betragen und daß zur Nachtzeit überhaupt in den Fabriken nicht gearbeitet werden dürfe. Derselbe bemerkte ferner, daß die persönliche Freiheit, welche man dem Fabrikarbeiter nicht beschränken wolle, der kahlfte Formalismus sei. Der Arbeiter wolle nichts wissen von einer Freiheit, die er nicht anwenden könne. Kein Fabriketablissement könne ohne Ordnung existiren, selbst der Fabrikbesitzer sei an eine bestimmte Arbeitszeit gebunden. Wenn nun ein Gesetz die Arbeitszeit regulire, so würden Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich behandelt. Bestehe dagegen kein Gesetz, so bestimme der Fabrikbesitzer einseitig die Arbeitszeit. Der Arbeiter habe nun allerdings die formale Freiheit, zu arbeiten oder zu hungern; da er aber den Hunger nicht ertragen könne, so müsse er die ihm gestellten Bedingungen in Betreff der Arbeitszeit annehmen. Gegen die ihm dadurch drohende Uebernutzung und Ausbeutung seiner Arbeitskräfte von Seiten des Fabrikbesizers wolle der Arbeiter nun einen Schutz, und das Wohl der Gesamtheit erfordere es, einen solchen Schutz durch gesetzliche Feststellung

der Arbeitszeit zu gewähren. — Wenn nun gesagt werde, daß die Fabrikarbeiter eine Reduction ihrer Arbeitszeit aus Besorgniß vor einer derselben nachfolgenden Reduction der Löhne nicht wünschen, so sei das unrichtig, weil nur so viel Lohn gegeben werde, als knapp zur Existenz erforderlich sei und weil die Fabrikherrn, wenn sie Arbeiter haben wollten, unmöglich mit dem Lohn tiefer heruntergehen könnten. Anlangend die Verhältnisse anderer Berufsstände, so seien dieselben von denen der Fabrikarbeiter wohl zu unterscheiden. Es gebe bei allen Handwerkern strenge Zeiten, wo jeder Gehülfe gern um erhöhten Lohn länger arbeite; allein bei den Fabrikarbeitern sei die Arbeit Jahr aus Jahr ein die gleiche. Sie seien daher eines Gesetzes auch besonders bedürftig. Von demselben Mitgliede der Commission wurde auch ein ausdrückliches Verbot der Nachtarbeit, unter Vorbehalt einiger Ausnahmen, wie z. B. beim Wassermangel, bei Reparaturen am Hauptgetriebe, an Kanälen etc. für erforderlich erklärt.

Die im Vorstehenden entwickelten Gründe mußten die Debatte nicht wenig beleben und machten selbst solche Mitglieder wankend, die sich im Princip bereits für Nichteinmischung des Staates erklärt hatten. Schließlich erklärten sich indessen unter 10 anwesenden Commissionsmitgliedern 6 gegen die beantragte gesetzliche Regulirung der Arbeitszeit. Ehe die Gründe dieser Majorität entwickelt werden, ist noch zu bemerken, daß es ein Unterschied ist, ob man in einem Gesetze bestimmt: „daß der regelmäßige gesetzliche Arbeitstag der Fabrikarbeiter 12 Stunden betrage“ (sobald nicht durch Privatvertrag etwas anderes verabredet worden ist) oder ob man ein positives Verbot aufstellt, wie das z. B. in dem neuesten Entwurfe des Züricher Regierungsrathes bereits in § 19 in den Worten enthalten ist: „Die tägliche Arbeitszeit in den Fabriken darf nicht mehr als 12 Stunden betragen.“ „Zur Nachtzeit darf in den Fabriken nicht gearbeitet werden.“ —

Gegen solche bestimmte Verbote richtete sich das Votum der Majorität hauptsächlich aus folgenden Gründen: Es ist zunächst im Allgemeinen zu bemerken, daß die Welt der Arbeit und des Verkehrs sich nach internationalen Naturgesetzen bewegt, denen sich Republiken wie Monarchien gleichmäßig unterzuordnen haben, wenn die darin lebenden Unternehmer auf dem Weltmarkte concurrenzfähig bleiben und im Stande sein sollen, überhaupt Arbeiter zu beschäftigen. Die Wirtschaftslehre überschätzt weder „den Individualismus“, noch unterschätzt sie „das Prinzip des Zusammenschließens der Vielen“; sie glaubt, daß beide Prinzipien sehr gut in freiem Wettstreit neben einander bestehen können und fordert unablässig auf, neben der persönlichen Initiative und der privaten Verantwortlichkeit auch den Kreis der genossenschaftlichen Selbsthilfe unaufhörlich zu erweitern; dagegen erblickt sie das Ideal eines echten Liberalismus allerdings darin, alle persönlichen Freiheiten vor dem Drucke der Volksabstimmung ebenso sicher zu stellen, wie vor der Willkür der Herrscher. Jeder in freier Selbstthätigkeit errungene Fortschritt ist ihr werthvoller, als eine vom Staate aufgezwungene Wohlthat. Nun giebt es, um die Frage der Arbeitszeit befriedigend zu lösen, außer den Arbeitseinstellungen und der Gesetzgebung noch ein drittes Mittel d. i. der freie Wille, die eigene Einsicht der Unternehmer und ihr Handinhandgehen mit den Arbeitern. In England, dessen Concurrenz für die Schweiz vorzüglich zu beachten ist, wurde in den ersten Fällen der Reduction der Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden, wie der Fabrikinspector Horner berichtet, der Jahrestag der Einführung dieser Aenderung von den Arbeitern als ein Festtag gefeiert. Sie waren sich dessen wohl bewußt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit ein Versuch sei, dessen Gelingen in erster Linie von größeren Anstrengungen und Leistungen der Arbeiter in der verkürzten Zeit abhängig sei. Sie fühlten die moralische Pflicht einer Gegenleistung für die Leistung und das Risiko ihres

Arbeitsherrn. Dieser Standpunkt von Leistung und Gegenleistung ist in dieser wichtigen Frage allein berechtigt und zum Ziele führend. Die Höhe des Arbeitslohnes ist von dem äußern Factor des Angebots und der Nachfrage oder der Lage des Arbeitsmarkts und von dem innern Factor der Arbeitsleistung abhängig. Der Staat kann weder auf den einen noch auf den andern Factor durch seine Gesetzgebung einwirken. Wenn er sich trotzdem einmischet und eine gesetzliche Arbeitszeit der Erwachsenen festsetzt, so bestärkt er die Arbeiter nur in dem gefährlichen Wahne, daß der Staat für ihre individuellen Verhältnisse sorgen könne. Die meisten Menschen arbeiten allerdings unter dem Drucke der Noth, allein die Arbeit bleibt trotzdem die sittliche Pflicht eines Jeden und nur da, wo sie als solche erkannt und geübt und das Selbstgefühl des Arbeiters nicht verletzt wird, leistet sie viel. Die Verkürzung der Arbeitszeit kann nur dann zum Vortheil aller Betheiligten ausschlagen, wenn der Arbeiter sich stets dessen bewußt bleibt, daß er in der kürzern Zeit mehr als früher leisten muß. Die continentalen Arbeiter werden nur dann mit den englischen Arbeitern concurriren können, wenn sie sich die zähe englische Arbeitsenergie aneignen, die auch den Amerikaner auszeichnet. Die Verkürzung der Arbeitszeit liegt in der Tendenz und Entwicklung der modernen Industrie. Man ist selbst dort, wo eine gesetzliche Arbeitszeit besteht, freiwillig noch weiter heruntergegangen. Man braucht daher kein Gesetz, weil man das nämliche Ziel auf dem Wege der Freiheit erreichen kann. Je weiter die gelungenen Versuche einzelner Unternehmer fortschreiten, um so sicherer werden sich gerade die besten Arbeiter solchen Fabriken zuwenden, welche nur kürzere Zeit arbeiten lassen. So wird schon die Concurrenz unter den Fabrikanten selbst die Erreichung des Ziels beschleunigen. Wenn man einwendet, daß nicht überall mehrere Fabriken neben einander concurriren und daß wohl die jungen Arbeiter, aber nicht die verheiratheten ansässigen Leute

von der Freiheit der Wahl ihrer Arbeitgeber Gebrauch machen können, so ist dagegen zu bemerken, daß dafür auch viele kleinere entlegene Fabriken noch nicht mit den bessern Maschinen und allen Hilfsmitteln der neuern Technik ausgerüstet sind und durch plötzliche Anwendung von gesetzlichem Zwang leicht ruinirt werden können. Uebrigens ist es bei der Wiederkehr günstiger Geschäftsperioden sicher, daß eher die Fabrikbesitzer den Arbeitern nachlaufen und ihnen bessere Bedingungen versprechen werden als umgekehrt. In jedem Falle ist das, was die Arbeiter durch den Zwang des Gesetzes durchsetzen werden, nicht halb so heilsam, als das was sie der freien Vereinbarung mit dem Fabrikherrn verdanken. Wenn die Verkürzung der Arbeitszeit aus der freien Initiative des Arbeitgebers hervorgeht oder die Frucht eines gemeinschaftlichen Versuches ist, so werden die Arbeiter künftig an das Etablissement mit ganz anderer Liebe und höherem Eifer gekettet werden, als wenn sie wissen, daß der Fabrikbesitzer ihre Arbeitszeit verkürzen mußte. Man würde durch übereilte Gesetzmacherei in dem Stande der Unternehmer leicht eine mißmuthige Stimmung und eine Opposition gegen das Gesetz erzeugen und die Unternehmer verleiten, sich auf Kosten der Arbeiter auf eine andere Weise schadlos zu halten. Denn es liegt auf der Hand, daß Arbeitslohn und Arbeitszeit im genauesten Zusammenhange stehen.

Wie ein Blick auf die Lohnunterschiede zeigt, kann keineswegs behauptet werden, daß der Lohn aller Arbeiter schon auf dem niedrigsten Standpunkte stehe. Manche Arbeiterklassen, insbesondere die auf Stücklohn angewiesenen Arbeiter, können unter der Verkürzung der Arbeitszeit empfindlich leiden. In Nordamerika macht man in den Staaten, wo die 8stündige Arbeitszeit eingeführt wurde, bereits die Erfahrung, daß sich Massen von Arbeitern in diejenigen Branchen drängen, in denen nur 8 Stunden gearbeitet wird und daß wegen dieses größeren Arbeitsangebots der Lohn in diesen Gewerben sinkt. In Folge

dessen schließen die Fabrikanten Separatverträge mit den Arbeitern zur Umgehung des Gesetzes, und man hat das System der Ueberstunden, was viel schlimmer ist, als das frühere Verhältniß. Uebrigens kann Nordamerika mit seinen unerschöpflichen Hilfsquellen und seinem Mangel an Arbeitskräften auf der einen Seite und mit seinem jetzt herrschenden Schutzollsystem auf der andern Seite kein Muster der Industriepolitik für die dichtbevölkerte freihändlerische Schweiz sein.

Obwohl die Fabrikarbeiter in anderer Lage sind als manche andere Berufsarten, insbesondere die Handwerker, so sind doch auch die einzelnen Fabrikationszweige wieder so verschiedenartig, daß sich keineswegs die gleiche Arbeitszeit für Alle empfiehlt. Ebenso mannigfaltig sind auch die Persönlichkeiten der Arbeiter. Es giebt kräftige, gesunde Burschen, welche ihre Arbeitsherrn schon jetzt bestürmen, mehr als die gewöhnlichen Stunden im Stücklohn arbeiten zu dürfen und die namentlich beim Ausfall von Arbeitsstunden in Folge von Wassermangel, von Reparaturen am Triebwerk und an dem Kanal zc. gern das Versäumte nachholen möchten.

Man darf solche industrielle und zufälligen Natureinflüssen unterworfenen Verhältnisse des Industrielebens nicht durch starre Gesetze reguliren wollen. Ueberstunden und Nachtarbeit sind schon jetzt im Verschwinden und werden nur noch in Ausnahmefällen angewendet. Die in der Commission anwesenden Industriellen bemerkten, daß sich das System der Ueberstunden wenig bewähre und man die Erfahrung mache, daß die Leute zuweilen am Tag absichtlich schlechter und langsamer arbeiten, um Ueberstunden zu haben; sie führten ferner an, daß man auch von der Nachtarbeit allgemein zurückkomme, weil dabei nichts herauskomme. Früher verhielt sich die Sache anders. Die Fabrikbesitzer, welche genügende Wasserkraft hatten, führten regelmäßige Nachtarbeit deshalb ein, weil zu viel Leute Beschäftigung und Verdienst in den Fabriken suchten, die diese, wenn man bloß

die Tageszeit zur Arbeit benutzt hätte, nicht gefunden haben würden. Gegenwärtig haben die Fabriken Mangel an Arbeitern und deshalb wird auch in den Fabriken nicht mehr Nachts gearbeitet mit ganz wenigen Ausnahmen. Man nimmt natürlich lieber frische, von der Nachtruhe gestärkte Arbeiter, welche besser vorwärts kommen, weder am Stoff, noch an der Maschine etwas verderben, bessere Waare liefern etc. Auch sind Heizungs- und Beleuchtungskosten in Anschlag zu bringen. Dagegen gibt es eine große Zahl von Spinnereien, in welchen ein dringendes Bedürfnis vorhanden ist, zuweilen Abends über die gewohnte Zeit arbeiten zu lassen, weil wegen Wassermangels am Tag nicht gearbeitet werden konnte. Gerade bei der Sihl, die so viele Fabriken des Kantons Zürich treibt, kommt es nicht selten zur Winterszeit vor, daß das Wasser am Morgen ausbleibt und erst nach Verfluß einiger Stunden eintrifft. In solchen Fällen ist das Bedürfnis vorhanden, diese veräußerten Stunden Abends wieder einzubringen. Ferner können Reparaturen am Haupttriebwerk, an den Kanälen etc. die Nachtarbeit erfordern, um nicht Hunderte von Arbeitern Wochen lang feiern zu lassen. Den Fabrikbesitzern sollte in dieser Hinsicht zugetraut werden, daß sie hiemit keinen Mißbrauch treiben. Es wäre sehr fatal für sie, wenn sie durch bindende Vorschriften gehemmt würden. Serner Wassermangel kann oft so plötzlich eintreten und wieder verschwinden, daß man nicht von einer Behörde zur andern laufen kann, um ausnahmsweise Bewilligung zu Ueberstunden oder zur Nachtarbeit einzuholen.

Ueberhaupt würden die Ausnahmen, welche selbst von denen, die ein Verbot der Nachtarbeit empfehlen, für unentbehrlich erklärt werden, das ganze Gesetz beeinträchtigen. Besser kein Gesetz, als eine fortgesetzte Verletzung desselben durch Ausnahmen, wodurch die in einer Republik am wenigsten entbehrliche Achtung vor dem selbst gegebenen Volksgesetze untergraben und einer verschiedenartigen Behandlung und Begünstigung einzelner

Persönlichkeiten, sowie einer Eigenmächtigkeit der Gemeindebehörden Thür und Thor geöffnet wird. Wenn man nun endlich noch einwendet, daß ohne Gesetz unfreie Zustände für einen Theil der Staatsangehörigen entstehen könnten, so ist diese Gefahr mit andern Freiheiten ebenfalls verbunden. Eine kontrolirte und beschränkte Presse ist schon vielen Staatsbürgern bequemer und zweckmäßiger erschienen als eine freie Presse; allein das Volk hält trotzdem an der Pressfreiheit fest, weil das Leben gewisse Nachtheile jeder Freiheit schon selbst korrigirt. Man vertraue, daß auch die Abhülfe einzelner Uebelstände des Fabriklebens in dem Fortschritt der Zeit und der Industrie, in der wachsenden Einsicht der Unternehmer, in der erhöhten Bildung und dem Zusammenhalten der Arbeiter, in dem einträchtigen Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und endlich auch in der überall wachsamten öffentlichen Meinung und Volksstimmung liegt. Die Freiheit der Verfügung über die Arbeitskräfte mag einem Theil der Fabrikarbeiter nur als ein fahler Formalismus, als ein doctrinäres unbrauchbares Prinzip erscheinen, für einen großen Theil ist sie ein sehr reelles Gut und für die Gesamtheit des Staates bleibt sie die Hauptgrundlage der Volkswohlfahrt. Die Fabrikzustände im Kanton Zürich sind nicht der Art, daß man dieses Gut einer großen Classe erwachsener Arbeiter geschädigt konfisciren muß!

3) Fabrikinspektionen.

Der Vorschlag von Fabrikinspektionen, welche im Kanton Zürich durch das Fabrikgesetz von 1859 eingeführt worden sind, stieß anfänglich auf einen großen Widerspruch der Fabrikanten, welche darin eine vexatorische Maßregel, ein durchaus ungerechtfertigtes Mißtrauen gegen die Fabrikherrn und eine Quelle von häufigen Widerwärtigkeiten und Streitigkeiten erblickten. Man erklärte, daß die Gemeindschulpfleger die geeignetsten Behörden zur Ueberwachung des Fabrikgesetzes seien, daß für wichtigere

Uebertretungen die Gerichte da seien und man mithin kein Bedürfnis nach neuen ständigen Beamten habe. Man entschied sich trotz dieser Einwendungen für das Institut, weil die Vollziehung des frühern Gesetzes mangelhaft gewesen war und man bei der Stellung der Fabrikherrn in den Gemeinden auf keine prompte Exekution des Gesetzes von Seiten der Gemeindebeamten zählen zu können glaubte; weil man ferner schon der Konkurrenzverhältnisse wegen das Bedürfnis nach einer einheitlichen Vollziehung des Gesetzes und nach Hinzuziehung sachverständiger, mit den Verhältnissen der Industrie vertrauter Personen empfand. Man dachte sich übrigens von Anfang an unter den Fabrikinspektoren sachverständige Männer, welche das Zutrauen der Fabrikanten und der Arbeiter verdienen und an die sich die einen wie die andern zu wenden hätten. Dieselben sollen nicht blos Vertreter der Arbeiter sein und als solche eine feindselige Stellung gegen die Fabrikherrn einnehmen, sondern sollen auch die Interessen der Letztern und der Industrie überhaupt wahrnehmen und nach beiden Seiten vermittelnd und wohlthätig wirken. In diesem Geiste sind denn auch die bisherigen Fabrikinspektionen im Kanton Zürich gehandhabt worden. Die Mittheilungen der Resultate derselben S. 39 — 43 zeigen, auf welche Punkte sich die Untersuchungen erstreckten. Die bisherige Handhabung der Inspektionen wurde im Schoße der Commission von keinem der darin anwesenden Fabrikanten angefochten, nur wurde ein Fall mitgetheilt, daß ein Spinnereibesitzer einen Fabrikinspektor, der zugleich sein Concurrent war, mit Erfolg zurückgewiesen, die übrigen Mitglieder der Inspektion indessen bereitwillig aufgenommen habe. Im Uebrigen wurde bemerkt, daß mancher Fabrikbesitzer mit Rücksicht auf die Inspektionen vielleicht bessere Vorkehrungen in sanitärischer Hinsicht getroffen habe, daß man einen Ehrenpunkt darin erblicke, gute Einrichtungen zeigen zu können, daß es auf gewisse, namentlich unerwachsene Arbeiter günstig und ermunternd einwirke, zu sehen, daß man ihre In-

teressen zu fördern und die Kinder zu schützen wünsche. Ferner erwähnte ein Fabrikant, daß man Aufseher, Werkführer und Meister zuweilen durch Hinweis auf die Inspektion ansporne, ihre Pflichten, namentlich auch in Betreff der Annahme von nicht schulpflichtigen Kindern und ihrer Behandlung, gewissenhaft zu erfüllen. Von einer andern Seite wurde betont, daß die Fabrikinspektionen für handelspolitische und statistische Zwecke nützliche Dienste leisten könnten. Endlich sprachen mehrere Mitglieder den Wunsch aus, daß die Inspektionen im Interesse der Kinder auch auf manche andere Werkstätten und auf die Hausindustrie ausgedehnt werden möchten, da sie da recht oft viel nothwendiger seien. Man berichtete, daß Mädchen, die kaum aus der Alltagschule entlassen seien, zuweilen vom frühen Morgen bis in die späte Nacht am Webstuhl beschäftigt würden und daß in Folge dessen so viel Fälle von Schwindsucht vorkommen, und man gab anheim, den Schulpflegern, die in dieser Hinsicht schon jetzt Recht und Pflicht hätten, sich einzumischen, einen Rückhalt an den Fabrikinspektoren zu geben. Bei näherer Erörterung dieser Vorschläge vergegenwärtigte man sich jedoch, daß eine weitere Ausdehnung der Inspektionen auf Nichtfabriken doch als ein zu gefährlicher Eingriff in Privat- und Familienverhältnisse erscheine. Es lassen sich leider außerhalb der Fabriken oft weit mehr sociale Uebelstände bemerken, unter denen Kinder und Erwachsene leiden müssen. Wie manche Frau muß noch kurz vor ihrer Niederkunft hart auf dem Feld arbeiten oder am Webstuhl sitzen! Man hat Thierschutzvereine und hätte Menschenschutzvereine oft noch weit nöthiger. Allein das bürgerliche Leben der Schweiz würde Inspektionen, die in Familien eindringen, nicht ertragen und sich nicht polizeilich kontroliren lassen. Man muß vertrauen, daß Kirchen-, Schul- und Gemeinde-Pflegen und gemeinnützige Gesellschaften ihre segensreiche, das Volk erziehende Wirksamkeit in dieser Hinsicht immer weiter ausdehnen und im Bunde mit der wachsenden geistigen und sitt-

lichen Bildung dazu beitragen werden, eine öffentliche Meinung, eine Volksfittte und Volksjury heranzubilden, welche solche harte-herzige Behandlung und Ausnützung der Arbeitskräfte von Kindern und Frauen öffentlich an den Pranger stellt.

Aus den zuletzt erwähnten Gründen glaubte man auch auf die Fabrikinspektionen kein großes Gewicht legen zu dürfen, weil man die Mittel zur Abhülfe von Uebelständen des Fabrikwesens mehr im Volke selbst und seinem Leben als in den Regierungen und in Gesezen suchen muß. Die Inspektionen haben in mancher Hinsicht gut gewirkt; allein der in der Commission anwesende Fabrikinspektor erklärte selbst, daß es nicht nothwendig sei, noch tiefer einzudringen, und er auch eine Ausdehnung auf Nichtfabriken widerrathe. Er bemerkte ferner, daß man auch Arbeiter befragen solle, daß aber gewöhnlich unter 50 Klagen von Arbeitern über ihre Behandlung 40 unbegründet gefunden worden seien.

4) Günstigere Gestaltung der Lohnverhältnisse.

a) Taglohn oder Stücklohn? Die Lohnverhältnisse der Fabrikarbeiter sind, wie in der Commission fast einmüthig anerkannt wurde, ein Punkt, an den die Gesetzgebung eines Staates am wenigsten rühren darf, weil er nur durch freie Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer befriedigend regulirt werden kann und weil jedes Eingreifen von oben die vielseitigen freiwilligen Versuche der Betheiligten zu Verbesserungen des gegenwärtigen Verfahrens nur stören würde. Es war erst unserm gegenwärtigen industriellen Jahrhundert vorbehalten, an die Stelle der Arbeit von Hörigen, Lohnarbeitern, Leibeigenen und Sklaven die freie Arbeit zu stellen, die überall mehr leistet, als die erzwungene, an die Scholle oder an bestimmte Personen gebundene Arbeit. Aber die Einführung der freien Arbeit beseitigte noch nicht die Tyrannei und Ungerechtigkeit der gleichmäßigen Bezahlung der faulen und fleißigen, der geschickten und ungeschickten Arbeiter. Darum war es ein gewaltiger so-

cialer Fortschritt, als man anfang, den Taglohn oder Zeitlohn mit dem Accord- oder Stücklohn zu vertauschen und mithin nicht bloß den Zeitaufwand, sondern den Arbeitsaufwand oder die wirkliche Leistung zu vergüten. Die der Arbeit innewohnende moralische Kraft wurde mit Hülfe des Stücklohns durch den Hebel des Interesses gewissermaßen aus ihrem Schlummer geweckt und einem tieferen Gerechtigkeitsgeföhle der arbeitenden Classen Befriedigung gewährt. Wer nach dem Stück bezahlt wird, geht mit der Zeit und mit dem Stoff seiner Arbeit sparsam und häushälterisch um, er hütet sich selbst und den Arbeitgeber vor Schaden, er gewöhnt sich an Pünktlichkeit und Selbstverantwortlichkeit, er erhält mehr Interesse und Freudigkeit für seinen Beruf und spornt durch die größern Erfolge seiner Thätigkeit auch die Mitarbeiter an, das Durchschnittsmaß der Leistungen zu überschreiten.

Ein Mitglied der Commission erklärte, daß der Stücklohn fast noch mehr im Interesse des Arbeitsgebers sei, als in dem der Arbeiters, da er als Fabrikant die Erfahrung gemacht habe, daß er bei Anwendung des Stücklohns um 20 % billiger producire, als früher bei Anwendung des Tagelohns. Ein anderer Großindustrieller, welcher den Stücklohn ebenfalls für eines der wirksamsten Mittel zur Verbesserung der Lohnverhältnisse erklärte und darin bereits die gerechteste Verwirklichung des Tantièmeprinzips erblickte, hob doch daneben hervor, daß auch der Stücklohn manchmal große Ungleichheiten mit sich führe und daher bei manchen Arbeiten die Zeit wieder etwas mehr in Anschlag gebracht werden und der Stücklohn in Folge der Concurrenz nach einer gewissen Zeit reducirt werden müsse.

Die Berechnung angemessener Stücklohnsätze ist oft mit vielen Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten verbunden, aber ihre Ueberwindung macht sich für den Unternehmer ebenso bezahlt wie jede andere verständige Thätigkeit, und die Unbequem-

lichkeit sollte von den Arbeitgebern um so weniger geschenkt werden, weil es sich dabei nicht bloß um die materielle, sondern auch um die moralische Hebung zahlreicher Arbeiter handelt.

b) Monatliche, 14tägige oder 8tägige Löhnung? Während in Betreff der Vorzüge des Stücklohns vor dem Tagelohn keine Meinungsdivergenz in der Commission herrschte, veranlaßte die Frage, wann der Lohn ausbezahlt werden solle, eine um so lebhaftere Debatte. Ein Theil der anwesenden Fabrikanten erklärte die Ablöhnung in je 4wöchentlichen Fristen für zweckmäßiger, weil viele Arbeiter ökonomischer würden, wenn sie nicht zu oft größere Summen Geldes in die Hände bekommen. An jedem Montage nach einem Zahltag pflege auch die Arbeit unordentlicher zu sein, man müsse daher auch schon vom Standpunkte der Concurrenz und im Interesse der Production wünschen, daß die verführerischen Gelegenheiten zu vielen Geldausgaben für die Arbeiter vermindert würden. Für flotte, verschwenderische Arbeiter seien 4wöchentliche Zahltag eine Wohlthat, und gute Arbeiter, die ihren Lohn zusammenhalten, würden dadurch nicht genirt. Man solle nur die Frauen der Arbeiter fragen, dieselben würden gewiß alle die 4wöchentlichen Zahltag vorziehen. Uebrigens seien die Arbeiter selbst in diesem Punkte sehr getheilter Ansicht. Ein größerer Fabrikant, der mehr als 800 Arbeiter in seinen Etablissements beschäftigt, theilte mit, daß seine Arbeiter vor 10 Jahren selbst den Wunsch ausgesprochen hätten, alle 4 Wochen bezahlt zu werden, später hätten sie petitionirt, alle 14 Tage den Lohn zu erhalten und in neuester Zeit werde von ihnen wieder die Auslöhnung in 4wöchentlichen Zwischenräumen vorgezogen. Für den Fabrikanten sei es ziemlich gleichgültig, weil er bei 4wöchentlicher Auslöhnung an jedem Zahltag häufig Vorschüsse auf den Lohn zu gewähren habe.

Der größere Theil der Commission war für Einführung 14tägiger Zahltag, ein Theil für wöchentliche Zahltermine.

Nach dem jetzt bestehenden System schießt der Arbeiter dem Kapitalisten den Werth seiner Arbeitskraft vor, er läßt die Arbeit vom Käufer consumiren, bevor ihr Preis bezahlt ist; überall creditirt mithin der Arbeiter dem Unternehmer. Dies Creditiren kann beim Bankerott des Unternehmers oft zu sehr reellen Verlusten der Arbeiter führen und man sollte dasselbe daher überall lieber einschränken als ausdehnen. Der Hauptgrund für eine kurze, mindestens 14tägige Ablöhnung ist der, daß die Arbeiter dadurch viel besser in den Stand gesetzt werden, billiger einzukaufen, ihre Einnahmen und Ausgaben auf kurze Termine sicher zu berechnen und überhaupt ihre Verhältnisse zu übersehen, während sie sich in 4 Wochen über ihre Situation viel leichter täuschen. Man darf nicht vergessen, daß die Mehrzahl der Arbeiter doch zur ärmern Volksklasse zählt und bei vierwöchentlichen Zahltagen zum Vorgen für vier und mehr Wochen gewissermaßen gezwungen wird. Die Consumvereine haben in neuerer Zeit dieser üblen Gewohnheit, auf Borg zu leben, sehr wirksam entgegengewirkt; allein sie fordern Baarzahlung und es liegt im Interesse der Arbeitgeber selbst, ihren Arbeitern diese Baarzahlung und Betheiligung an Consumvereinen zu ermöglichen, und sie dem immerwährenden Schuldenmachen ohne Buchführung zu entreißen. — Es ist nicht gerathen, wegen einiger verschwenderischer Arbeiter die große Zahl der guten ansässigen Familienväter leiden zu lassen. Uebrigens ist die Versuchung zur Verschleuderung des Lohnes viel stärker, wenn nach längeren Terminen die Lohnauszahlung eine größere Summe Geldes in die Hände der Arbeiter bringt, als wenn sie durch die größere Häufigkeit des Abrechnens, des sog. frischen Tischmachens, auch vermehrte Gelegenheit erhalten, sich ans Rechnen und Vorsorgen zu gewöhnen und den so häufig fehlenden wirthschaftlichen Sinn sich anzueignen. Je schneller sich eine Rechnung schließt, um so eher wird sie geregelt. Je kürzer die Termine sind, in denen

eine Haushaltung geordnet sein muß, um so weniger ist sie gefährdet.

Aus diesen Gründen glaubte die Majorität der Commission eine 14tägige Ablöhnung im Interesse der Arbeiter empfehlen zu müssen, dagegen wurde eine Regulirung dieser Art der Lohnzahlung durch das Gesetz fast einmüthig widerrathen, weil manche Arbeiter erfahrungsmäßig eine vierwöchentliche Lohnzahlung vorziehen und weil es nicht in der Aufgabe des Staates liegen kann, solche freiwillige Vereinbarungen zu verbieten.

c) Die Betheiligung der Arbeiter am Gewinn und am Geschäft.

Die Betheiligung der Arbeiter am Gewinn und die noch weitergehende Betheiligung derselben am Geschäft in der Form der Arbeitsgesellschaft (industrial partnership) gehören jedenfalls zu den interessantesten Versuchen zur Lösung der sog. Arbeiterfrage. In der Commission wurden namentlich die in dieser Richtung getroffenen Einrichtungen in verschiedenen Etablissements des Elsaß eingehend besprochen und darauf bezügliche Statuten und Berichte vorgelegt. Nach den vom 1. April 1863 an gültigen Anordnungen des Herrn Karl Kestner für seine Fabriken in Thann, Mühlhausen und Bellevue erhalten die Werkmeister und Arbeiter außer ihrem bestimmten Taglohn, eine auf den Gewinn des Geschäfts zu erhebende jährliche Prämie (Art. 1). Diese Prämie wird (nach Art. 2) im Verhältniß des Taglohnes berechnet, je nach den in der Fabrik zugebrachten Jahren. Sie wird von dem 1. April an beginnen, welcher dem Tage des Eintrittes des Werkmeisters oder des Arbeiters folgen wird; sie besteht aus 3 Prozent für die erste fünfjährige Jahresfolge; aus 4 Prozent für die zweite, und so fort zunehmend mit 1 Procent für jede nachfolgende Serie von 5 vollen Jahren. Art. 3: Jedes Jahr, nach dem Schluß des stattgefundenen Inventariums, wird der Betrag der Prämie jedem Betheiligten

gutgeschrieben, indem man als Basis die Summe annimmt, die er in dem Jahr verdient hat, welches mit dem 1. April des vorhergehenden Jahres begonnen hat und am 31. März beendet ist. Art. 4: Die Erben eines Werkmeisters oder eines Arbeiters können ihr Recht geltend machen auf den dem Verstorbenen gutkommenden Betrag des laufenden Jahres. Art. 5: Die Prämien können nicht verlangt werden, wenn das Haus nicht hinreichenden Gewinn realisiert hat. Art. 6: Die zum Vortheil der Betheiligten eingeschriebenen Prämien, tragen einen fünfprozentigen Zins, können aber vor Verlauf von drei Jahren nicht enthoben werden; es sei denn wenn die Betheiligten mit Tod abgehen, oder das Etablissement verlassen sollten; auch in dem im Art. 7 vorhergesehenen Falle. Art. 7: Diejenigen Werkmeister oder die Arbeiter, welche gesonnen sind, ihre Ersparnisse zum Ankauf eines Hauses oder sonstiger Liegenschaften zu verwenden, können ermächtigt werden, über das durch die Prämien gebildete Kapital zu verfügen etc.

Nach den Mittheilungen eines Mitgliedes der Commission hat Herr Karl Kestner mit Hülfe solcher Anordnungen nach Verlauf der ersten 3 Jahre die dreifache Leistung im Vergleich zu früheren Jahren erzielt. Ein Drittel von Arbeitern producirt dasselbe Quantum, was früher alle Arbeiter producirt. — Bekannt sind die von Michel Chevalier angeführten Beispiele der Compagnie du chemin de fer d'Orléans, welche ihren Angestellten den anderwärts herkömmlichen festen Lohn und nach Abzug dieser Kosten sowie der Verzinsung und Amortisation des Kapitals noch 15 % vom Rest des Ertrags auszahlt; ferner das Beispiel des Pariser Stubenmalers Leclair, der nach Deckung aller Kosten und der Verzinsung des Kapitals den ganzen Gewinnüberschuß mit seinen Mitarbeitern, unter denen er selbst als Director mit einem fixen Gehalte fungirt, im Verhältniß zu den im Laufe des Jahres verdienten Lohnbeträgen theilt und im Stande war, im Jahr 1866 seinen

Arbeitern außer ihrem Lohn am Jahreschlusse noch ca. 20 % des verdienten Lohnes als Benefice auszusahlen. — Der Buchdrucker Paul Dupont in Paris, der ca. 500 Arbeiter beschäftigt, hat mit ähnlichem Glücke das Lantièmeprinzip in seinem Geschäfte eingeführt, indem er 1) 10 % des Reingewinns seinen Arbeitern bewilligt, 2) jährliche Gratificationen an sie vertheilt, welche von 1855 bis 1866 den Betrag von 171,145 Franken erreichten, 3) gute, gesunde Wohnzimmer in den von ihm erbauten Arbeiterhäusern zu alljährlich herabgesetzten Miethpreisen an sie vermietet, 4) ihre Ersparnisse zu 6 % verzinst.

Weiter wurde über die in England gemachten Versuche berichtet, die Arbeiter noch viel directer am Geschäft selbst zu theiligen, indem die Arbeitgeber ihre Unternehmungen (Fabriken, Bergwerke etc.) unter fernerer Theiligung an denselben zum Theil an ihre Arbeiter verkaufen und mit denselben eine Arbeitsgesellschaft (industrial partnership) bilden. Es bestehen gegenwärtig in England schon 20 Fabriken mit ca. 16,000 Arbeitern unter diesem System der gewerblichen Partnerschaften, und der Messingfabrikant Borchert in Berlin ist seit Anfang d. J. dem in England gegebenen Beispiele gefolgt und hat seine Fabrik im Werthe von 300,000 Thalern in eine Actien-Commandit-Gesellschaft verwandelt und fürs Erste $\frac{1}{5}$ der gesammten Actien seinen Beamten und Arbeitern überlassen, während er mit den übrigen $\frac{4}{5}$ theiligt bleibt. Wenn das eine Fünftel in den Besitz der Arbeiter übergegangen sein wird, so soll ihnen ein zweites Fünftel auf dieselbe Weise zugänglich gemacht werden. Der Inhaber des Etablissements hat sich die Leitung des Ganzen bis auf Weiteres vorbehalten mit der Absicht, seinen späteren Associés, resp. einem Ausschuss derselben Gelegenheit zu geben, die Direction eines großen Fabrikwesens zu erlernen, um sie später selbst zu üben. Außerdem sollen sämmtliche Arbeiter (auch die Nichtactionäre) mit einer bestimmten Quote am Unternehmungsgewinn theiligt werden.

Endlich berichtete ein Mitglied der Commission noch von einem neuen in der Ausführung begriffenen Plane der gemischten Betheiligung der Arbeiter am Reingewinn und am Geschäft. Ein Unternehmer in Mühlhausen begründet eine Weberei mit seinem eigenen Kapital. Er bestimmt von dem Gewinn des Unternehmens nach Abzug der Kosten 50 % für das Kapital, 30 % für die Direction, 10 % für die oberen Angestellten, 10 % für die Arbeiter. Die Arbeiter können zugleich Anttheilhaber am Geschäfte werden, sobald sie Actien im Betrage von 1000 Franken erwerben, in welchem Falle sie ganz in derselben Weise wie der Unternehmer mit 50 % ihres eingezahlten Kapitals am Gewinne des Geschäftes participiren. Der Unternehmer vertraut, daß bei diesem Plane von den am Ertrage so wesentlich theilhaftigen Arbeitern nicht nur mehr Waare, sondern auch ein gutes Product fabricirt werden wird.

Alle im Vorstehenden erwähnten neuen Formen von Unternehmungen gehören zu den beachtenswerthen praktischen Versuchen zur Lösung der Arbeiterfrage, an denen unsere industrielle Gegenwart so sehr reich ist. Jeder neue Versuch auf diesem Gebiet pflegt mit einem entschuldbaren Enthusiasmus begrüßt und zuweilen als die wirkliche Lösung der socialen Frage gepriesen zu werden. Man kann indessen nicht oft genug daran erinnern, daß es kein Universalmittel zur Beseitigung des Nothstandes giebt und daß bei der riesigen Aufgabe, die große Masse der Bevölkerung zu einer höhern Wohlfahrtsstufe emporzuheben, die nüchternste Prüfung aller erschwierenden Verhältnisse nöthig ist, damit nicht das Reformstreben selbst durch bittere Enttäuschungen gelähmt werde. Im Schoße der Commission wurden denn auch zunächst von mehreren anwesenden Fabrikanten eine Reihe praktischer Bedenken und Schwierigkeiten hervorgehoben, um nachzuweisen, daß die Betheiligung der Arbeiter am Reingewinn oder am Geschäft noch keineswegs die absolute Gerechtigkeit repräsentire und überhaupt nur in besondern Fällen je nach dem Charakter

der Unternehmung und der leitenden Persönlichkeiten oder je nach der individuellen Lage der Arbeiter anwendbar und empfehlenswerth sei.

Man wendete zunächst ein, daß eine wahre gerechte Tantième niemals zu erreichen sei, denn der Vertheilungsmodus nach der Höhe des verdienten Lohnes verbessere gerade die Verhältnisse der schlecht bezahlten Arbeiter zu wenig. Am besten sei es, mit den Löhnen so hoch zu gehen, als nur möglich. Wenn man den Taglohn verkürze, so könne man wohl am Jahreschlusse Tantiëmen auszahlen; allein den Arbeitern sei ein sicherer, etwas höherer Tage- oder Stücklohn viel lieber als ein verkürzter täglicher Lohn und eine unbestimmte Tantième am Jahreschlusse. Ein Fabrikant bemerkte: er habe nach Auszügen aus den Lohnregistern ermittelt, daß der Durchschnittslohn der Arbeiter in seinen Fabriken vor 15 Jahren Fr. 1. 80 und jezt Fr. 2. 50 sei. Eine solche feste Lohnsteigerung solle vor Allem angestrebt werden, da der Arbeiter dabei seine Verhältnisse am klarsten überschauen und seine Wirthschaft am rationellsten einrichten könne. Der Antheil am Geschäft lasse sich hauptsächlich durchführen in Geschäften wo à façon gearbeitet werde, wo wenig Arbeiter beschäftigt seien und wo nicht viel Wechsel von Arbeitern sei. Nun gebe es aber in großen Fabriken einen beständigen Wechsel von Arbeitern. Man habe Leute aus allen Ländern, die oft nur 2, 3, 6 oder 8 Monate arbeiten und dann wieder fort gehen, die also der Tantiëmen nicht theilhaftig würden und denen man doch ebenfalls einen ihren Leistungen entsprechenden, möglichst hohen Lohn schuldig sei, weil sie oft in ganz gleicher Weise wie die ansässigen Arbeiter zur Blüthe des Geschäfts beigetragen haben. — Ein anderer Fabrikant theilte mit, daß man in seinem Etablissement schon seit 1853 eine Art Tantième in Form von Neujahrsgeschenken an verdiente Arbeiter und Arbeiterinnen bis zur Höhe von 500 Franken jährlich eingeführt habe; da sei die traurige Baumwoll-

krißis eingetreten, die Unternehmer hätten Verluste erlitten und den Arbeitern am Jahreschlusse erklärt, daß sie keine Neujahrs-geschenke vertheilen könnten. Die Arbeiter hätten geäußert, daß sie doch in dem verflossenen Jahre gleichviel gearbeitet hätten, als in früheren Jahren und daß sie lieber einen festen Lohn erhalten wollten. Von da an zahle man ihnen einen um das frühere Neujahrs-geschenk erhöhten Lohn aus und kein Arbeiter habe wieder nach einer Tantième verlangt. Es thue dem Arbeiter zu weh, auf etwas verzichten zu müssen, worauf er das ganze Jahr hoffe, man solle es daher dem Arbeitgeber überlassen, seine Leute so zu stellen, daß sie genau wissen, wie viel sie verdienen können.

Weiter wurde bemerkt, daß das System der Prämien sich für chemische Etablissements, wie die des Hrn. Karl Kestner eigne, wo die sorgfältigste Beobachtung des ganzen Processes zur Erzielung guter Producte nothwendig und mithin ältere Arbeiter dem Etablissement besonders nützlich seien, weshalb die dort vertheilte Tantième eine Lohnerhöhung nach der Dienstzeit sei; daß man ferner auch in großen Tapeten- und Papierfabriken, wo von der Intelligenz der Arbeiter Alles abhängt, das Tantièmeprinzip mit Erfolg anwende, daß sich dasselbe aber für eine Masse von Geschäften nicht eigne und man durch eine allgemeine Empfehlung leicht Unzufriedenheit erzeugen und socialistischen Irrthümern Vorschub leisten könne.

Weiter sei zu bedenken, daß schon in Geschäften mit wenigen Antheilhabern häufig Verwicklungen und Streitigkeiten vorkommen, welche die gehässigste Form annehmen können, Conflicte, von denen die Prozesse an den Handelsgerichten Zeugniß ablegen. Aehnliches sei bei Betheiligung zahlreicher Arbeiter am Gewinn zu befürchten. Arbeiter mit Anspruch auf Tantième würden auch ihre Meinung abgeben und die Operationen des Geschäftes kritisiren wollen. Dies könne zu Streitigkeiten führen, welche den Credit des ganzen Geschäftes gefährden. So lange

ein Geschäft noch nicht ausgebaut sei, noch nicht auf eigenen Füßen stehe und viel Credit in Anspruch nehmen müsse, lasse sich eine Theilhaberschaft im großen Sinne nicht durchführen, weil sie ein Hinderniß der weitem Ausdehnung des Etablissements werden würde. Ein einziger ehrgeiziger Kopf und die Kurzsichtigkeit der übrigen Theilhaber könne ein Geschäft rückwärts statt vorwärts bringen. Anders sei es in ganz gesicherten, fertigen Etablissements, an denen man Arbeiter eher theiligen könne.

Anlangend nun speciell das System des Antheils am Geschäft, der gewerblichen Partnerschaft, so erscheint es noch am wenigsten bedenklich in Geschäften, welche einen einfachen Charakter haben, leichter zu übersehen sind, sich in blühender Finanzlage befinden, von einem vorsichtigen Dirigenten geleitet werden und nicht vorwiegend auf unsichern ausländischen Absatz und auf Spekulation in Rohstoffen angewiesen sind, während sich für die Arbeiter eine Betheiligung dann empfehlen kann, wenn sie sich bereits in einer materiell etwas selbstständigeren Stellung befinden oder schon eine höhere Rangstufe im Geschäft einnehmen und lange genug darin thätig gewesen sind, um den Geschäftsgang übersehen und controliren zu können.

Dagegen ist davor zu warnen, in dem System der gewerblichen Partnerschaft ein erprobtes sociales Heilrecept und den Stein der Weisen zu erblicken. Die meisten industriellen und commerciellen Unternehmungen bieten auch große Verlustchancen, die ein reicherer Kapitalist mit der Aussicht auf günstigere Jahre wohl laufen kann, während für die Ersparnisse der Armen eine sichere Anlegung immer vorzuziehen sein wird.

Die Erfahrung lehrt, daß ein sehr hoher Procentsatz aller jetzt bestehenden Fabriken früher schon einmal ruiniert war und erst unter späteren Inhabern, die sie billiger erwarben oder welche das hohe Lehrgeld der Begründer nicht zu zahlen brauchten, zur Blüthe gelangten. Insbesondere haben viele industrielle

Actiengesellschaften sehr schlechte Geschäfte gemacht. Die beiden einzigen großen Fabriken des Kantons Graubünden, die Baumwollspinnerei in Chur mit einem Actiencapital von 1,600,000 Franken, und die Wollspinnerei in Truns haben im Zeitraum weniger Jahre ihr ganzes Actiencapital verloren. Schon Adam Smith hebt in seinem Buche über den Nationalreichthum hervor, daß die Actiengesellschaften sich für solche Geschäfte empfehlen, deren regelmäßiger Ertrag mit Sicherheit vorausberechnet werden kann, daß man aber mit ihrer Anwendung sehr vorsichtig sein müsse, wenn gewagte Unternehmungen ausgeführt werden. Diese Mahnung ist in erhöhtem Maße da berechtigt, wo es sich darum handelt, die Arbeiter mit ihren kleinen Ersparnissen zur Betheiligung am „Gewinn und Verlust“ heranzuziehen.

Wer im gewöhnlichen Leben Actien kauft, an die sich Gewinn und Verlust knüpfen, verwendet dazu, wenn er ein verständiger Mann ist nur einen Theil seines Vermögens und wird nicht leicht mit seiner ganzen Leistungsfähigkeit und Kapitalkraft für ein einzelnes Unternehmen eintreten.

Nun kann man zwar einwenden, daß die Arbeiter, sobald sie Antheilhaber geworden sind, an der Leitung des Geschäfts und an der Dividende participiren und dadurch für das „Wagniß“ reichlich entschädigt werden; allein man wird nicht einmal wünschen können, daß die Arbeiter von dem Rechte der Betheiligung an der Leitung einen ausgedehnten Gebrauch machen, weil es ihnen an der nöthigen Geschäftskennntniß und kaufmännischen Uebersicht fehlt, und weil der beste und geschickteste Arbeiter vielleicht der schlechteste Rathgeber sein wird. Jede Vielköpfigkeit der Leitung, welche die Raschheit der Entschlüssen und die geschickte Benützung plötzlicher Conjunctionen erschwert, kann einem Fabrikunternehmen weit mehr schaden, als ihm der erhöhte Fleiß von 100 Antheilhabern nützen kann.

Ferner ist bei dem System der gewerblichen Partnerschaft zu bedenken, daß doch nur eine sehr kleine Zahl der Arbeiter

davon profitiren kann und daß sich mit Bezug auf die Zurückziehung des Kapitals für beide Theile unangenehme Schwierigkeiten ergeben können. Die solidesten Arbeiter pflegen überall darauf auszugehen, sich nach und nach etwas Grundbesitz und ein eigenes Haus zu verschaffen, um sich mit der Zeit unabhängiger zu stellen und dabei auch für die Frauen einige Beschäftigung zu haben, welche die Versorgung der Kinder nicht gänzlich ausschließt. Es kann nun für ein Etablissement mit vielen Geschäftsanteilen der Arbeiter sehr unbequem werden, wenn es jeden Augenblick Kündigung eines Theiles derselben gewärtigen muß; umgekehrt aber könnte eine Beschränkung dieses Kündigungsrechtes den Arbeiter vielleicht der günstigsten Gelegenheit zum Ankauf von Grundbesitz berauben.

Ueberhaupt wird dem Arbeiter die Erwerbung jedes Papiers, das ihm seine freie Beweglichkeit nimmt oder ihn an der Auffuchung günstiger Arbeitsbedingungen hindert, zu widerrathen sein.

Ferner können beim Erwerb der Antheilscheine Unterschleife vorkommen. Die Arbeiter kommen in Versuchung, Gelder zu entleihen und sich in Schulden zu stürzen oder überhaupt nur als Colporteur und Makler zum Vertrieb der Actien zu dienen und sich in eine Art Spekulationsfieber oder Börsenspiel zu stürzen, was sie in der ruhigen Arbeit stören muß. Endlich läßt sich das System der gewerblichen Partnerschaft auch sehr leicht von gewissenlosen Unternehmern ausbeuten, um ein schlecht rentirendes Geschäft an die Arbeiter zu verkaufen oder um mit Hülfe ihrer Ersparnisse über größeres Capital verfügen und gewagte Geschäfte ausführen zu können. Uebrigens können selbst gewissenhafte Unternehmer ihre Arbeiter durch Actienbetheiligung ins Unglück bringen. Ein Mitglied der Commission berichtete, daß vor einigen Monaten ein großes süddeutsches Etablissement, das bisher sehr gut gestanden habe, mit einem Verlust von 400,000 Gulden für die Debitoren zu Grunde gegangen sei. Hätte man

nun die Arbeiter im letzten Jahre zu Actionären dieser Fabrik aufgenommen, so würde alle Welt gesagt haben, daß böser Wille und Betrug vorliege, während doch große Verluste auch ohne Schuld der Unternehmer vorkommen.

Aus allen diesen Gründen wird man wohl vorläufig in den meisten Fällen von einer Betheiligung der Arbeiter am Verlust möglichst abstrahiren und etwa dahin streben müssen, die Chancen besonders glücklicher Jahre mit den Arbeitern zu theilen und die Vertheilung eines Theils vom Reingewinne als eine Art Lohncorrectur und zugleich als Aufmunterung zu benutzen. Eine Betheiligung am Verlust wird in vielen Geschäften für Arbeiter und untere Angestellte ganz unthunlich sein. So hat z. B. die St. Galler Versicherungsgesellschaft „Helvetia“ im vorigen Jahr in der Transportversicherung glänzende und in der Feuerversicherung sehr schlechte Geschäfte gemacht, in der einen Branche 40 % und in der andern gar keine Dividende vertheilt. Wie nun, wenn etwa untere Beamte, anstatt ihre Gehalte zu beziehen, in schlechten Jahren noch Zuschüsse leisten müßten?

Trotz der im Vorstehenden zusammengestellten Einwendungen und Bedenken fand doch das Princip der Betheiligung der Arbeiter am Gewinn und am Geschäft nicht allein von theoretischer, sondern auch von praktisch-geschäftlicher Seite entschiedene Fürsprache. Man hielt es nicht für geeignet, die wichtige Frage durch eine Abstimmung zu entscheiden und erblickte überhaupt die Aufgabe der Commission weniger in der Fassung von Beschlüssen, als in einer Beleuchtung aller Gesichtspunkte und Gründe für und wider, deren geistige Verarbeitung dem Referenten zu übertragen sei, mit der Anheimgabe, die geführten Untersuchungen und Verhandlungen als Material zur Motivirung seiner eigenen Ansichten zu benutzen.

Referent glaubt nun, die Anschauungen der Majorität etwa unter folgenden Sätzen zusammenfassen zu dürfen: Die Bethei-

ligung der Arbeiter am Gewinn oder am Geschäft ist nicht etwa bloß ein theoretisches Princip, sondern eine schon vielfach in der Praxis angewendete und bewährte Form geschäftlicher Unternehmungen, die den Zweck hat, die Arbeiter nicht bloß durch Gewährung bestimmter Löhne, sondern noch durch weitere, über den Lohn hinausgehende Leistungen von Seiten des Geschäfts für das Gedeihen des Etablissements zu interessiren und ihren Fleiß, ihre Intelligenz, ihre Ordnungsliebe, ihren guten Willen, mit einem Wort die moralische Kraft der Arbeit anzu-
spornen. Wer am Gewinn theilhaftig oder Inhaber einer Actie des Geschäfts ist, wird durch erhöhte Thätigkeit und durch die in seinem eigenen Interesse geübte Aufsicht und Controle über die Mitarbeiter dem Geschäfte viel Aufsichtskosten ersparen, wird mit den Werkzeugen und Maschinen, Roh- und Hilfsstoffen sorgfältiger umgehen, wird ein größeres Quantum und eine bessere Qualität von Producten zu erzeugen suchen. Dadurch wird der Ertrag der Fabrik gesteigert, größere Lust und Freudigkeit zur Arbeit erzeugt, der Sinn für Selbstständigkeit und Selbstverantwortlichkeit gefördert und überhaupt der sittliche genossenschaftliche Geist des Fabrikpersonals im Ganzen gehoben, worin schließlich doch immer die Hauptbürgschaft industrieller Erfolge liegt. Alle Formen der Unternehmung, welche die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sei es nun bloß materiell oder auch formell und juristisch zu Mitarbeitern machen, werden die hier und da noch vorhandene Kluft zwischen Fabrikherr und Arbeiter ausfüllen. Arbeitseinstellungen und Streitigkeiten werden dadurch leichter vermieden. Viele Fragen über Verkürzung der Arbeitszeit, Normirung der Löhne, Errichtung von Kranken-, Alters- und Unterstützungskassen zc. können so auf freundschaftlichem Wege gelöst werden, und die Unternehmer können dadurch leichter einen festen, mit dem Etablissement fest verwachsenen Stamm von Arbeitern heranbilden. Der Gedanke, welcher dem Princip der Theilhaftigkeit der Arbeiter am Gewinn zu Grunde liegt, ist ge-

sund und richtig. Die Anwendung ist hundertfältig. Man kann kein Modell aufstellen, das sich überall nachahmen läßt und keine einfache Formel für den Ausdruck des Gedankens finden. Das Princip verwirklicht sich, wie die concreten Verhältnisse es bedingen und ermöglichen; allein es kann sich in veränderter Weise überall verwirklichen, sobald man es der Natur des Geschäfts anpaßt. Der Stücklohn nähert sich der Verwirklichung des Principes weit mehr als der Tagelohn; allein die Frage wird dadurch noch nicht erledigt. Der tägliche Arbeitslohn eines Arbeiters regulirt sich durch Concurrenz und Gewohnheit, und läßt sich auf die Dauer nicht willkürlich verkleinern. Darüber hinaus kommt das, was man unter Tantième versteht. Man kann an diesem Tantième-Princip viele Schwierigkeiten der Durchführung entdecken und man muß einräumen, daß es keine absolute Gerechtigkeit repräsentirt; allein man darf die Gerechtigkeit nicht auf eine Nadelspitze stellen wollen und muß bedenken, daß die Gewährung einer Tantième überhaupt nicht als Rechtspflicht, sondern eines Theils als eine Sache der Klugheit, Berechnung und Billigkeit, andererseits als eine Herzenssache und sittliche Pflicht gegen thätige Mitgehülfsen und Mitschöpfer des Wohlstandes aufgefaßt werden muß. Die meisten praktischen Versuche auf diesem Gebiete verdanken ihren Ursprung dem humanen christlichen Sinne der Unternehmer, welche sich innerlich verpflichtet fühlten, im Glück zunächst derer zu gedenken, die zu ihrem Wohlstande am meisten beigetragen hatten. Es widerstrebte ihrer Demuth, das was sie erspekulirt hatten, als ihr eigenes Verdienst und heiliges Eigenthum aufzufassen, sie wollten etwas abgeben an diejenigen, welche ihnen zuvor gegeben hatten; denn mancher Arbeiter hatte mehr geliefert, als seinem Lohn entsprach, weil er auch mit dem Gewissen bei seiner Arbeit gewesen war und absichtlich die Interessen seines Arbeitgebers besonders treu gefördert hatte. Solcher Treue und Extraleistung des Arbeiters gebührte auch eine Gegenleistung des Arbeitsherrn. Wo nun der einzelne treue

Arbeiter nicht herausgefunden werden konnte, betrachtete man die Gesamtheit als pflichtgetreu und weckte dadurch das Ehrgefühl Aller. Fortan wurde nun in einer Gemeinschaft arbeitender Menschen nicht allein der Gedanke an den Lohn, sondern auch das Gefühl der Pflicht zu einer Quelle höherer Leistungen. Demuth und Liebe des Unternehmers erweisen sich also in der That auch als die besten geschäftlichen Tugenden. Was den Vortheil der Arbeiter dauernd fördert, erhöht auch den Gewinn des Arbeitgebers. Der Arbeiter betrachtet den Lohn als das Aeußerste, was ihm nothwendig zukommt. Die Tantième gibt ihm den Reiz des Unternehmergewinns und macht ihm das Geschäft selbst lieb und werth. Er wird aus einem Miethlinge ein Freund des Hauses und ein treuer Verwalter fremden Eigenthums, weil er darin zugleich sein eigenes Besizthum erblickt. Ein wärmeres Interesse, der Vorbote einer liebevolleren Gesinnung, verbindet ihn bald auch enger mit den Genossen seiner Arbeit, welche er als Mitschöpfer seines eigenen Wohlstandes achten lernt und deren Loos er selbst durch seine Anstrengungen zu verbessern vermag. So dienen die wirthschaftlichen Fortschritte zugleich zur Förderung brüderlicher Liebe und zur innern Veredlung der Menschheit!

Bei Anwendung des Principis der Tantième sind nun natürlich kleine Ungerechtigkeiten und Mißbräuche kaum zu vermeiden; allein man darf sich durch solche Uebenheiten, an denen jedes Princip leidet, nicht beirren lassen, neue fruchtbringende Gedanken durchführen zu helfen. Von einer Durchführung des Gedankens auf dem Wege des Gesetzes, kann, wie man in der Commission einmüthig anerkannte, nicht die Rede sein. Kein Gesetzgeber wäre weise genug, um die hundertfach verschiedenen Verhältnisse so gut zu regeln, wie es dem freien Willen und der eigenen Einsicht der Betheiligten möglich ist.

Die Gewinnvertheilung läßt sich in verschiedener Weise verwirklichen. Die eine Form ist, daß der Fabrikherr seinen

Arbeitern außer dem gewöhnlichen Tage- oder Stücklohn am Ende des Jahres gewisse Prämien nach eigenem Ermessen verspricht. Er kann aber auch weiter gehen und bestimmte Procente des Reingewinns nach Verhältniß des Arbeitslohnes oder nach Verhältniß der Dienstzeit versprechen, oder er kann zur förmlichen Cooperation und Arbeitsgesellschaft übergehen und seinen Arbeitern erklären, daß er sie als gleichgestellte Leute und sich selbst als Geschäftsführer mit festem Gehalte betrachten, und am Jahreschlusse nach Abzug der Kosten des Capitals societätsmäßig den Ertrag der Unternehmung mit ihnen theilen wolle.

Anlangend die Bilanz, so kann sich der Unternehmer jede Controle verbitten oder in die Bestellung einer Vertrauens-Commission der Arbeiter willigen. Die Actiengesellschaften müssen ja schon jetzt alljährlich ihre Bilanzen veröffentlichen. Die Fabrikbesitzer haben ferner dem Staate gegenüber bereits die Verpflichtung, ihre Geschäftslage zum Zweck der Besteuerung anzugeben. Es ist für das allgemeine Interesse nicht gefährlich, wenn die Wahrheit möglichst überall ans Licht tritt und der falsche Schein, in den sich Creditbedürftige gern einhüllen, nicht begünstigt wird. Die Beamten müssen es auch ertragen, daß das Publikum die Höhe ihres Gehaltes kennt.

Eine andere Frage, welche sich aufdrängt, ist die Zweckverwendung des Gewinntheils. Sie kann ebenfalls sehr verschieden sein. Der Unternehmer kann den Gewinn unmittelbar an die Arbeiter auszahlen oder für Kranken-, Alters- und Spar-Cassen, für Arbeiterwohnungen oder andere Zwecke verwenden. Eine möglichst individuelle Zweckverwendung wird in der Regel den Vorzug verdienen.

Die Begründung förmlicher Arbeitsgesellschaften oder Betheiligung der Arbeiter mit Actien am Geschäft erscheint an sich viel schwieriger als die Betheiligung der Arbeiter am Reingewinn, und Referent hat daher die Schattenseiten dieser Form industrieller Unternehmungen schärfer hervorgehoben. Der Charak-

ter und die Verhältnisse eines Geschäfts, an welchem sich Arbeiter mit Actien theilnehmen sollen, werden besonders sorgfältig zu erwägen sein. Man wird nur gereistern, materiell selbstständigen Arbeitern eine solche Theilnahme am Geschäft anrathen können; allein man darf auch nicht vergessen, daß sich viele dieser Schwierigkeiten und Bedenken durch praktische Erfahrungen und weitere Ausbildung des Systems möglicher Weise überwinden lassen, daß man vielleicht Auswege finden wird, um die Kündigung der Theilnahme von Seiten der Arbeiter ohne Schaden für das Geschäft zu erleichtern. Die Selbsthilfe der arbeitenden Classen und die öffentliche Controle kann vielleicht durch besondere Commissionen den Gefahren einer Ueberschuldung der Arbeiter durch unredliche und schon halb bankerotte Unternehmer wirksam vorbeugen. Auch liegt eine gewisse Beruhigung darin, daß die Arbeiter gewöhnlich eine sehr feine Nase haben und besser als irgend Jemand wissen, wie es mit einem Unternehmer steht, so daß wahrscheinlich nur sehr gewissenhafte, gut fundirte und für das Wohl ihrer Arbeiter aufrichtig besorgte Arbeitgeber mit solchen Plänen einer Heranziehung der Arbeiter reüssiren werden, sobald der ganze Betrieb sich für das System eignet. Im Uebrigen wird es für manche reife Arbeiter besser sein, auch einmal etwas zu wagen und sich zum Bewußtsein größerer Selbstständigkeit zu erheben, als immer in abhängiger Lage zu verbleiben. Große Probleme können nicht ohne Opfer gelöst werden und man kann nur wünschen, daß auch mit der Theilnahme der Arbeiter am Geschäft weitere praktische Versuche gemacht werden, denn selbst in unvollkommenen neuen Plänen sind oft die fruchtbarsten Keime für gesunde Schöpfungen enthalten. *)

*) Vergl. „Der Arbeitsvertrag und die Arbeitsgesellschaft, Vortrag von Dr. Engel, abgedruckt im „Arbeiterfreund“ V. Jahrgang, 2. Heft und Aufsatz über „Arbeiter=Actionäre“, von Princess Smith, abgedruckt in der „Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Culturgeschichte.“ Jahrgang 1868.

5) Die Spar-, Kranken-, Alters-, Invaliden- und andere Kassen der Arbeiter.

Die im Interesse der Fabrikarbeiter wirkenden Kassen und Versicherungsinstitute sind überaus mannigfaltig, sie dienen jedoch in großer Anzahl auch andern Berufsständen und können in der Regel um so rationeller eingerichtet werden, je weitere Kreise sie umfassen. Was zunächst die Sparkassen anlangt, so braucht ihre Bedeutung und ihre Wohlthat für alle Berufsklassen nicht weiter dargelegt zu werden. Ein Fabrikarbeiter, der für sich spart, wird auch für das Etablissement sparen und mit Werkzeugen, Roh- und Hilfsstoffen häuslicher umgehen, er wird weniger verderben und durch seine Ersparnisse in der Regel den Grund zur Ordnung, Wirtschaftlichkeit und zu geschäftlicher Tüchtigkeit legen. Mit Recht hat man daher auch von Seiten vieler Fabrikbesitzer durch Gründung von Fabriksparkassen den Sinn der Sparsamkeit zu heben gesucht. Ueberall da, wo es in einer Gemeinde bereits sichere allgemeine Sparkassen für alle Berufsstände gibt, erscheinen besondere Fabriksparkassen überflüssig, sie haben häufig den Nachtheil des Zwanges für die Arbeiter und belasten den Fabrikherrn mit Sorge und Verantwortung, ohne daß er Dank und Vertrauen dafür erntet. Die Arbeiter legen auch ihre Gelder viel lieber in die Gemeindesparkassen. Ein Zwang zu sparen, läßt sich nicht rechtfertigen, denn Sparsamkeit ist eine innere Eigenschaft und das Sparen eine moralische Handlung, zu der man nicht gezwungen werden darf. Die wohlgemeinten Versuche einzelner Fabrikanten, obligatorische Sparkassen einzuführen, sind denn auch meist fruchtlos gewesen und bald wieder aufgegeben worden, weil sie das im schweizerischen Arbeiterstande lebende Unabhängigkeitsgefühl verletzen. Hierzu kommt, daß die bessern Arbeiter ihre Gelder weit vortheilhafter verwenden, indem sie Grundstücke kaufen, die sie in jährlichen Raten abzahlen, wobei sie von dem Fabrikherrn oft durch Geldvorschüsse unterstützt werden. Ueberhaupt sollen Sparkassen

nicht Ziel und Ort definitiver Anlage von Capitalien, sondern mehr Durchgang und Mittel sein, und die Sparenden womöglich zu einer productiveren Verwendung ihrer Ersparnisse anspornen. Deshalb sind den Sparkassen ohne bestimmten Zweck auch in der Regel diejenigen Institute und freiwilligen Vereine zu gegenseitiger Hülfe vorzuziehen, welche Ersparnisse der unteren Classe zu bestimmten wirtschaftlichen Zwecken verwenden oder der Versicherung der Arbeitskraft gegen allmähliche Abnahme oder gegen vorübergehende Unfälle gewidmet sind wie z. B. Krankenkassen, Vorsorgekassen, Spar- und Konsumvereine, Vorschusskassen, Alterskassen, Invalidenkassen, Ausstattungskassen, sowie Kassen zur successiven Erwerbung eines kleinen Grundbesitzes. Sehr nachahmenswerth erscheint u. A. der bereits seit 1842 bei einem großen belgischen Etablissement verfolgte Zweck einer mit jenem Etablissement verbundenen Sparkasse für dessen Arbeiter, in welcher die Ersparnisse und Einlagen der Arbeiter hauptsächlich nur zu dem Zweck angesammelt werden, um sie successive zur Erbauung eigener Wohnhäuser und zur Erwerbung von Grundeigenthum für die Arbeiter zu verwenden. Der Begründer dieser Einrichtung, Brouckère, erblickte darin gleichzeitig eine Genugthuung und eine Bürgschaft für den Fabrikherrn. Denn von dem Zeitpunkte, wo der Arbeiter Eigenthümer wird, entsagt er dem herumirrenden Leben, er bindet sich an Heimat und Boden, er lernt sein Häuschen schmücken und lieben, er bleibt bei seiner Familie, bekümmert sich um die Erziehung seiner Kinder, während sich zugleich, besonders auf dem Lande, eine Art unauflösliehen Bandes zwischen dem Arbeiter und dem Arbeitgeber bildet. Derselbe Gedanke bezüglich der Anlage und Verwendung der Ersparnisse der Arbeiter hat auch bereits seit mehreren Jahren in Preußen bei Berg- und Hüttenwerken und bei Fabriken anderer Art Anerkennung und Geltung gefunden.

Der Einschuss von Gründungsfonds oder von Theilen des jährlichen Reingewinns in Fabriksparkassen, um den Sparern

5—8 % ihrer Ersparnisse jährlich bewilligen zu können, gehört daher keineswegs zu den rationellsten Verwendungen des Reingewinns. Es ist nicht für alle Fabrikarbeiter gleich möglich und gleich zweckmäßig, ihr Geld in Sparkassen einzulegen. Ein Familienvater, der 6 Kinder hat, verwendet seine Ersparnisse viel productiver zur Erziehung dieser Kinder; ein anderer junger Arbeiter verwendet sein Geld würdiger zur Unterstützung armer Eltern oder Geschwister; ein dritter thut besser, sein Leben zu versichern oder ein Haus mit Grundbesitz zu kaufen, oder Unterrichtsstunden zu seiner Fortbildung zu nehmen. Ferner können Arbeiter derselben Fabrik ererbte oder erborgte Summen einlegen, so daß die Extraprämien keineswegs immer den Würdigsten und Bedürftigsten zufließen.

Noch weiter verbreitet und unentbehrlicher wie die Sparkassen sind heutzutage die Krankenkassen, deren es fast in allen größern Etablissements giebt. Nach den in der Commission gemachten Mittheilungen sind diejenigen Krankenkassen, welche von den Fabrikarbeitern selbst begründet und verwaltet werden, gewöhnlich am blühendsten und segensreichsten, weil sie die Arbeiter zu gemeinschaftlichem Handeln vereinigen, ihr Selbstgefühl heben und auch Veranlassung zu einem alljährlichen frohen Feste der Abrechnung geben, das man ihnen wohl gönnen mag. In Winterthur hat man die Erfahrung gemacht, daß Arbeiter zu zwei Krankenkassen gehörten und wegen der Höhe der geleisteten Vergütungen häufiger erkrankten, wodurch auch das Bestehen der Kassen selbst gefährdet wurde.

Den Alters- und Invalidenkassen ist zur Verbesserung der Lage der Fabrikarbeiter eine viel weitere Verbreitung zu wünschen. In größerem Maßstabe wirkt in dieser Richtung im Kanton Zürich bereits die auf S. 49 erwähnte „Invalidenkasse“ für die Arbeiter der Spinnereien und Webereien im Kanton Zürich. Allein ihre Wirksamkeit sollte auf alle Classen von Fabrikarbeitern ausgedehnt werden, auch bedürfen ihre Statuten

selbst einer Reform. Aus den Mittheilungen der Zürcherischen Fabrikkommission von 1858 ist ersichtlich, daß die Herren Vogt und Wild in Rüsnacht schon im Jahr 1855 leider ohne Erfolg den Versuch machten, eine Anzahl Fabrikbesitzer zur Gründung einer größern Alterskasse für Fabrikarbeiter zu vereinigen. In ihrem dießfälligen Zirkularschreiben an die Fabrikbesitzer machten die Herren Vogt und Wild namentlich darauf aufmerksam: „daß es an der Zeit sei, für die im Dienste der Industrie durch Unglück oder Alter arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter zu sorgen; dieser Zweck werde aber durch obligatorische Sparkassen nur unvollkommen erreicht; denn die kleinen Ersparnisse seien bei Arbeitsunfähigkeit und Krankheit bald aufgezehrt und alsdann bleibe dem Arbeiter als einziges Mittel, sein Leben zu fristen, bloß noch der Bettelstab oder das Armenhaus. Besser werde durch Alterskassen für den Arbeiter gesorgt, welche dem arbeitsunfähigen Arbeiter bis ans Ende seiner Tage eine hinreichende Unterstützung verabreichen. Eine solche Kasse könne durch eine Vereinigung von Fabrikbesitzern leicht ins Leben gerufen werden. „Es ist gewiß,“ sagen die Herren Vogt und Wild, „eine heilige Pflicht, daß wir denjenigen, welche für uns arbeiten, nicht allein den Lohn reichen, damit sie leben können, sondern daß wir auch auf die Zeit Rücksicht nehmen, wo sie durch Altersschwäche oder sonstige Mißgeschicke gehindert werden, das tägliche Brod zu verdienen.“

Ueber die Verbreitung der gegenseitigen Hülfsgesellschaften im Kanton Zürich wie in der Schweiz überhaupt giebt die verdienstvolle Schrift von Dr. Kinkelin „Die gegenseitigen Hülfs gesellschaften der Schweiz im Jahr 1865“ nähere Auskunft. Es bestanden danach in der Schweiz überhaupt 632 Gegenseitigkeitsgesellschaften mit 96,003 Mitgliedern und einem Vermögen von 7,872,020 Franken. Die Einnahmen betrugen 1865 1,529,098 und die Ausgaben 1,059,418 Franken. Unter den 632 Gesellschaften befanden sich allein 402 Krankenunter-

fürhungsvereine. Die Anzahl der im Jahr 1865 erkrankten Mitglieder betrug 27,269. Die Zahl der Krankheitstage 419,191. Die Zahl der Begräbnisse 969. Es wurden 1422 Unterstützungen an Wittwen und Waisen und 1220 Pensionen vertheilt. — Auf den Kanton Zürich kamen im Jahr 1865: 89 gegenseitige Hilfsgesellschaften mit 19,257 wirklichen Mitgliedern und einem Vermögen von 848,157 Franken. Die Zahl der im Jahr 1865 erkrankten Mitglieder betrug 4965. Ferner kamen vor: 94,790 Krankheitstage, 175 Begräbnisse, 170 Unterstützungen an Wittwen und Waisen, 109 Pensionen an alte oder gebrechliche Mitglieder.

Die mitgetheilten Zahlen beweisen, wie viel Sorgen durch solche Kassen erleichtert werden konnten. Um so wichtiger ist die innere Einrichtung derselben. In dieser Hinsicht wurde von dem in der Commission anwesenden Director der schweizerischen Rentenanstalt eine sehr scharfe Kritik geübt und darauf aufmerksam gemacht, daß viele dieser Kassen insolvent seien, daß es u. A. in der Schweiz wie auch in andern Staaten außerordentlich wenig Krankenkassen gebe, die auf einer soliden Basis beruhen, weil Einnahmen und Ausgaben in keinem richtigen innern Verhältnisse stehen und es an einer mathematischen Basis der Statuten, an einer Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeitsgesetze für Erkrankungen und Sterblichkeit, an der Ansammlung einer genügenden Reserve und an andern Grundbedingungen fehle. Als Muster für Krankenkassen wurden die von Dr. Heym in Leipzig und Lazarus in Hamburg aufgestellten Bestimmungen empfohlen, die leider noch viel zu wenig Beachtung finden, weil sie von den Mitgliedern der Kassen höhere Leistungen beanspruchen und man gewöhnlich wohlfeilere Bedingungen vorzieht. Es ist eine wichtige Aufgabe der gemeinnützigen Gesellschaften, die solide Einrichtung solcher Kranken-, Invaliden- und Vorsorgekassen zu fördern. Besonders wünschenswerth ist die Durchführung des Princip's, daß die geleisteten Beiträge individuell gehalten und für

den einzelnen Arbeiter unverlierbar werden. Die verschiedenen Localkassen des Kantons sollten wie im Kanton Waadt mit einander verbunden sein und ein einziges Ganze bilden, so daß der einzelne Arbeiter nicht von dem Dienst in einer gewissen Fabrik abhängig bleibt und beim Verlassen derselben nicht seinen Anspruch verliert. Die Rechte an einer Kasse sollten individuell auf den Kopf lauten und persönlich fortdauern, so daß Jemand, der aus der Fabrikarbeit zur Landwirthschaft oder andern Berufszweigen übergeht, doch immer noch berechtigt bleibt und nicht etwa im Alter den Anspruch aus den von ihm selbst oder von seinem Arbeitgeber früher geleisteten Beiträgen verliert. Die Invalidenkasse für die Spinner und Weber des Kantons Zürich leidet trotz der von ihr bereits gespendeten Wohlthaten doch an großen Gebrechen. Sie hat keinen mathematischen Bau und keine individuelle Beziehung zu dem einzelnen Arbeiter, der daraus keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung erhält; sondern ganz auf die Gnade des Vereins der Fabrikanten angewiesen ist. Die Fabrikanten leisten ihre Beiträge nach der Zahl der Spindeln und Webstühle; allein ihre Arbeiter verlieren beim Verlassen der Fabrik und Uebergang zu andern Beschäftigungen den Anspruch an die für sie gezahlten Beiträge.

In den Verhandlungen der Commission wurden namentlich die Krankenkassen gegen die ihnen gemachten Vorwürfe in Schutz genommen. Der bisherige Gang sei der natürlichere. Man solle die Arbeiter ihre Erfahrungen machen und die Statuten nach den gegebenen Verhältnissen reguliren lassen. Die Sicherheit der Kassen sei in Wirklichkeit nicht gefährdet, man verstehe sich von Seiten der Arbeiter gern zu Zuschüssen, wenn einmal die Einnahmen nicht ausreichen. Die Arbeiter seien keine Kosmopoliten. Die gegenseitigen Hülfsgesellschaften seien ihnen mehr Herzenssache, sie hätten mehr Freude daran, wenn sie eine Gesellschaft für sich bilden, als wenn sich die Sache ins große Ganze verliere. Es sei ein Uebelstand, daß der einzelne

Arbeiter, der 10 Jahr in einer Fabrik theilhaftig gewesen, sein Recht beim Austritt verliere; allein dafür seien auch die jährlichen Beiträge sehr niedrig, der Arbeiter zahle sie, wenn er gesund bleibe, gern für seine erkrankten Genossen und finde dafür an andern Orten wieder leicht Zutritt in andere Kassen, wo er in ähnliche Rechte und Verhältnisse eintrete. — Anders verhält es sich schon mit den Alters-, Invaliden- und andern Vorsorgekassen, bei denen man durchaus auf größere Vereinigung hinarbeiten muß, weil die Lebensgesetze sich nicht auf wenige Hunderte von Arbeitern anwenden lassen, und weil viele Fabriken zu Grunde gehen, ehe der Arbeiter stirbt. Im Allgemeinen dürfte man gewiß auch von Seite der gemeinnützigen Gesellschaft der Ansicht des Professor Kinkel in beitreten: „daß es im Interesse der gegenseitigen Hilfsvereine sei, daß sie sich zum Zwecke gegenseitiger Vereinsversicherung unter einander verbinden“ und „daß es sich anempfiehlt, Commissionen zu ernennen und mit der Ausarbeitung von Statuten und Formularen für das Rechnungswesen und die Statistik der hauptsächlichsten Klassen von Vereinen zu beauftragen und für deren möglichst ausgedehnte Verbreitung zu sorgen.“ —

Anlangend endlich die Stellung des Staates und der Gesetzgebung zu den im Interesse der Arbeiter errichteten Spar- und Vorsorgekassen, so war man ziemlich einmüthig gegen eine obligatorische Verpflichtung der Fabrikarbeiter, einen Theil ihres Lohnes in eine Vorsorgekasse zu legen.

Das System gewerblicher Hilfskassen mit Zwangsbeiträgen von Arbeitern und Arbeitgebern erscheint als ein sehr bedenkliches Mittel, den Arbeiterstand zu heben. Zahlreiche Einzelinteressen werden dadurch verletzt, viele freiwillige Leistungen und gesunde genossenschaftliche Bestrebungen im Keime erstickt. Die Verhältnisse der einzelnen Fabriken und der einzelnen Arbeiter sind so mannigfaltig, daß man gar nicht daran denken kann, von Staatswegen die Theilhaftigkeit an dieser oder jener

und nun gar an einer ganz bestimmten Kasse als zweckmäßig für große Massen von Arbeitern aufzustellen. Auch wird der Hauptzweck der moralischen Hebung der Arbeiter durch den Zwang in das Gegentheil, in eine Verletzung ihres Selbstgefühls verkehrt. Es ist eine Aufgabe unserer Zeit: den Arbeiter zum Bewußtsein emporzuheben, daß er sich selbst versichern muß. Die Auswahl unter den verschiedenen Versicherungsgelegenheiten muß seiner eigenen Einsicht und seinem Willen überlassen bleiben; dann erst werden auch seine Leistungen reichlich und seine Opfer freudig sein, während ihn jeder äußere Zwang der Behörde mit Unwillen erfüllen muß. In solchem Zwang liegt ein Eingriff des Staats in das Recht selbstständiger Bürger, über ihren Erwerb frei zu verfügen, eine neue Art staatlicher Vormundschaft über ganze Arbeiterklassen. Die Erfahrung zeigt, daß die Fabrikarbeiter durchaus nicht als derjenige Theil der Bevölkerung anzusehen sind, welcher sich von der Betheiligung an solchen Kassen ausschließt. Im Gegentheil sind andere Klassen weniger als die Arbeiter daran betheiligt.

Nicht minder überflüssig erscheint auch eine Einmischung des Staates in die inneren Einrichtungen und das Rechnungswesen der einzelnen Kassen und Gegenseitigkeitsvereine, oder eine obrigkeitliche Genehmigung ihrer Statuten. Es wurden in der Commission Beispiele angeführt, daß Statuten von Vorsorgekassen des Kantons, die von Behörden genehmigt waren, sich nachher als mathematisch unrichtig erwiesen hatten und ganz umgestaltet werden mußten.

Es könnte sich schließlich noch fragen, ob etwa große staatliche Versicherungs- und Vorsorgekassen im Interesse der Arbeiter gegründet werden sollen. In Frankreich sind im Juni d. J. unter der Garantie des Staates zwei große Versicherungskassen errichtet worden. 1) Todes-Versicherung (Zahlung einer bestimmten Summe von höchstens 3000 Fr. — an die Erben oder Rechtsnachfolger des gestorbenen Versicherten).

2) Unfall-Versicherung (Zahlung lebenslänglicher Renten im Falle einer bei Verrichtung agrikoler oder industrieller Arbeiten erlittenen Verletzung, welche eine bleibende Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat, und Zahlung einer Unterstützung an die Wittve und die minderjährigen Kinder eines Versicherten, der bei der Verrichtung agrikoler oder industrieller Arbeiten das Leben verloren hat). — Der Staat gewährt der Kasse eine Subvention, die für das erste Jahr auf 1 Million Franken festgesetzt ist. Alle Gelder werden in Staatsrenten angelegt. — Die Frage, ob sich eine solche Centralisation des Versicherungswesens und der Vorsorgekassen in den Händen des Staats auch für die Schweiz empfehle, kam in der Commission nicht zur Beantwortung. Referent kann daher nur seine persönliche Ansicht dahin äußern, daß er in der Nachahmung solcher Staatsunternehmungen und einer centralistischen Fürsorge für gewisse Klassen der Bevölkerung eine Erödting der Selbstthätigkeit und Selbstverwaltung des Volkes und ein Hemmiß werthvoller selbstschöpferischer Versuche einzelner Kreise erblickt.

Die neuen imperialistischen Kassen tragen an ihrer Stirn den Grundfehler, daß sie zu kleine Beiträge von den Arbeitern fordern und dafür große Beiträge des Staates versprechen, mithin die Versicherten zu Almosenempfängern machen. Es giebt Fälle, wo die Annahme einer Hülfeleistung aus fremder Hand nicht erniedrigt, sondern das Selbstvertrauen und den eigenen Muth hebt; allein, wie Professor Kinkel in mit Recht bemerkt, „noch weit häufiger sind doch die Fälle, wo hiedurch das Gegentheil bewirkt wird, und die Gewohnheit des Gebens ebensowohl als die des Empfangens die allernachtheiligsten Folgen für die sittliche Würde des Einzelnen wie für das Gesamtwohl des Staates haben kann. Das Selbstgefühl des ehrenhaften Theils des Volkes sträubt sich lebhaft gegen eine Unterstützung von Außen ohne eigenes Hinzuthun, so lange die eigene Kraft hinreicht, um sich oben zu erhalten.“

Man wird abwarten müssen, wie sich die Staatsversicherung in Frankreich bewähren und welche Betheiligung sie finden wird, wie viele Staatsbürger es vorziehen werden, sich beim Staate oder bei sicher bewährten Actiengesellschaften und gegenseitigen Hilfsvereinen zu versichern. Der Staat wird alle Gelder in Staatsrenten anlegen und eventuell auch damit zahlen; und wenn die alljährlichen Deficits der französischen Finanzwirtschaft sich noch vermehren sollten, so kann man leicht zu offenem oder theilweise beliebtem Bankerott, wie jüngst in Oesterreich, gelangen. Durch die finanziellen Vorgänge in Oesterreich ist der bedenkliche Unterschied zwischen dem Kredit, den man einem Staat, und dem Kredit, welchen man Privatleuten oder gegenseitigen Vereinen schenkt, der allzuleichtgläubigen und rasch vergeßenden Welt wieder einmal nachdrücklich eingeschärft worden. Für Privatleute und Erwerbsgesellschaften gilt das gemeine Recht, welches für den Gläubiger auch im Falle der Ueberschuldung und Zahlungsunfähigkeit noch einige werthvolle Bürgschaften aufrecht erhält. Dagegen bestimmt ein Staat selbst, ob und wann er Bankerott machen und wie viele Procente seiner Schuld er in diesem Falle dem unglücklichen Gläubiger auszahlen will.

6) Die Begünstigung von Selbstunternehmungen der Arbeiter.

Die Selbstunternehmungen der Arbeiter oder die sogen. Productiv-Associationen können ebenso wenig wie die Unternehmungen mit Actienbetheiligung der Arbeiter als das wahre Heilrecept zur Lösung der sog. Arbeiterfrage angepriesen werden. Es sind werthvolle praktische Versuche und neue Formen von Unternehmungen, die sich nicht unter allen Verhältnissen bewähren, aber doch in vielen Fällen gedeihen, wie die berühmten Pioniere von Rochdale und zahlreiche Fabriken in England beweisen. Mehrere in der Commission anwesende Großindu-

strielle hielten die Form der Selbstunternehmungen für zweckmäßiger und zukunftsreicher als die Betheiligung der Arbeiter am Gewinn oder am Geschäft, und machten darauf aufmerksam, daß ein großer Theil der jetzt thätigen schweizerischen Fabrikanten aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sei. Man muß wünschen, daß sich immer mehr Arbeiter zu Selbstunternehmern emporarbeiten, aber sie bedürfen dazu schon einer höhern Intelligenz und großer moralischer Kraft, sowie der Fähigkeit sich unterzuordnen und Selbstverleugnung und Disciplin zu üben. Die Gefahr von Differenzen unter den Arbeitern, weil der eine fleißiger, geschickter und gewissenhafter als der andere ist, wird immer eine Klippe von Productivassocationen bleiben; denn die eigentliche Industrie erfordert eine solche Einheitlichkeit der Leistung und Raschheit der Entschlüsse, eine so unablässige Wachsamkeit, so umsichtige Speculation in Roh- und Hilfsstoffen und eine so geschickte Benutzung der Geschäftsconjunctionen, daß Genossenschaften mit dem Chaos verschiedener gleichberechtigter Willensmeinungen gegen die Concurrenz selbstständiger Privatunternehmer von vornherein sehr im Nachtheil sind. Allein man darf vertrauen, daß auch Arbeiter unter dem gebieterischen Drange des Selbstinteresses sich an Disciplin gewöhnen und eine immer rationellere Organisation gemeinschaftlicher Unternehmer auffinden werden. Zahlreiche Söhne von Arbeiter- oder Handwerkerfamilien erringen sich heutzutage eine größere allgemeine Bildung sowie speciell technische Fachkenntnisse und würden sich oft vortrefflich zu Leitern von Selbstunternehmungen eignen, weil sie doch ohne eigenes Kapital heutzutage größere Fabriken nicht begründen können. Der solchen Männern fehlende Kredit wird viel leichter zu erlangen sein, wenn sie im Bunde mit vielen arbeitsamen Genossen als Kapitalsuchende auftreten. Ein Großindustrieller des Kantons Zürich hat in seiner Antwort auf die an ihn von der gemeinnützigen Gesellschaft gestellten Fragen bemerkt: „Er vermisse in dem Programm der gemeinnützigen

Gesellschaft die Frage: „Wie können junge intelligente und strebsame Leute unterstützt werden, um sich emporzuschwingen?“ „Wer Arbeiter bleiben wolle und gerne arbeite, habe sich wenigstens im Kanton Zürich nicht zu beklagen, denn vor 20 Jahren sei der Lohn $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{2}$ niedriger gewesen, obgleich die Differenz zwischen Rohmaterial und Product bedeutend größer war. Aber wer sich vom Arbeiter zum Arbeitgeber emporzuschwingen wolle, habe eine weit schwierigere Stellung als früher, denn der Stand der Arbeitgeber erfordere mehr Bildung und Kapital. Besonders das Kapital sei weit schwerer zu erhalten und ohne dasselbe sei es jetzt viel schwieriger selbstständig zu handeln als früher.“

Nun, eine Antwort auf diese Frage liegt in der Begünstigung von Selbstunternehmungen der Arbeiter. Junge gebildete Techniker ohne Kapital sollten als einfache Arbeiter in Fabriken eintreten, sich das Vertrauen eines Stammes guter Mitarbeiter erwerben, und mit ihnen dann zum gemeinschaftlichen Fabrikbetrieb übergehen. Das Kapital, welches dem einzelnen armen Unternehmer schwer in größeren Summen anvertraut wird, wird einer Vereinigung tüchtiger Arbeitsgenossen, die ihre eigenen Ersparnisse und ihre ganze Arbeitskraft solidarisch einsetzen, heutzutage nicht fehlen, weil die für eigene Rechnung arbeitenden Gewerbsgenossen in der Regel energischer arbeiten, sorgfamer sparen und schlechte Theilhaber viel schärfer controliren und rascher austossen werden, als dies von Seiten der Arbeiter für fremde Rechnung zu geschehen pflegt. Das Geheimniß der höheren Löhne, welche einträchtige Mitglieder von Productiv-Associationen verdienen können, liegt in dem durch den gemeinschaftlichen Wettstreit gesteigerten Ertrage ihrer eigenen Arbeit, in der dadurch ermöglichten höheren Quantität und besseren Qualität ihrer Production. — Ein solcher Uebergang der Fabrikarbeiter zu höherer industrieller und socialer Stufe wird sich aber natürlich ohne Lehrgeld und mannigfache Opfer, ohne

Selbstthätigkeit und Selbstbeherrschung der Betheiligten niemals erreichen und dauernd festhalten lassen. Insbesondere werden die gebildeteren Dirigenten solcher Associationen sich vor eigenmächtiger Ueberhebung über ihre Mitarbeiter und vor hohen Lohnansprüchen anfänglich hüten müssen. — Den selbstständigen Fabrikanten kann das Entstehen von Productiv-Associationen nur willkommen sein, weil die Arbeiter dann durch eigene Erfahrung den richtigen Maßstab des Arbeitslohnes und die Voraussetzungen für das Gedeihen der Industrie kennen lernen und praktische Schulen zur Heranziehung eines tüchtigen Arbeiterstammes gründen werden.

7) Gewerbs- und Schiedsgerichte zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern.

Wie das Bedürfniß des gesteigerten und verwickelter gewordenen Verkehrs Handelsgerichte ins Leben gerufen hat, die sich fast überall bewährt haben, so ist im Anschluß daran auch die Einführung von Gewerbegerichten oder des Instituts der Prud'hommes zu empfehlen, gebildet aus Arbeitgebern und Arbeitern, um als ein Schiedsgericht Sachverständiger in Gewerbsachen zu dienen und namentlich etwaige Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu entscheiden. Beide Theile werden damit zufrieden sein, weil die Arbeitgeber ihre Arbeiter nur schwer überzeugen und sich selten vor dem Vorwurf der Ausbeutung oder unbilligen Behandlung schützen können. Andererseits wird aber auch wieder den Arbeitern dadurch ein Schutz gewährt, da mancher harte Fabrikherr aus Furcht vor der Öffentlichkeit sich zu einer bessern Behandlung seiner Leute entschließt. Der preussische Seidenfabrikant Diergardt bezeichnet in einem der Pariser Weltausstellung vorgelegten Berichte über Arbeiter-Einrichtungen das seit dem Jahre 1836 in Gladbach bestehende Gewerbegericht (Chambre de Prud'hommes) „als eine der

nützlichsten Einrichtungen, indem dadurch der Arbeiter gegen die Willkür und Unbilligkeit der Arbeitgeber wesentlich geschützt würde, denn die damit verbundene Öffentlichkeit der Verhandlungen halte manchen unbilligen Arbeitgeber ab, eigensüchtige Interessen zu verfolgen."

Überall da wo solche richterliche Organe nicht ausreichen, Arbeitseinstellungen und größere Verwicklungen zwischen dem Stande der Fabrikbesitzer und Arbeiter zu vermeiden, sollte man zu dem Hilfsmittel der Errichtung freier gemischter Schiedsgerichte zwischen Arbeitsherrn und Arbeiter schreiten, wie dies mit großem Vortheil zuerst in der englischen Stadt Nottingham versucht worden ist, um den alten Streit zwischen Kapital und Arbeit ausgleichen zu helfen. Diese Stadt war bis 1860 gleich Sheffield der Schauplatz verheerender Strikes, bis beide Parteien übereinkamen, eine aus ihrer beiderseitigen Mitte zu gleicher Anzahl zu wählende schiedsrichterliche Behörde einzusetzen — 9 aus den Arbeitgebern und 9 aus den Arbeitern. Dieses Comité von 18 bildet das Plenum mit Appellationsinstanz. Die meisten Streitigkeiten werden durch einen engeren Ausschuß von 4 Mitgliedern entschieden. Die Strikes haben seitdem in Nottingham aufgehört. Die Arbeiter erhalten am Tische der gemeinschaftlichen Behörde Einsicht in den wirklichen Gewinn, das Risiko und die Schwierigkeiten der Arbeitsherrn, während sich die letzteren in glaubhafter Weise von den wirklichen Leiden, Bedürfnissen und Erwartungen der Arbeiter überzeugen. Vor dem gegenseitigen Austausch und der Erkenntniß der Wahrheit weichen Täuschungen aller Art und es versiegt die Hauptquelle gegenseitiger Entfremdung und Verbitterung. Der Erfolg des Schiedsgerichtes ist so groß, daß es in fast allen großen Manufacturorten in Nottinghamshire Nachahmung gefunden hat.

Die Verbote von Arbeitseinstellungen und Arbeiterkoalitionen wurden in der Commission allseitig für verwerflich erachtet, weil die freie Disposition eines Jeden über seine Arbeits-

kräfte und das Recht, zu deren bestmöglicher Verwerthung das verfassungsmäßige Vereinsrecht zu benutzen, nicht beeinträchtigt werden dürfe, wenn schon damit Uebelstände verbunden sein können. Die Erfahrung im Kanton Zürich während der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, daß es zur Steigerung der Arbeitslöhne keiner Arbeitseinstellung bedarf und daß es jedenfalls für alle Theile weit besser ist, wenn sich die Lohnerhöhung auf friedlichem freiwilligen Wege vollzieht. Läßt der Arbeiter den Arbeitgeber bei gutem Geschäftsgang plötzlich im Stich, so wird umgekehrt in schlechter Zeit auch der Arbeitgeber für seine Arbeiter keine Opfer bringen. Das Verhältniß der Arbeiter zu den Arbeitgebern wird in Folge von Strikes vergiftet.

8) Verbesserung der Arbeiterwohnungen.

Unser Bericht hat die Bedeutung guter Wohnungen für die Fabrikarbeiter schon mehrfach betont. Referent hält es für nöthig, diesen wichtigen Punkt ausdrücklich auch noch unter den Maßregeln zur Milderung der aus dem Fabrikwesen entstehenden Nachtheile aufzuführen. Es verdienen in dieser Hinsicht vor Allem jene Grundsätze Beachtung, welche Dr. A. Penot in der Sitzung der Société industrielle de Mulhouse vom 30. August 1865 in den Worten aussprach:

„Die Bequemlichkeit und Reinlichkeit der Wohnung hat einen weit größeren Einfluß auf die Moralität und das Glück einer Familie, als man glaubt. Derjenige, welcher bei der Heimkehr von der Arbeit eine elende, schmutzige, unordentliche Wohnung betritt, in welcher eine ekelhafte, ungesunde Luft herrscht, wird sich in derselben nicht heimisch fühlen, sondern den größten Theil seiner freien Zeit im Wirthshause zubringen. Die Familie wird ihm fremd; er gewöhnt sich bald an unheilvolle Ausgaben, welche die Seinigen nur zu bald verspüren und die immer zum Elende führen. Wenn wir im Gegentheil jenen gleichen Männern

reinliche, freundliche Wohnungen darbieten, wenn wir jedem einen kleinen Garten geben, in dem er eine angenehme, nützliche Beschäftigung findet, wo er — in Erwartung der bescheidenen Ernte — den wahren Werth des Gefühles von Eigenthum, wie die Vorsehung solches uns eingab, erkennen lernt, — haben wir dann nicht in höchst befriedigender Weise zur Lösung eines der wichtigsten socialen Probleme mitgewirkt? Haben wir dann nicht zur Befestigung der heiligen Familienbände beigetragen und damit der so wichtigen Arbeiter-Klasse, sowie der menschlichen Gesellschaft im Allgemeinen einen großen Dienst erwiesen?“

Anlangend die Ausführung der Reform so empfiehlt es sich nach den in der Schweiz und in andern Staaten gemachten Erfahrungen, vorzugsweise Einzelwohnungen zu bauen und sie den Arbeitern gegen terminweise abzutragendes Kaufgeld zu ausschließlichem Eigenthum zu überlassen. Ideale Antheile an Arbeitercasernen werden überall schwer veräußertlich sein und zur Reinlichkeit und Ordnungsliebe, zum Hausfrieden und zur Verschönerung des Familienlebens wenig beitragen. Ferner ist dahin zu streben, den Bau oder resp. die Einrichtung von Arbeiterwohnungen den Arbeitern und kleinen Bauunternehmern selbst zu überlassen und denselben hauptsächlich den Erwerb des geeigneten Areals unter der Bedingung, daß sie darauf kleine Wohnungen aufführen, zu erleichtern. Privatpersonen oder Bausgesellschaften und Wohnungsvereine sollten in dieser Angelegenheit von dem Wohlthätigkeitsprinzip absehen und sich auf rein geschäftlichen Betrieb beschränken, weil sie nur dadurch der großen Masse des Arbeiterstandes dauernd helfen können. Es wird schon viel erreicht, wenn man sich darauf beschränkt, kleinen Leuten den Grund und Boden zum Häuserbauen zu mäßigem Preise gegen gewöhnliche Zinsen und auf eine Reihe von Jahren unkündbar zu überlassen. Man kann ferner den Erbauern entweder baare Vorschüsse zur Bestreitung der Baukosten leisten

oder ihnen Kredit bei Vorschußvereinen und Volksbanken gegen Verbürgung verschaffen, oder ihnen festes Kapital auf Hypothek vermitteln. Wenn man, wie es gewöhnlich geschieht, größeren Architekten oder Maurermeistern die Sache übergiebt, so fertigen dieselben große Pläne an und führen Arbeitercasernen oder Arbeiterviertel aus, ohne daß viel dadurch erreicht wird. Ganz anders stellt sich die Sache, wenn man verschiedene als tüchtig und zuverlässig bekannte Bauunternehmer, Polirer, Gesellen, Arbeiter heranzuziehen sucht, ihnen Areal käuflich überläßt und sie veranlaßt kleinere Wohnungen darauf zu bauen. Wer die Häuser am billigsten, besten und praktischesten herstellt, wird sich dabei am besten stehen und kann die Häuser dann leicht wieder verkaufen. Diesen Uebergang in andere Hände und den Selbstverkauf der neugebauten Häuser von Seiten kleinerer Bauunternehmer sollte man so viel wie möglich unterstützen; denn die arbeitenden Klassen müssen sich selbst erst allmählich an das System der Einzelwohnungen gewöhnen. Das geschieht am leichtesten, wenn man mehrere Bauunternehmer mit einander concurriren läßt. Einer wird dann den andern anspornen, im Bau kleiner Häuser fortzufahren und sie immer möglichst billig, gut und praktisch herzustellen. Fabrikbesitzer oder Baugesellschaften können sich eventuell das Eigenthumsrecht an dem Areal oder an den mit ihren Geldern erbauten Häusern vorbehalten, im Uebrigen sollten sie die betreffenden Unternehmer möglichst selbstständig frei schalten und walten lassen und es ihnen anheim stellen, die von ihnen neuerbauten Häuser entweder zu verkaufen oder zu vermietthen.

Es ist nicht zu befürchten, daß Arbeiter durch Erwerb eigener Häuser ihre Beweglichkeit verlieren und sich in abgelegenen Gegenden von einem bestimmten Etablissement abhängig machen. Arbeitgeber werden in ihrem eigenen Interesse in den ansässigen Arbeitskräften die werthvollsten Stützen ihrer großen Kapitalanlagen erblicken. Arbeiter, welche einen Ort verlassen wollen,

werden in der Regel leicht Käufer ihrer Wohnungen finden und können eventuell bei der Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs auch in entfernteren Fabriken Beschäftigung suchen. Es kommt im Kanton Zürich oft vor, daß Männer mit Grundbesitz an den Wochentagen in entfernten Fabriken arbeiten und nahe bei der Fabrik in Kost und Logis wohnen, und die Zeit vom Sonnabend Abend bis Montag früh auf ihrem Grundbesitz bei ihren Familien zubringen. Ferner sind in den Fabriken der Stadt Zürich viele Arbeiter beschäftigt, welche 2 bis 4 Stunden von Zürich entfernt auf dem Lande ansässig sind und Morgens und Abends um äußerst geringen Abonnementspreis die Eisenbahn benutzen.

Referent macht schließlich noch auf das neue Arbeiterwohnungssystem des Buchdruckereibesitzer Paul Dupont in Paris aufmerksam, welches von Unternehmern in großen Städten beachtet zu werden verdient. P. Dupont hat keine Cités, sondern gewöhnliche Häuser mit einer kleinen Anzahl von Wohnungen erbaut. Er hat nicht versucht, den Arbeiter zum Eigenthümer zu machen, weil der Erwerb eines Hauses in einer Stadt wie Paris ungemein kostspielig sein und zahlreiche Nachtheile für ihn haben würde. Er strebt vielmehr den Preis seiner Miethwohnung nach und nach zu verringern und seine Ersparnisse um so viel zu erhöhen. Er vermietet gesunde, lustige, bequeme Wohnungen mit kleinen Gärten an seine Arbeiter zu alljährlich herabgesetzten Miethpreisen, so daß ein Wohnzimmer, welches zuerst 100 Fr. Miethzahlt, nach und nach bis zu Fr. 37. 50 sinkt. Von da an tritt keine weitere Herabsetzung ein, damit der Miether nicht sein Selbstgefühl verliere und die Wohnung nicht etwa wie ein Almosen betrachte. Das was der Arbeiter von Jahr zu Jahr erspart am Miethpreise wird ihm in einem Buche gutgeschrieben und das Guthaben zu 6 % jährlich von der Firma verzinst, bis der Arbeiter das Geschäft verläßt. Außerdem vertheilt Herr Dupont, wie schon oben

erwähnt, an seine Arbeiter noch 10 % des Reingewinnes und jährliche Gratificationen je nach den gelieferten Arbeiten.

9) Bessere Ernährung und zweckmäßigere Verwendung der Einnahmen.

Die Consumtion der Arbeiter ist ein Punkt, auf den noch immer viel zu wenig geachtet wird. Man betrachtet den Arbeiter zu einseitig als Producenten und glaubt zuweilen, daß die Arbeiterfrage durch Bewilligung hoher Löhne und größerer Einnahmen gelöst werden könne, während der rationelle Verbrauch und die Ausgaben gleich wichtige Factoren im Volks- und Familienhaushalt bilden. Mancher Arbeiter bringt es mit 1000 Franken und einer wirthschaftlichen Frau weiter als ein anderer mit 1500 Franken jährlicher Einnahme. Unter den Ausgaben eines Arbeiters spielen nun neben denjenigen für die Wohnung und Kleidung natürlich die Ausgaben für Ernährung eine Hauptrolle. Leider ist nun gerade die Ernährung der Fabrikarbeiter an vielen Orten eine überaus irrationelle. Noth, Armuth, Entkräftung und Krankheiten der niederen Volksklassen entspringen vorzugsweise aus schlechter Ernährung. Die an manchen Orten fast ausschließliche oder doch vorwiegende Ernährung mit Kartoffeln, Brod und Sichorien-Kaffee ist nicht allein im Verhältniß sehr theuer, sondern giebt auch keine Kraft zur Arbeit und gefährdet die Gesundheit, wie so viele bleiche Gesichter und schwache Gestalten von Arbeitern und Armen bezeugen. Die Ueberfüllung des Magens mit Kartoffeln verleitet zum stärkeren Gebrauch von künstlichen Reizmitteln, wie Kaffee, Wein, Branntwein, um den Körper zu erwärmen. „Der Branntweingenuß ist, wie Liebig sagt, nicht die Ursache, sondern eine Folge der Noth. Es ist eine Ausnahme von der Regel, wenn ein gutgenährter Mann zum Branntweintrinker wird.“ Die so äußerst gesunden und nahrhaften Hülsenfrüchte, Erbsen, Linsen und Bohnen, welche für das Volk eine so außerordentlich zweck-

mäßige Nahrung wären, werden von ihm viel zu wenig berücksichtigt. Die nahrhaften Suppen der Volksküchen und Suppenanstalten finden viel zu wenig Beachtung. Ein Fabrikbesitzer in Winterthur berichtet über die Ernährung seiner Arbeiter: „Der Arbeiter frühstückt vor 6 Uhr Morgens zu Hause, nimmt dann Vormittags 9 Uhr sein beliebtes „Müni“, wobei der männliche Theil durchweg Wein, Brod, Käse genießt. Diese Zwischenmahlzeit ist dem Arbeiter das Liebste. Zum Mittagessen nehmen sie Kartoffeln und diese oder jene Speisen, welche sie auf dem Dampfkessel kochen oder warm halten. Die Mädchen nehmen gewöhnlich zu ihrer Mahlzeit Kaffee, was dieser Klasse das Liebste ist. Eine von mir errichtete Suppenanstalt, wo eine halbe Maß kräftige Fleischsuppe zu 5 Cent. abgegeben wurde, konnte sich wegen dieses Hanges zum Kaffee nicht sehr lange halten.“ —

In neuerer Zeit hat die Einrichtung der Suppen- und Speiseanstalten in Folge des von Zürich in der Cholerazeit ausgegangenen Anstoßes und befördert durch die ungünstigen Zeitverhältnisse, in der Schweiz eine größere Ausdehnung gewonnen; es bleibt indessen noch eine sehr wichtige Aufgabe gemeinnütziger Männer und Vereine, gerade die Klasse der Fabrikarbeiter zu belehren, daß sie für weniger Geld eine nahrhaftere und gesündere Kost sich verschaffen können, wovon sie weniger brauchen und wobei sie besser gedeihen werden.

In Berlin haben seit dem Kriege von 1866, der einer Menge von Familien ihre Ernährer entriß und Stockung in Handel und Industrie bewirkte, die sog. Volksküchen eine verdiente Beachtung gefunden. Dieselben sollen, im Gegensatz zu den Armenspeisungsanstalten, jeder unbemittelten Familie Gelegenheit bieten, gesunde und nahrhafte Speisen für den Mittagstisch zum Selbstkostenpreise zu kaufen; dieselben warfen übrigens im ersten Jahre einen Reingewinn ab, der zu Gunsten neu zu beginnender Volksküchen und als Reserverfond bei ein-

tretender Theuerung unverwendet blieb. Im Ganzen wurden sechs Küchen gegründet, wovon aber vier nach einiger Zeit wieder geschlossen wurden. Vom Juli 1866 bis 30. September 1867 verkauften sämtliche Küchen 84,373 ganze und 86,971 halbe Portionen. Die Zusammensetzung der Portionen wechselt vielfach; sie bestehen im Wesentlichen aus Fleisch und Hülsenfrüchten, Reis oder Kartoffeln, welche zusammen gekocht werden. Die ganze Portion beträgt 1 Quart, die halbe $\frac{1}{2}$ Quart; jene kostet 1 Sgr. 9 Pf., diese 1 Sgr. Anfänglich wurden die Speisen nur nach Außen verkauft; erst später kamen Localeinrichtungen, wo die Käufer die gekauften Speisen genießen konnten, übrigens noch von sehr bescheidenem Umfang. Beachtenswerth ist, daß sich in Berlin bei der Leitung und Beaufsichtigung der Volksküchen auch Frauenzimmer in größerer Zahl mit Erfolg theiligten.

Weiter sind die neuern Rathschläge von Liebig in Betreff der Brodbereitung ebenfalls ein Beitrag zur Lösung der Arbeiterfrage. Es ist Thatsache, daß das Getreide bei der Verwandlung in Mehl an seinem Nährwerth verliert, das Roggenkorn um 10 %, das Weizenkorn 15 %. In dem Getreidekorn ist (ähnlich dem Ei) der stärkemehlreiche Kern eingehüllt in eine Schicht eines eiweißreichen Körpers, der beim Mahlen zum Theil in die Kleie übergeht und für die Blutbildung am wichtigsten ist. Durch Umgehung der Gährung in der Brodbereitung können ferner 2 bis 3 % Brod mehr gewonnen werden. Hr. v. Liebig berechnet nun, daß bei gleichem Kornverbrauche mit Brod und Getreideschrot auf je 1000 Individuen 120 mehr vor dem Hunger und seinen Folgen geschützt werden können als mit Brod und Mehl, von welchem die Kleie abgesondert ist. In seinem Hause wird das ohne Gährung bereitete Kleienbrod (aus 2 Theilen Roggen- und 1 Theil Weizenschrot) mit Vorliebe gegessen. Man sollte auch in der Schweiz diese Versuche zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung machen.

Referent macht in Betreff der Ernährungsfrage schließlich auf die von mehreren Berner Gesellschaften gekrönte Preisschrift von F. F. Schneeberger „Die Ernährung des Volkes mit besonderer Berücksichtigung der arbeitenden und niederen Klassen“ aufmerksam. Der Verfasser kommt in dem Abschnitte, wo er sich auf das Gebiet der Volkswirtschaft begiebt, neben manchen richtigen Vorschlägen zu der höchst verkehrten Empfehlung „der Aufstellung eines kräftigen Schutzollsystems.“ Das wäre in der That ein merkwürdiges Mittel, den Arbeitern zu helfen, wenn man ihnen die billigsten Quellen, aus denen sie ihre täglichen Verbrauchsartikel beziehen können, verschließen und diese Artikel durch Schutzzölle vertheuern wollte! Weit verständiger ist das, was der Verfasser von seinem Standpunkte als chemischer Fachmann über die zweckmäßigste Ernährung des Volkes bemerkt. Ferner unterschreibt Referent folgende Bemerkungen des Hrn. Schneeberger auf S. 218 seiner Preisschrift: „Die Einführung eines kurzgefaßten Lehrbuches über die Grundwahrheiten der Naturwissenschaft, namentlich aber speciell über das vitale und animale Leben des Menschen, Zusammensetzung und Werth der gebräuchlichsten Nahrungsmittel und eine Darlegung der Grundzüge einer gesunden Volkswirtschaft müßten von ausgezeichnetem Erfolge gekrönt werden!“

10) Vermehrte Bildung der Fabrikarbeiter und Veredlung ihrer Vergnügungen.

Vermehrung der Bildung wird zufällig in unserm Berichte unter den Maßregeln zur Milderung der aus dem Fabrikwesen entstehenden Nachtheile an letzter Stelle erwähnt. Sie ist aber die Hauptsache und kann in gewisser Hinsicht als das einzige durchschlagende Mittel zur Lösung der Arbeiterfrage gelten, wenn man unter Bildung nicht bloß einseitige Geistespflege, sondern harmonische Ausbildung des Geistes, Willens und Charakters versteht. Je gebildeter ein Volk ist, um so mehr kann es auf dem

Gebiete der Production leisten, um so mehr darf es auch zum Zwecke seiner Consumption beanspruchen. Anlangend nun speciell die Bildung der Fabrikarbeiter, so erachtete man es in der Commission nicht für passend, die Gründung specieller Bildungsinstitute für Fabrikarbeiter zu empfehlen. Die Arbeiter sollen nicht in eine isolirte Stellung künstlich hineingebracht, sondern da, wo sie sich etwa in solcher Stellung befinden, herausgerissen und in die große Volksgemeinschaft aller höhern, mittlern und untern Klassen eingeführt werden. Nach den Vorschlägen der Commission soll die allgemeine Volksschule bis zum vollendeten 14. und bei sehr vielen Kindern bis zum nahe vollendeten 15. Altersjahre dauern. Dadurch wird eine gründlichere Elementarbildung erzielt werden. Was soll nun für die weitere Fortbildung aller derer geschehen, welche keine Sekundarschulen, Gymnasien und höhere Bildungsanstalten besuchen können? Man braucht nicht gerade an allgemeine Schulen für Erwachsene zu denken; denn fast eben so instructiv wie Schulen wirken auf den höhern Altersstufen eine Masse von Bildungsfactoren, wie Zeitungen und gute Bücher, die stummen Lehrer der Menschheit, ferner Vereine und das Leben überhaupt mit seinem so vielseitig instructiven Verkehr und mit den Anregungen und Anforderungen der Kirche, des Staates, der Gemeinde und Familie an jeden Staatsbürger.

Man wird nun bei der gegenwärtigen Dauer der Arbeitszeit an den Wochentagen nur geringe Zeit zur Fortbildung aller Erwachsenen erübrigen können; um so mehr sollte dahin gestrebt werden, an Sonntagen neben religiöser Erhebung in den Kirchen dem Volke auch noch geistige und ästhetische Nahrung und nach den Sonntagsgottesdiensten Gelegenheiten zu edlen Erholungen zu bieten. Es würde keine Entheiligung des Sonntags sein, sondern Vielen zur wahren Erbauung dienen, wenn man an Sonntag-Nachmittagen oder Abenden, sei es nun in den Kirchen oder außerhalb derselben, Vorlesungen über den astrono-

miſchen Weltbau, über die Wunder der Schöpfung, über die Geſchichte der Erde und der darauf lebenden Volksſtämme, über Ernährung der Menſchen, über vaterländiſche Geographie und Geſchichte, über Literatur und Kunſt, über die Entwicklung von Handel und Induſtrie, über Arbeit und Lohn und andere Gegenſtände veranſtalten wollte. Wenn Jahr für Jahr einer oder der andere Hauptwiſſenſſenzweig in einem Cyclus von Vorträgen innerhalb eines größern Bezirks verarbeitet würde, wenn man gleichzeitig für gute und populäre Handbücher der einzelnen Wiſſenſſenzweige ſorgen wollte, damit das Intereſſe an den vorgetragenen Gegenſtänden noch daheim in den Familien durch Lectüre fortgepflegt werden könnte, ſo würde ſich ſchon nach Verlauf eines Jahrzehnts eine Fülle von Bildungſtoff und geiſtiger Anregung über alle Gemeinden und Bezirke verbreiten, welche ſich die Gelegenheit zu ſolchen edlern Genüſſen zu verſchaffen wiſſen. In Amerika hat man zu dieſem Zwecke förmliche wandernde Lehrkörper gebildet, die ſich in die Arbeit theilen und von großen Geſellſchaften berufen und angeſtellt ſind. In England giebt es auch wandernde Muſeen und Ausſtellungen, welche die Sammlungen der Hauptſtädte den Provinzialſtädten mittheilen. Es iſt wichtig, daß ſich an die Vorzeigung ſolcher Sammlungen beſondere Vorträge anreihen, die dem Volke als Führer zur innern Verarbeitung des gebotenen neuen Bildungſtoffes dienen. Ähnliche Verbreitung haben die öffentlichen Lehrkurse und Vorleſungen in Belgien, wo ſich die Mitglieder der belgiſchen Unterrichtsliga in die Umgegend von Brüssel und in andere Landesgegenden getheilt haben und nun lehren gehen, wohin man ſie ruft, ja nöthigenfalls die Verurufung ſelbſt veranlaſſen. Einer der beſten Zweige der belgiſchen Liga, die Société Franklin in Lüttich, ertheilt dem Volke Soiréen, wohin man in Familie kommt, wo die Muſik mit kurzen und leichten Lehrſtunden oder vielmehr lehrreichen Plaudereien und mit anziehenden Vorleſungen abwechſelt. Dieſe Einrichtung, welche in Brüssel von einer ebenſo einſichtigen als guten Frau,

der Baronin von Crombugghe, erdacht wurde, ist im Begriff überall in Belgien Nachahmung zu finden.

Die Bildung der Arbeiter ist ferner durch gute Volksbibliotheken und Arbeiterbildungsvereine zu fördern. Durch die letztere Einrichtung sind namentlich in Deutschland innerhalb der letzten Jahre außerordentliche Fortschritte in der Volkserziehung herbeigeführt worden. Diese Vereine sind aus dem eigenen Antriebe derer gegründet, die bessern Unterrichts bedürftig und selbst darauf bedacht sind, sich Lehrer zu verschaffen. An den, von diesen Vereinen veranstalteten Discussions-Abenden pflegen Lehrer und Lernende gemeinschaftlich über die auf die Tagesordnung gestellten oder einem Fragekasten anvertrauten Fragen ihre Ansichten auszutauschen. Die Arbeiter werden dadurch in den Stand gesetzt, sich selbst über die sie interessirenden Fragen oder über das was sie nicht recht verstanden haben, Auskunft zu verschaffen und ihre eigenen Ansichten zu äußern. Durch solche Selbstthätigkeit der Lernenden und auf dem Wege der Unterhaltung mit den Lehrern wird die Fortbildung der Erwachsenen mit am meisten befördert.

In Frankreich hat man, ermunthigt durch die Erfolge der belgischen Unterrichtsliga, im vorigen Jahre ebenfalls eine «Ligue de l'enseignement en France» *) gegründet, welche sich unter allen erdenklichen Formen mit dem Unterricht der unbegüterten Volksklassen beschäftigen soll, und wieder ist die Initiative vom Elsaß ausgegangen, wo man deutsche Gemüthstiefe und sittlichen Ernst, Fleiß und Ausdauer mit französischem Geist, Feuer und raschem Entschluß zu vereinigen strebt. „Frankreich soll nach dem Willen der Gründer, eine weite Gegenseitigkeitsschule werden, worin die ältern Bürger als Lehrer der jüngern dienen.“ Schu-

*) Vergl. den Aufsatz: „Die Unterrichtsliga in Frankreich“ im „Arbeiterfreund,“ herausgegeben von R. Brämer. V. Jahrgang, 2. Heft.

len, Volksbibliotheken, öffentliche Vorlesungen und Lehrkurse, Abendgesellschaften und Arbeiterbildungsvereine sind in dem Rundschreiben der Liga als Hauptmittel zur Erreichung des Zweckes erwähnt. An der Spitze der Liga steht der Professor Jean Macé zu Beblenheim im Oberelsaß, der Genosse von Jean Dollfus in Mühlhausen in vielen ähnlichen Bestrebungen zum Wohle der Arbeiter.

Die bereits über alle Departements von Frankreich verbreitete Liga ist im Besiz beträchtlicher Geldmittel, erblickt in dessen ihre Hauptaufgabe in der persönlichen Thätigkeit der Mitglieder am Wohnort selbst. Unabhängig von diesen Bestrebungen haben mehrere Großindustrielle im Elsaß auf eigne Hand in ihren Industriedistrikten einestheils für Volksbibliotheken und andererseits für öffentliche populäre Vorlesungen gesorgt. Hervorragend sind in dieser Hinsicht die von dem Fabrikanten Burkhart in Guebwiller veranstalteten Cours populaires, welche Veron in seinem Buche über die Arbeitereinrichtungen von Mühlhausen und Umgegend beschreibt und worüber in der Commission von Augenzungen besonders berichtet wurde. Es theiligen sich an diesen Vorlesungen an 500 Personen im Alter von 16 Jahren und darüber. Am Sonnabend Nachmittagen wird von 4—8 Uhr dort auch Unterricht im Gartenbau erteilt und den Arbeitern Gelegenheit gegeben, Bäume und Pflanzen zu behandeln. Herr Burkhart bekennt selbst, daß seit Abschluß des Handelsvertrags mit England die Vervollkommnung der Arbeit eine Lebensfrage für die französische Industrie geworden sei. Die Arbeit lasse sich aber nur vervollkommen, wenn man den Arbeiter intelligenter, besser und moralischer mache und ihn durch vermehrte Bildungsgelegenheiten dem Wirthshausleben entreiße. (On le moralise en l'instruisant).

Blickt man auf die Schweiz, so begegnet man hier schon den vielseitigsten Bildungsgelegenheiten für strebsame Arbeiter. Insbesondere werden in den größern Städten wie Zürich, Genf,

Basel, Bern, Lausanne, Winterthur, St. Gallen u. viele öffentliche Vorträge gehalten. Die Volksbibliotheken sind schon weit verbreitet. Die öffentlichen Leseäle in den größern Städten erfreuen sich eines großen Besuches der Arbeiter. Im Kanton Neuenburg besteht bereits die Einrichtung, daß Professoren gewonnen sind, welche von Gemeinde zu Gemeinde öffentliche Vorträge halten und denen hier und da zu diesem Zwecke auch Kirchen, die man heizen kann, eingeräumt werden. Allein derartige Bestrebungen sind in der Schweiz noch zu vereinzelt. Insbesondere hat die Bevölkerung eines so industriellen Kantons wie Zürich die Aufgabe, die Bildungsgelegenheiten für Erwachsene über das ganze platte Land auszudehnen und in planvoller Weise zu organisiren. Jede Gemeinde hat ihren Pfarrer zur Förderung der religiösen Fortbildung; für das übrige Bildungsleben der Erwachsenen sorgen wohl hier und da ebenfalls die Geistlichen, Lehrer, Ärzte und einzelne höher gebildete Einwohner; allein es ist meist dem Zufall überlassen, ob sich in großen Gemeinden und Bezirken die nöthigen Kräfte dazu finden, und es sind immer nur einzelne Wissensgebiete und individuelle Lieblingsfragen, welche hier und da öffentlich vorgetragen werden. Wie ganz anders würde es mit dem geistigen Leben des Volkes bestellt sein, wenn in dieser Hinsicht mehr für Abwechslung in den Stoffen und in den Vortragenden Persönlichkeiten gesorgt würde, wenn der täglich wachsende Bildungsstoff von einem für populäre Darstellung besonders geeigneten wandernden Lehrkörper nach bestimmtem Plane zu regelmäßig wiederkehrenden Zeiten dem erwachsenen Theile des Volkes mitgetheilt würde! Die Wissenschaft selbst wird ihre Mission durch solche Thätigkeit vollständiger erfüllen lernen. Denn wie das Höchste der Kunst überall nicht für den Künstler und Kunstkenner ausschließlich da ist, sondern für den Menschen, so soll auch die Wissenschaft ihr Höchstes nicht den Gelehrten und Fachleuten ausschließlich bieten, sondern in einfacher Klarheit auch vor das Volk hintreten. Ueberall ist das Volk

einer höhern Gesittung bedürftig und es fehlt nicht an Kräften, deren Zeit und Fähigkeiten mit Freuden dem Volke gewidmet würden, oder die sich speciell zu Lehrern des erwachsenen Volkes bilden würden. Allein es wird, um nach dieser Richtung etwas zu erreichen, einer großen Selbstthätigkeit des Volkes bedürfen. Man warte nicht auf die Initiative und Hülfe der Regierungen; denn jede Volksbildung in dem angedeuteten Umfange wird immerdar eine Sache des Volkes selbst sein müssen. Die Unterrichtsbedürftigen aller Kreise werden zu förmlichen Bildungsvereinen zusammentreten und dafür je nach dem Maße ihrer Kapitalkräfte Opfer für Lehrmittel und Lehrkräfte bringen müssen, da alles unentgeltlich Dargebotene gewöhnlich auch nur gering geschätzt und benutzt zu werden pflegt.

Wenn Geist und Gemüth des Volkes auf dem im Vorstehenden besprochenen Wege tieferen Gehalt und reichere Bildungsstoffe empfangen, so werden sich auch die Erholungen und Genüsse des Volkes mehr veredeln. Mit Freuden wird schon jetzt jeder Freund des Volkes bemerken, daß die Vergnügungen der Arbeiter von Jahr zu Jahr würdiger werden. Volksconcerte, Gesangübungen, Turnübungen, Spiele im Freien, Excursionen ganzer Fabriken im Sommer, gemeinsame Feste im Winter, Besuche von Industrie-Ausstellungen sind Genüsse, deren auch der Arbeiter theilhaftig ist. Oft sieht man an Sonn- und Festtagen ganze Schaaren von Arbeitern solche Ausflüge unternehmen. Einzelne Fabriken der Schweiz bewilligen ihren Arbeitern auch 1 oder 2 Wochentage zu solchen Excursionen, und bezahlen trotzdem den Taglohn oder geben den Arbeitern selbst jährlich ein Fest. Ein Unternehmer in Appenzell A.-Rh. berichtet in einem dem Referenten freundlich mitgetheilten Briefe: „Ein Mal im Jahre lade ich in zwei Abtheilungen die männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten zu einem Essen in meine Wohnung ein, damit sie wissen, ich achte sie als meine Nebenmenschen, die vor Gott ganz gleich sind. Es hat dies einen

sehr guten Einfluß gehabt. Ein Mal im Jahr lasse ich sie auch einen Ausflug in die Berge machen mit Picknick, d. h. ich bezahle natürlich Alles. Mit den männlichen Angestellten gehe ich selbst für 1—2 Tage in die Berge und diese Tage gehören mir stets zu den schönsten des Jahres. Wie Sie wissen, arbeiten wir sehr streng; aber gerade diese Aufmerksamkeiten und ein constantes Verfahren im Besolden machen die Leute stets willig."

Zur Veredlung der geselligen Vergnügungen der Arbeiter können u. A. auch die hier und da im Kanton Zürich und gewiß auch in andern Theilen der Schweiz bestehenden „Schul- und Gemeindevereine“ beitragen. Dieselben bezwecken, wie es in dem Statutenentwurf des Schul- und Gemeindevereins Fluntern heißt: „den Bewohnern der Gemeinde Gelegenheit zu einem geselligen Kreise zu verschaffen und in demselben solche Fragen, welche sich auf das Schulwesen und die Jugendbildung wie auf das Gemeinwesen und Gemeinwohl überhaupt beziehen, zu besprechen und Unternehmungen, welche dem einen oder andern Zweck dienen, zu fördern oder zu unterstützen.“ Mitglied des Vereins kann jedes sich anmeldende, in der Gemeinde wohnende confirmirte Familienglied sein, das an die Kasse des Vereins einen Beitrag von mindestens 5 Centimes wöchentlich zahlt, entweder halbjährlich oder jährlich. Der Verein versammelt sich im Winterhalbjahr 4 Mal, im Sommerhalbjahr 2 Mal und außerdem so oft der Vorstand ihn zusammenberuft. In den Versammlungen wechseln Vorträge, Discussion, launige Aufführungen, Musik und Unterhaltung. Geistliche, Lehrer, Gemeindevorstände und Gemeindebewohner aller Stände erscheinen da mit Frauen und erwachsenen Kindern. Im Sommer wird ein größerer gemeinschaftlicher Ausflug, im Winter eine Weihnachtsbescheerung oder andere Vergnügungen abwechselnd geboten. Ein Tanz schließt dann und wann die Unterhaltung des Abends.

Alle solche Volks-Erholungen, welche in gesunder Mischung der verschiedenen Stände geboten werden und auch die Frauenwelt aus ihrer Isolirung herausziehen und die Männerwelt dem Wirthshausleben entreißen, sind geeignet die Gefittung des Volkes zu erhöhen und namentlich auch die weniger gebildeten Klassen emporzuheben.

III. Hauptfrage:

Was kann die gemeinnützige Gesellschaft im Interesse der Arbeiter thun?

Diese Frage wurde in der Commission kurz dahin beantwortet, daß man der gemeinnützigen Gesellschaft die Berücksichtigung und resp. praktische Verwirklichung der in dem Berichte angeregten Wünsche und Maßregeln zu empfehlen habe. Referent erlaubt sich selbst am Schluß nur noch die Anheimgabe, womöglich auch im Kanton Zürich eine freiwillige Vereinigung von Unternehmern zu gründen, welche sich die Aufgabe stellt, die Interessen der Arbeiter im weitesten Sinne zu fördern, die in diesem Berichte begonnenen Untersuchungen fortzusetzen und alle in das Gebiet der Arbeiterfrage einschlagenden Erfahrungen zu sammeln und eventuell unter Hinzuziehung von Arbeitern über Maßregeln zur Verbesserung der Fabrikzustände zu verhandeln. Der Kanton Zürich scheint in erster Linie berufen, einen Verein nach dem Muster der Société industrielle de Mulhouse zu begründen, deren Sitzungen von einem Mitgliede der Gesellschaft vor einigen Jahren mit den Worten eröffnet wurden:

„Wenn man die Jahrbücher unserer Gesellschaft durchblättert, so erkennt man, daß sie zu jeder Zeit seit ihrer Begründung von dem Grundgedanken geleitet gewesen ist, daß der Unternehmer seinen Gehülfen mehr schuldet als den Lohn, daß es seine Pflicht ist, seine Aufmerksamkeit ihrem leiblichen und sittlichen Wohle zuzuwenden, und daß diese Verpflichtung, durchaus sittlicher Natur, in keiner Weise zu erfüllen durch irgend eine Lohnbewilligung, stärker sein muß, als die Rücksichten auf das Privatinteresse, welche bisweilen mit jenen Gefühlen, von denen Sie, meine Herren, sämmtlich beeeelt sind, scheinbar nicht in Einklang zu bringen sind.“

